

Unser Programm für Europa

**EUROPAWAHL 2019**

**SPÖ**



**MENSCH STATT  
KONZERN.**



**Europa braucht  
Ihre Antwort.**

ASTRID KNIE



# Österreichs Zukunft in Europa entscheiden!

Die kommenden EU-Wahlen sind eine Richtungsentscheidung für Österreichs Zukunft in Europa. Die RechtsnationalistInnen geben sich zwar gerne als Freundinnen und Freunde Europas aus, in Wirklichkeit arbeiten sie aber seit vielen Jahren an der Zerstörung Europas. Leider schüren auch immer mehr Konservative den Nationalismus. In Großbritannien erleben wir gerade, was die Folge einer solchen Politik ist: Chaos und die Gefährdung unseres Wohlstands.

Die Sozialdemokratie ist das starke Gegengewicht zu einem nationalistischen und gespaltenen Europa. Die

Alternative für eine faire und gerechte Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Konzerne. Mit unserem Programm zeigen wir auf, was wir verändern müssen, um wieder an einem Europa zu bauen, das uns allen eine gute Zukunft ermöglicht. Sicherheit und sozialer Zusammenhalt, faire Steuern für internationale Konzerne, die Absicherung unserer kommunalen Dienstleistungen gegen falsche Privatisierungsideen, eine nachhaltige Landwirtschaft, die uns allen gesundes Essen ohne giftige Pestizide ermöglicht, das sind nur einige der vielen Vorschläge, um einen sozialen Kurswechsel in Europa zu ermöglichen.

Gelingen kann dieser Kurswechsel nur, wenn sich alle beteiligen. Dieses Programm ist im Dialog mit BürgerInnen in ganz Österreich entstanden. Gemeinsam mit ihnen werden wir für eine bessere Zukunft Europas kämpfen. Gemeinsam gegen Spaltung und für ein gutes Zusammenleben. Gemeinsam für ein Europa der Menschen und gegen den Rechtsruck!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "P. Rendi-Wagner".

Pamela Rendi-Wagner

**GUTES LEBEN FÜR ALLE****SEITE 8****STATT SAUS UND BRAUS FÜR WENIGE.**

Gerechte Steuern statt Profitgier	10
Wohlergehen statt zerstörerischer Wettbewerb	20
Versorgungssicherheit statt Privatisierungsdruck	32

**ZUSAMMENHALTEN****SEITE 44****STATT GESELLSCHAFT SPALTEN.**

Gemeinsam statt Gegeneinander	46
Digitale Revolution für die Menschen statt für die Internet-Riesen	54
Ein buntes Europa mit gleichen Rechten statt Rückschritt ins letzte Jahrhundert	64
Nachhaltig statt kurzsichtig	82

**DEMOKRATIE FÜR ALLE****SEITE 92****STATT MACHT DES GELDES.**

In Frieden vereint statt durch Nationalismus gespalten	94
Demokratie statt Lobbyismus	100
Mit Herz und Hirn statt Hass und Hetze	108
Diplomatie statt Trump	114

Danke an die hunderten Mitglieder und Interessierten, die sich online und offline im Rahmen der Debattencamps an der Diskussion zum Programm beteiligt haben. An die über fünfzig ExpertInnen aus Wissenschaft und Politik, die ihre Ideen, Erfahrungen und Anregungen eingebracht haben. Danke an die gesamte Redaktion von [www.kontrast.at](http://www.kontrast.at), deren Texte und Input dieses Programm zu einem Nachschlagewerk machen. Danke an die vielen lieben KollegInnen, die immer mit Rat und Tat zur Seite stehen, korrigieren und weiterhelfen. Und Danke an die beiden Grafiker, die Druckerei und Poststelle, ohne deren Arbeit das Programm nicht in unseren Händen liegen würde.

Impressum: SPÖ-Bundespartei, Löwelstraße 18, 1010 Wien | Coverfoto: Christoph Meissner

Druck: Donau-Forum-Druck, 1230 Wien



## EIN EUROPA DER MENSCHEN STATT DER KONZERNE.

In der Politik geht es immer um die Inhalte. Um die Visionen und Perspektiven, wie wir die Welt um uns verändern und verbessern können. Wie wir bewahren, was gut ist und die Gesellschaft so gestalten, dass sie auch für die nächste Generation lebenswert ist. Nur wenn es der Politik gelingt, Antworten auf die Fragen, die die Menschen wirklich beschäftigen, zu geben, nur, wenn wir die drängenden Probleme unserer Zeit lösen, hat die Politik eine Daseinsberechtigung. Denn darum geht es: gemeinsam daran zu arbeiten, dass vieles besser und nichts schlechter wird. Alles andere wäre nur PR und Marketing.

Die Sozialdemokratie stellt an sich den Anspruch, genau so Politik zu machen. Mit der Bevölkerung, aus ihrer Lebenslage, ihren Sorgen und Hoffnungen. Dieses Programm ist deshalb die Umsetzung der Ideen, Visionen und Perspektiven vieler Menschen. Hunderter Personen, die sich österreichweit an unseren Programmdiskussionen beteiligt haben. Die sich eingebracht und mit uns diskutiert haben. Ihre Ideen formen dieses Programm. Es ist kein Werk von PR-BeraterInnen und LobbyistInnen, wie das bei ÖVP und FPÖ der Fall ist, sondern die Vision der gesamten Sozialdemokratie und all jener, die mit uns über die Zukunft Europas nachgedacht haben.

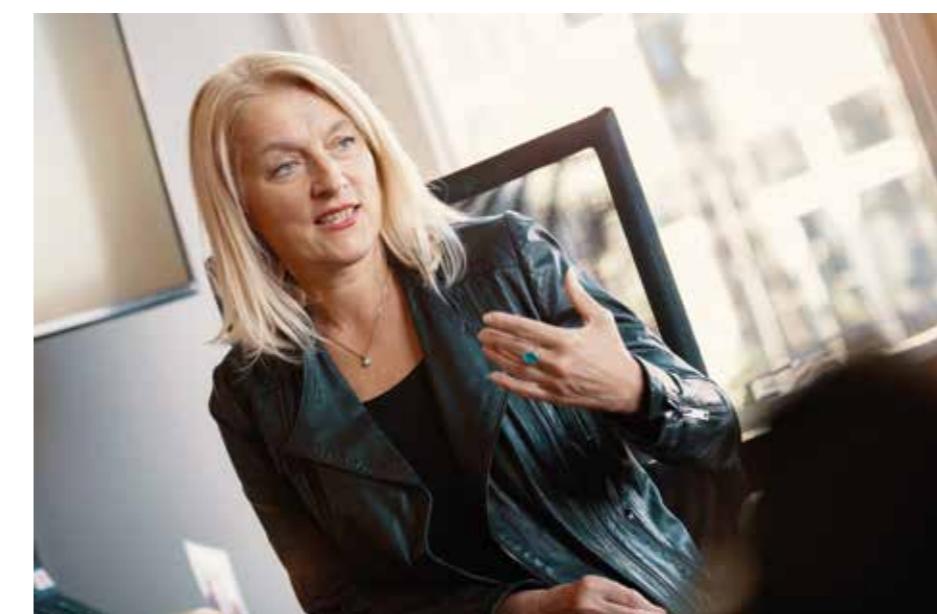
Dieses Programm ist der Auftrag, Politik zu machen für die Menschen in unserem Land und nicht für Konzerne und reiche GeldgeberInnen. Es ist der Auftrag, Europa zu stärken. Denn wir alle glauben, dass Europa Österreichs Zukunft ist. Nur gemeinsam mit anderen können wir die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen. Der Klimawandel, die Zukunft der Arbeit, die große Wohlstandskluft zwischen den Reichen in Europa und allen anderen, die Digitalisierung oder die Migration. All das sind Herausforderungen, die nur in Zusammenarbeit gelöst werden können. Alleine wären wir ihnen ausgeliefert.

Aber um Optimismus und Begeisterung für Europa zu wecken, brauchen wir einen Kurswechsel. Nur wenn die Politik in Europa wieder an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist und nicht – wie in der Vergangenheit so oft – primär für Konzerne arbeitet, kann es wieder Begeisterung geben. Für diesen Kurswechsel stehen die SPÖ und dieses vorliegende Programm.

Es ist ein umfassendes Konzept, um Europa zu reformieren und zu erneuern. Ein Programm, um Steuer-gerechtigkeit in Europa herzustellen, damit endlich auch die größten und reichsten Konzerne der Welt Steuern zahlen wie alle anderen auch. Ein Programm, um eine nachhaltige und umweltschonende Wirtschaft in Europa zu schaffen. In der keine giftigen Pestizide mehr ins Essen gelangen und die Bekämpfung des Klimawan-



keiten zu geben, sich zu entfalten. Durch die Kraft der Vielen, die mit uns dieses Programm geschrieben haben und die mit uns diesen Wahlkampf führen, werden wir diese Wahl gewinnen. Gegen die rechten NationalistInnen und die InteressenvertreterInnen der Konzerne. Für ein soziales und gerechtes Europa!::



SPÖ

Andreas Schieder

Evelyn Regner



# GUTES LEBEN FÜR ALLE STATT SAUS UND BRAUS FÜR WENIGE.



Europa braucht  
Ihre Antwort.

Die Europäische Union kann Europa sozialer, ökologischer und gerechter machen. Statt Konzernen könnten Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen. Aber dafür muss sich die Politik der EU verändern. Und zwar deutlich. Denn die EU hat sich nach 20 Jahren konservativer Mehrheit und der Dominanz des Neoliberalismus in die falsche Richtung entwickelt. Wir erleben zu oft, dass Entscheidungen getroffen werden, die den Profit einiger weniger über die Bedürfnisse der großen Mehrheit stellen. Mit einer Politik, die das Wohl der Menschen ins Zentrum stellt, die ihr Handeln an nachhaltigen Entwicklungszügen ausrichtet, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, können wir die Europäische Union gemeinsam in die Zukunft führen.



## GERECHTE STEUERN STATT PROFITGIER.

Vom Norden Schottlands bis nach Italien, von Polen bis in die französische Provinz erleben die Menschen, wie sich der Reichtum in den Glaspalästen der Konzerne, in den Metropolen in immer schwindelerregende Höhen steigert. Und gleichzeitig erleben die selben Menschen, wie bei ihnen ums Eck Schulen schließen, Nahversorger abwandern, Busverbindungen eingestellt und Arbeitsplätze abgebaut werden. Aus dieser Ungerechtigkeit wächst eine Wut, an der die Europäische Union zu zerbrechen droht.

*„Nur wenn es uns gelingt, die Ungleichheit zu überwinden und die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu rücken, hat Europa eine Zukunft.“*

ANDREAS SCHIEDER

### UNGLEICHHEIT GEFÄRDET SOZIALEN ZUSAMMENHALT

Den reichsten fünf Prozent der EuropäerInnen gehört fast die Hälfte des gesamten privaten Vermögens. Die Reichen profitieren von deregulierten Finanzmärkten, Steuerwettbewerb, Steuersümpfen und Privatisierungswellen. Multinationale Konzerne, aber auch wohlhabende Privatpersonen nutzen die Vorteile europäischer Wohlfahrtsstaaten, stehlen sich aber aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

„Ungleichheit ist die große Sorge unserer Zeit. Warum also tolerieren wir habgierige, ungerechte Steueroasen?“

GABRIEL ZUCMAN  
(UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY)

Egal ob Würstelstand oder Online-Konzern – alle müssen ihren fairen Steuerbeitrag leisten.

In Europa entgehen uns bis zu 1.000 Milliarden Euro jährlich an Steuereinnahmen durch Steuerbetrug und durch aggressive Steuertricks der Konzerne. Mit diesem Geld könnten entscheidende Zukunftsfragen der EU beantwortet werden und gleichzeitig hätten die Staaten genügend Mittel, um die nationalen Herausforderungen bei Wohnen, Bildung oder Pflege zu lösen. Während die türkis-blaue Bundesregierung unser Sozialsystem gegen die Wand fährt, entgehen uns Milliarden an nicht bezahlten Konzernsteuern. Das können und wollen wir uns nicht mehr leisten.

### SCHLUSS MIT TRICKS UND BETRUG

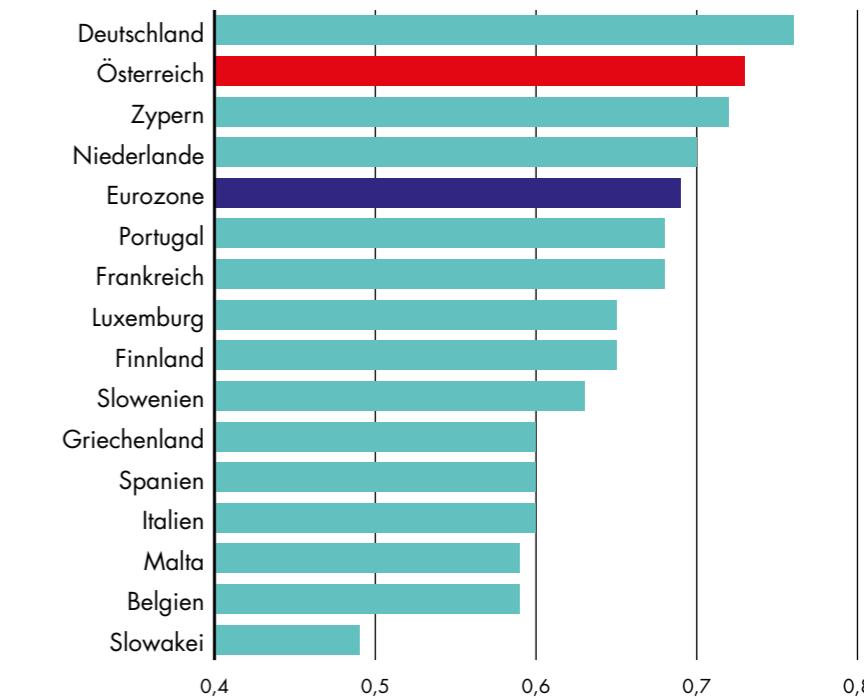
Die großen Konzerne drücken sich vor ihrer Verantwortung. Mit der Unterstützung von SteuerberaterInnen & Co. verschieben sie ihre Gewinne in Steuersümpfe, wo sie kaum oder gar keine Steuern zahlen müssen. Dazu

nutzen sie alle verfügbaren Tricks: von Briefkastenfirmen über Lizenzkonstruktionen bis hin zu Verrechnungspreisgestaltungen, die kaum zu durchschauen sind. Das Ergebnis: Die Reichen werden reicher und die Allgemeinheit verliert. Damit muss

Schluss sein. Es ist nicht gerecht, wenn die Klein- und Mittelunternehmen 30 Prozent höhere Steuern zahlen als die Technologiegiganten. Es ist nicht gerecht, wenn der Steuerbeitrag von ArbeitnehmerInnen größer ist als jener von internationalen Konzernen. >>

### DAS VERMÖGEN IN ÖSTERREICH IST SEHR UNGLEICH VERTEILT.

Vermögensverteilung nach Gini-Koeffizient (Je höher, desto ungerechter)  
Quelle: Eurostat





## KOOPERATION STATT WETTBEWERB

Wir brauchen die EU, um von den Konzernen die Steuern einzutreiben. Steuertricks, Gewinnverschiebung – wir kennen das aus den Schlagzeilen rund um Panama Papers und andere Skandale – all das zeigt: Der Kampf für Steuergerechtigkeit ist heute eine globale Aufgabe. Wenn Starbucks & Co. ihre Gewinne in andere Länder verschieben, kann Österreich alleine wenig tun. Statt beim Steuerdumping mitzumachen, setzen wir auf Kooperation. Multinationale Konzerne profitieren vom gemeinsamen europäischen Markt und müssen ihren gerechten Beitrag leisten – auch auf europäischer Ebene. Unser Ziel sind faire gemeinsame Spielregeln. In den letzten Jahren sind uns einige Erfolge gelungen, aber viele Probleme sind noch ungelöst.

## SCHLUSS MIT DEM STEUERWETTBEWERB INNERHALB EUROPAS!

Steuerdumping ist nicht auf die Karibik beschränkt. Auch EU-Staaten locken Konzerne mit Steuererleichterungen und niedrigen Steuersätzen. Weil Ungarn seine Körperschaftsteuer auf neun Prozent gesenkt hat, will die türkis-blaue Bundesregierung auch mit einer Senkung nachziehen. Das ist der falsche Weg. Anstatt auf europäischer Ebene gemeinsam für faire Steuern zu kämpfen, lassen wir uns gegeneinander ausspielen – auf Kosten aller. Die durchschnittlichen Unternehmenssteuern sind zwischen 1985 und 2018 von 49 Prozent auf 24 Prozent gesunken. Wie weit sollen die Unternehmenssteuersätze noch sinken? Wir fordern EU-weite Mindeststeuersätze für Unternehmen, um das Steuerdumping zu stoppen.

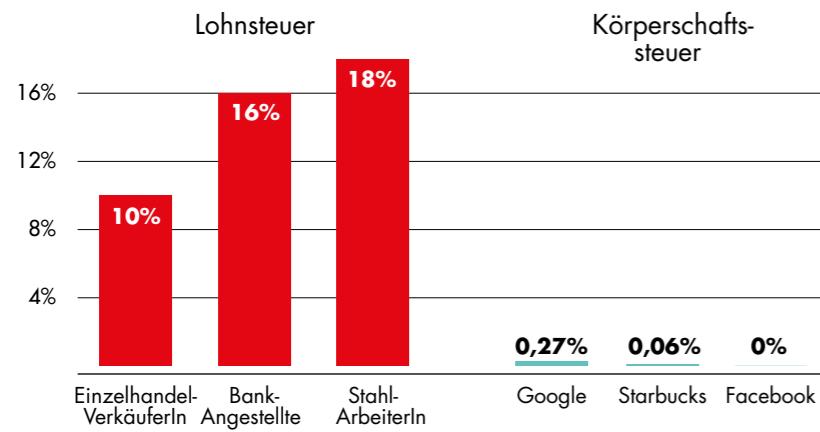
Außerdem müssen die EU-Förderungen an eine angemessene Besteuerung geknüpft werden. Warum sollen ÖsterreicherInnen mit ihrem Beitrag das Steuerdumping in anderen Mitgliedsstaaten finanzieren? Um international glaubwürdig und schlagkräftig zu sein, müssen wir die europäischen Steuerlücken sofort schließen.

## EUROPÄISCHE LÖSUNGEN FÜR DIE ÖKOLOGISIERUNG

Alle wissen, dass wir endlich Maßnahmen gegen den Klimawandel setzen müssen. Auch hier ist die EU gefordert und kann mit kluger Steuerpolitik lenken, wie z.B. mit einer europaweiten CO<sub>2</sub>-Steuer. Handlungsbedarf sehen wir vor allem beim Transportwesen, wo der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter zunimmt. Eine Ökologisierung des Verkehrs bedeutet nicht nur einen Ausbau der Transeuropäischen Bahnnetze und des öffentlichen Verkehrs insgesamt, sondern auch die Abschaffung der Steuerprivilegien für Flugverkehr und Schifffahrt. Die EU-weite Befreiung von Umsatzsteuer und Mineralölsteuer ist ökologisch schädlich und sozial ungerecht.

Für uns ist klar: Was den Auto- und BahnfahrerInnen zumutbar ist, muss auch den PassagierInnen von internationalen Flügen und Kreuzfahrten zumutbar sein. ::

## WER WIEVIEL STEUERN ZAHLT.



## WIE FUNKTIONIEREN EIGENTLICH STEUERTRICKS?

Multinationale Konzerne schleusen in Europa jährlich Milliarden Euro Steuern an den Staaten vorbei – und brechen dabei meistens nicht einmal Gesetze. Dafür bauen die großen Unternehmen mithilfe ihrer BeraterInnen aufwendige Konstruktionen und verschieben ihre Gewinne in Länder, wo die geringsten Steuern zu zahlen sind. So gelingt es ihnen, bis zu einem Drittel weniger Steuern zu zahlen als kleine und mittlere Betriebe.

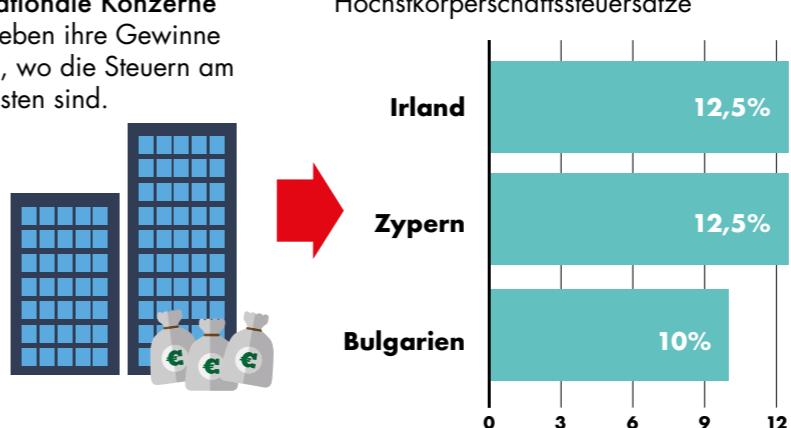
## WIE VERSCHIEBT MAN EIGENTLICH GEWINNE?

Gewinne verschiebt man am besten mit Tochterunternehmen. Diese werden in einem Niedrigsteuerland gegründet. Die Tochterfirma verrechnet dem Mutterkonzern dann übererteute Leistungen, etwa für Namens- oder Markenrechte oder Lizenzen. Auf einmal macht der Mutterkonzern weniger Gewinn – denn er muss ja viel Geld an die Tochterfirma überweisen. Die Tochterfirma wiederum, die in Wahrheit kaum Wert erzeugt, verbucht nun einen sehr hohen Gewinn. Der Gewinn des Mutterkonzerns ist ja zur Tochterfirma gewandert. Die Tochterfirma muss nun die Gewinne besteuern. Aber da sie ihren Sitz in einem Niedrigsteuerland hat, werden deutlich weniger Steuern gezahlt.

## DIE WELT MIT STEUERDUMPING

Höchst-Körperschaftssteuersätze in Steuerdumping-Ländern

Multinationale Konzerne verschieben ihre Gewinne dorthin, wo die Steuern am niedrigsten sind.



## DAFÜR HABEN WIR ERFOLGREICH IM EUROPAPARLAMENT GEKÄMPFT:

**Aufarbeitung der Finanz- und Steuerskandale:**  
Panama-Papers & Co. in Untersuchungsausschüssen aufgearbeitet

**Anti-Geldwäsche Richtlinie:**  
nun wissen wir, wer von komplizierten Firmenkonstrukten profitiert

**Transparenz und Zusammenarbeit verbessert:**  
automatischen Informationsaustausch und eine länder-spezifische Berichterstattung

**Stärkung der Betriebs-prüferInnen:**  
zusätzliche Instrumente im Kampf gegen die Steuertricks

**Wir holen das Geld zurück:**  
Steuerumgehungsmodelle im Visier: Apple muss 13 Mrd. Euro, Starbucks 30 Mio. Euro zurückzahlen

**Whistleblower-Schutz:**  
Mutige HinweisgeberInnen werden in Zukunft EU-weit geschützt.



# UNSERE ANTWORTEN FÜR FAIRE STEUERN.

## 1 Steuern dort bezahlen, wo die Gewinne erwirtschaftet werden

- Die Gewinne sind am Ort der Produktionsstätte, der Beschäftigten und der Umsätze zu versteuern, nicht durch eine Briefkastenfirma in der Karibik

## 2 Volle Transparenz

- Wir müssen wissen, wo die Konzerne ihre Steuern zahlen und wo nicht
- Öffentliche Konzernsteuererklärung, also die Offenlegung der Gewinne und Steuern nach Ländern
- Verbot der Wahl des Unternehmenssitzes mit dem einzigen Ziel, das Arbeits- und Steuerrecht zu umgehen



## 3 Echte Besteuerung von Internet-Konzernen

- Facebook, Google & Co. müssen endlich Steuern zahlen
- Einführung der **digitalen Betriebsstätte**, also Zurechnung der Gewinne auch ohne physische Präsenz
- Keine Kompromisse bei der Digitalsteuer.



## 4 Strengere Kontrollen und Strafen

- für SteuerberaterInnen, WirtschaftsprüferInnen & Co.

## 5 Europaweite Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne

- Mindeststeuersätze, um den Steuerwettbewerb nach unten einzudämmen
- Koppelung der EU-Förderungen an ein angemessenes Steuerniveau

## 6 Europäische Lösungen für die Ökologisierung

- Sofortige Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Steuerprivilegien für Flugverkehr und Schifffahrt
- Europaweite CO<sub>2</sub>-Steuer**



## 7 Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips bei Steuerfragen

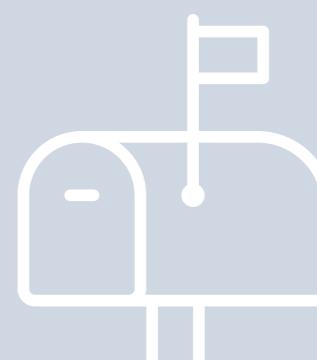
- So können faire Spielregeln auf europäischer Ebene nicht länger von einigen wenigen Ländern blockiert werden

## 8 Stärkere Beteiligung von Konzernen am EU Budget

- Europaweite Besteuerung von Kapitaleinkommen und Profiten großer Unternehmen

## 9 Finanzgeschäfte besteuern

- Neuer Anlauf für die **Finanztransaktionssteuer** auf breiter Basis



# Das Steuersystem verursacht Ungleichheit

Im Rahmen der Aufarbeitung der Panama Papers hat der britische Ökonom Richard Murphy im österreichischen Parlament über die Zerstörung gesprochen, die Steuerhinterziehung anrichtet.

## RICHARD MURPHY, SIE SAGEN, STEUERHIN- TERZIEHUNG ERZEUGT UNGLEICHHEIT - WIESO?

Steuersümpfe verursachen eine unfaire Welt. Sie erzeugen Ungleichheit und zerstören Marktwirtschaften. Ich glaube an eine gemischte Wirtschaft, an die starke Funktion des Staates, aber ich glaube auch an die Funktion von Märkten. Jene, die Steuergerichtigkeit einfordern, sind die besten Freunde, über die Marktwirtschaften heute verfügen.

## WIE GESCHIEHT STEUER- MISSBRAUCH?

Steuermissbrauch geschieht auf zwei Ebenen: Einerseits in Form der Steuer-

vermeidung – das ist die legale, clevere Form, welche von Steuer- und Rechtsberatern ausgeführt wird. Andererseits gibt es noch die illegale Form des Steuermissbrauchs, und zwar die Steuerhinterziehung. Laut unserer Schätzung entfallen 850 Milliarden auf Steuerhinterziehung und 150 Milliarden auf Steuervermeidung.

## WIE WIRKT SICH DAS AUF UNSERE WIRT- SCHAFT AUS?

Unternehmen investieren oft nicht in neue Produkte oder Dienstleistungen, sondern in Steuerbetrug, finanzielle Manipulation und Lobbying für niedrigere Steuersätze. Das Geld wird nicht investiert, sondern in Steuer-



*Ziel muss es sein, die großen Konzerne auf die Titelseiten der Zeitungen zu bringen. Damit treiben wir die Steuerhinterzieher in die Enge. Wir blamieren sie und stoppen sie dadurch.*

UNIV. PROF. RICHARD MURPHY

sümpfen geparkt. Und dort bleibt es hängen. Mit dem Geld wird kein neuer Wohlstand geschaffen. Dies führt dazu, dass Risikobereitschaft bestraft wird – und deswegen erleben wir kein Wachstum. Der Steuerbetrug blockiert die Innovation und infolge die wirtschaftliche Entwicklung.

Das Problem endet eben nicht damit, dass keine Steuern gezahlt werden. Das Hauptproblem ist, dass unsere Marktwirtschaften darunter leiden. Denn das Wachstum wird gebremst. Infolge gibt es zu wenig Innovation und zu wenig Veränderung.

Ganz sprichwörtlich müssen wir den Kapitalismus vor sich selbst retten. Märkte können nur dann funktionie-

ren, wenn sie über volle Information verfügen. Anders können sie Ressourcen nicht effizient verteilen. Und jetzt denkt daran, zu welchem Zweck Steuersümpfe geschaffen sind: Sie sind ein Werkzeug, um Informationen geheim zu halten. Dazu wurden sie konstruiert.

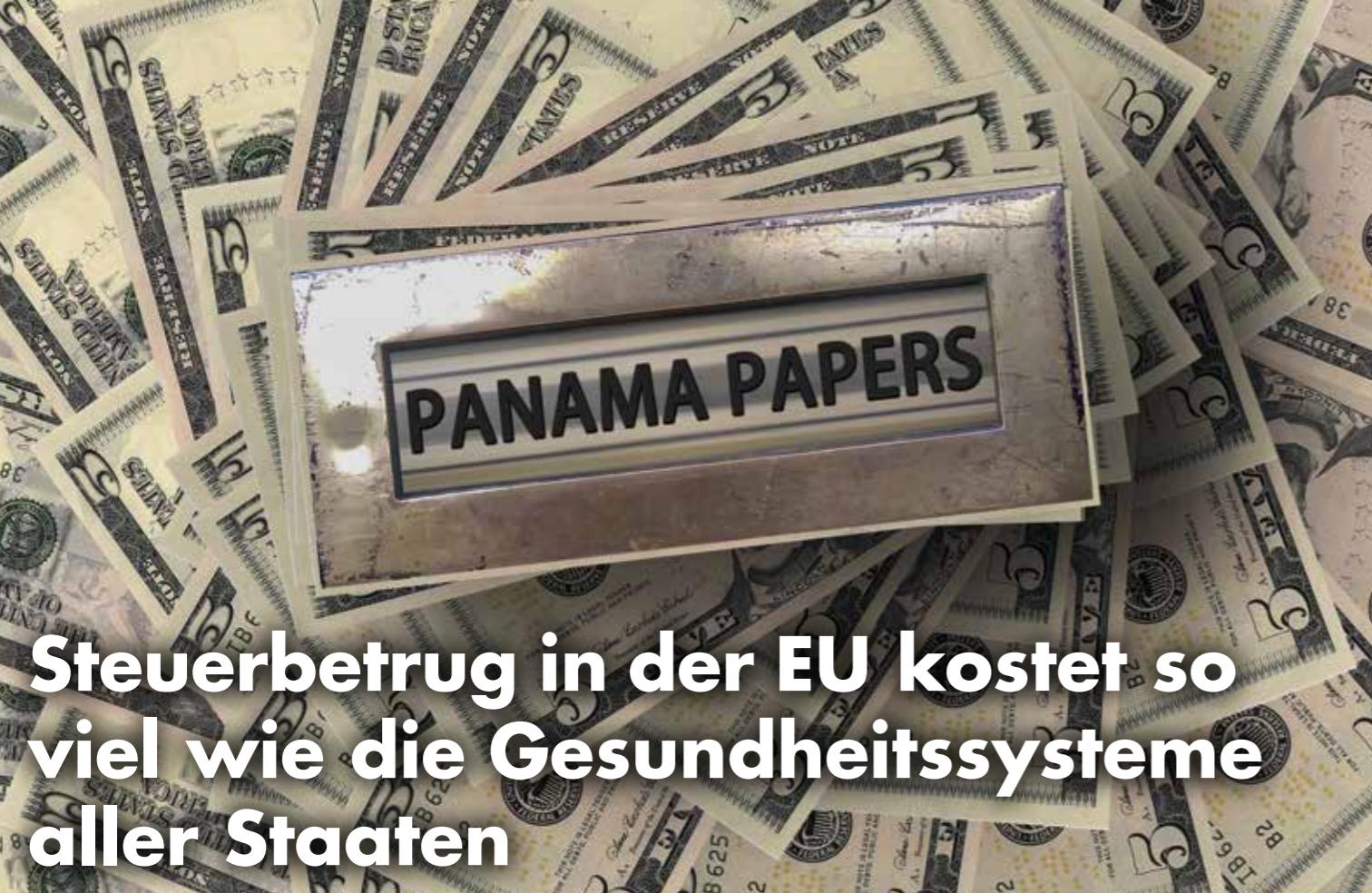
## WAS HEISST DAS FÜR UNSERE GESELLSCHAFT?

Die Konzentration von Wohlstand und Vermögen steigt. Und wir wissen, dass dies ein grundlegendes Problem für die Weltwirtschaft ist. Und Steuersümpfe werden geschaffen, um diese Ungleichheit weiter zu vergrößern. Wir sehen Unternehmen, die nach Rendite Ausschau halten und

zum Beispiel an Lizenzien verdienen, wie etwa Apple oder Google. Diese Unternehmen verdienen an uns und schieben ihre Einnahmen in Steuersümpfe. Wir jedoch verlieren Investitionen, Wachstum, Steuereinkünfte und geschäftliche Möglichkeiten.

darüber preiszugeben, wo sie sind, was sie tun und wo sie ihre Steuern zahlen. 97 Prozent aller Unternehmen müssen das jetzt schon machen, weil sie nur in einem Land agieren. Ziel muss es sein, die großen Konzerne auf die Titelseiten der Zeitungen zu bringen. Damit treiben wir die Steuerhinterzieher in die Enge, wir blamieren sie und stoppen sie dadurch.

RICHARD MURPHY ist Professor für Internationale Politische Ökonomie an der University of London.  
[www.taxresearch.org.uk](http://www.taxresearch.org.uk)



# Steuerbetrug in der EU kostet so viel wie die Gesundheitssysteme aller Staaten

Etwa 1.150 Milliarden Euro geben alle EU-Staaten für ihre Gesundheitssysteme aus. Das ist nur etwas mehr als all das Steuergeld, das Konzerne und Millionärlnnen hinterzogen oder am Fiskus mit Steuertricks vorbeigeschleust haben.

**H**ätten die Staaten der Europäischen Union all das Geld, das ihnen durch Steuerhinterziehung entzogen wird, sie könnten damit die Gesundheitssysteme nahezu vollständig finanzieren. Mit einem Schlag würde man sämtliche finanziellen Probleme im Gesundheitsbereich lösen, man könnte Spitäler ausbauen und dem Ärztemangel gegensteuern. Und man hätte dann noch immer Geld, um die Spitäler zu renovieren, in Forschung zu investie-

ren und die Pflegekrise lösen. All das ginge – wenn Konzerne und Millionäre einfach nur ihre Steuern zahlen würden wie alle anderen auch.

## ZWEI MILLIONEN EURO WERDEN HINTERZOGEN – PRO MINUTE

Steuerhinterziehung und Steuertricks in der Europäischen Union haben Ausmaße, die unsere Vorstellungskraft übersteigen.

**„Bis zu 1.000 Milliarden Euro an Steuern werden im Jahr hinterzogen und durch Tricks vermieden.“**

UNIV. PROF. RICHARD MURPHY

„Google, Facebook & Amazon müssen auch ihren Beitrag leisten, denn uns entgehen jedes Jahr knapp 1.000 Milliarden Euro. Die riesige Steuerlücke in Europa müssen wir schließen“.

EVELYN REGNER

Bis zu 1.000 Milliarden Euro an Steuern werden im Jahr hinterzogen und durch Tricks vermieden. Das sind etwa 2 Millionen Euro pro Minute. Bei Steuertricks sind es vor allem große Unternehmen und Konzerne. Sie verschieben ihre Gewinne mittels komplizierter Unternehmensstrukturen in Länder, in denen sie wenig oder keine Steuern zahlen müssen.

So hat Google etwa 20 Milliarden Euro Gewinn auf die Bermudas verschoben – weil Google dort de facto keine Steuern zahlen muss. Bei Steuerbetrug hingegen geht es auch um Bargeld: Schwarzarbeit auf dem Bau oder Restaurants, die ihre Gewinne nicht versteuern.

## PANAMA PAPERS UND ANDERE LEAKS ZEIGEN, WIE GROSS DAS PROBLEM IST

Im Jahr 2016 wurden Dokumente einer Finanzkanzlei mit Sitz in Pan-

ma öffentlich. Aus mehr als 10 Millionen E-Mails, Dokumenten, Verträgen, Bankauszügen und Urkunden wurde deutlich: Steuervermeidung und Steuerbetrug haben gigantische Ausmaße erreicht. Verwickelt sind Großkonzerne, Staatschefs, UnternehmerInnen, Prominente und Drogenbosse – unterstützt von Banken, Rechtsanwältnnen und SteuerberaterInnen.

Die Panama Papers enthüllten, wie die Finanzkanzlei Mossack Fonseca in Panama Briefkastenfirmen angelegt hat – mehr als 200.000. Über diese Konstrukte konnten die KlientInnen von Mossack Fonseca ihre Gewinne in Steuersümpfe verschieben und die realen Eigentumsverhältnisse verschleiern.

Die Panama Papers stehen damit aber nicht alleine da: Auch die sogenannten Paradise Papers oder die LuxLeaks zeigten, wie weit verbreitet Steuertricks und Steuerbetrug in der Wirtschaft sind.

## DIE POLITIK MACHT ZU WENIG

Der Studienautor Richard Murphy wirft der Politik vor, zu wenig gegen Steuerhinterziehung und Steuertricks zu unternehmen. Österreich hat sich unter ÖVP-Führung aber zusehends zu einem Land entwickelt, das den Kampf gegen Steuertricks und Steuerbetrug innerhalb der EU bremst. Erst Ende 2018 wurde öffentlich bekannt, dass die Regierung eine EU-Regelung gegen Steuertricks von Konzernen nicht umsetzen will. Auch eine Transparenzinitiative, bei der Konzerne ihre länderweisen Umsätze, Gewinne und Steuern (Country-by-Country-Report) in öffentlichen Berichten bekannt geben müssen, hat der ÖVP-Finanzminister blockiert. Und während der EU-Ratspräsidentschaft wurden Steuerbetrug und Steuertricks so gut wie nicht thematisiert. All das, obwohl es um 1.000 Milliarden Euro geht.

Mehr spannende Artikel?  
[WWW.KONTRAST.AT](http://WWW.KONTRAST.AT)

# WOHLERGEHEN STATT ZERSTÖRERISCHER WETTBEWERB.

Die Europäische Wirtschaftspolitik muss ihren Hauptfokus auf das Wohlergehen aller richten. Ihre Ziele müssen auf Lebensqualität, Beschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit, Nachhaltigkeit, öffentliche Güter und Innovation neu ausgerichtet werden. Die einseitige Sparpolitik muss überwunden werden. Stattdessen braucht es öffentliche Investitionen und Initiativen für Beschäftigung. Mit uns wird es weder eine einseitige Sparpolitik geben, noch einen Ausverkauf europäischer Infrastruktur.

## INVESTIEREN STATT KAPUTTSPAREN

In den Europäischen Verträgen wird viel von Wohlergehen, Gleichheit, Nachhaltigkeit, Wohlstand und Fortschritt gesprochen. Im europäischen Alltag dominieren jedoch Fiskalregeln und Programme zur Strukturanpassung. Rund zehn Jahre nach der Krise ist es endlich an der Zeit, Maßnahmen zu setzen, um Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, gute Arbeitsplätze und gute Entlohnung für alle sicherzu-

stellen, umfassende Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen, echte soziale Mobilität zu ermöglichen und Ungleichheiten in Europa zu verringern. Außerdem sind viel stärkere Anstrengungen notwendig, um den Klimawandel einzudämmen und die Nachhaltigkeit des europäischen Wohlfahrtsstaates zu sichern.

## UMBAU STARTEN

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll einem „nachhaltigen Entwicklungspakt“ weichen, der verbindliche ökonomische, ökologische und soziale Ziele enthält. Neben

den bisher verwendeten Indikatoren, wie öffentliches Defizit und Schulden, sollen auch öffentliche Investitionen und Vermögensverteilung, Leistungsbilanzen, Haushaltseinkommen, Gender Pay Gap, Arbeitslosigkeit oder Treibhausgasemissionen gleichrangig in die Beurteilung der Staaten einbezogen werden. Dazu ist ein umfassender Umbau des sogenannten europäischen Semesters, dem derzeitigen Regelwerk der Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik, in

Richtung einer Rahmenstrategie, orientiert an den Nachhaltigen Entwicklungszügen der Vereinten Nationen, notwendig, um mittelfristige Prioritäten voranzutreiben – abgestimmt mit dem EU-Budget. Entscheidend ist auch, wer mitreden kann: Das Europäische Parlament muss als gleichberechtigte Entscheidungsinstanz zum Rat aufgewertet werden, die Einbindung der Sozialpartner und anderer Stakeholder ist notwendig und ein breit besetzter „Wohlergehen-ExpertInnenrat“, also ein Gremium, das die gesamte Entwicklung im Auge behält, soll den Prozess begleiten.

## PRODUKTION UND INNOVATION

Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen, ist wesentliche Aufgabe eines Europas, das auf das Wohlergehen der Menschen fokussiert ist. Europa muss dabei mit Qualität punkten und auf den europäischen Markt setzen: mit den besten Produkten, den innovativsten Ideen und nachhaltigen Lösungen und damit einen wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Lebensweise



in Europa leisten. Dafür müssen wir aktive Industriepolitik betreiben und Produktion und Innovation in Europa halten. Wenn sich Europa wieder auf seine Stärken konzentriert und selbstbewusst seinen großen Markt mit hohen Durchschnittseinkommen, guter Infrastruktur und bestens ausgebildeten Arbeitskräften nutzt, wird es uns gelingen, die Stärken einzelner Mitgliedsstaaten effektiv zu bündeln. Wir brauchen eine Offensive zur Re-Industrialisierung strukturschwacher Regionen in der EU, eine gezielte Förderung von Zukunftsindustrien im Sinne einer nachhaltigen Resourcennutzung und schützenswerter

Infrastruktur und eine Green-Jobs-Initiative. Wir wollen EU-Instrumente schaffen, um strategische Industriezweige vor ausländischen Übernahmen und dem Transfer von Wissen besser schützen zu können, wenn dies im strategischen Interesse

Europas liegt. Unser Ziel ist es, technologische Kompetenz in sensiblen Bereichen in Europa zu halten. Dazu brauchen wir stärkere Regulierungen, um Technologietransfer von Wissen oder Abhängigkeit in einzelnen Schlüsselbranchen zu verhindern. ::

*„Das Burgenland hat von der Idee Europa besonders profitiert. In 20 Jahren ist das Burgenland mit Hilfe der EU zu einer der besten Wohlstandsregionen der Welt geworden.“*

CHRISTIAN DAX (LISTENPLATZ 7)



## FAIRER HANDEL STATT AUSBEUTUNG.

Die EU wird von vielen Menschen als Antrieb wirtschaftlicher Globalisierung und nicht als Schutzschild gegen deren unfaire Auswirkungen gesehen. Der globalisierte Handel hat den Nationalstaaten viele Möglichkeiten der Steuerung entzogen. Umso kleiner das Land und umso größer seine Abhängigkeit von Exportmärkten und ausländischen Direktinvestitionen, umso ohnmächtiger seine Position gegenüber großen Konzernen. Wir stehen aber für eine Weltordnung, in der die Demokratie die Regeln macht, nicht Großkonzerne, Reiche

und deren Lobbys. Damit die Politik wieder das Ruder übernehmen kann, braucht es Kooperation innerhalb der EU – um faire Regeln durchzusetzen und die Globalisierung so zu gestalten, dass sie allen Menschen nützt. Österreich ist, so wie alle anderen einzelnen EU-Staaten, sehr stark in den internationalen Handel verflochten. Fast 40 Prozent der österreichischen Produktion wird exportiert. Ein Großteil dieses Handels geschieht jedoch mit unseren europäischen Partnern. Betrachtet man nämlich die EU als einen gemeinsamen Wirtschaftsraum,

so sehen wir, dass fast 90 Prozent des Handels innerhalb Europas stattfindet. Gemeinsam in Europa haben wir die Stärke, die Großkonzerne nach unseren Regeln spielen zu lassen, statt Spielball ihrer Interessen zu sein.

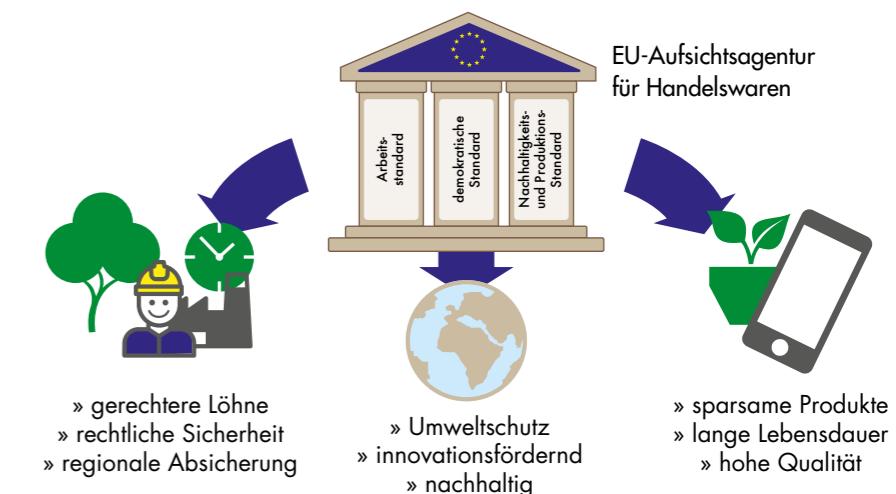
### ZIVILISIERTE MÄRKTE STATT UNREGULIERTER HANDEL

Wir treten für ein gerechtes Welthandelsregime mit klaren Regeln ein, in dem nicht das Wettbewerbsdogma, eindimensionale Wachstumsziele und die Gewinnmaximierung regieren,

sondern in dem soziale und ökologische Ziele und Wohlstand für alle an oberster Stelle stehen. Innerhalb der Europäischen Union muss die Einhaltung von Arbeits- und Schutzrechten, Umwelt- und Qualitätsstandards garantiert sein. Es versteht sich von selbst, dass sich eine selbstbewusste Europäische Union ihre eigenen Standards nicht von außen unterbieten lässt, sondern mit wirkungsvollen Anti-Dumping-Maßnahmen europäische Betriebe und ihre Beschäftigten schützen muss.

Wir setzen uns für ein globales Regelwerk ein, in dem Schutzmechanismen für ärmeren Regionen möglich sind – etwa Schutzzölle gegen Billigimporte, um eigene Produktionskapazitäten aufzubauen – und in dem Steuervermeidung und -hinterziehung unterbunden werden. Wir wollen innerhalb bestehender Handelsverträge die Verankerung von Menschenrechten, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie hohe Umweltstandards durchsetzen und deren Einhaltung verbindlich und sanktionierbar gestalten. Bis es zu einer Anpassung und politischen Nachregulierung der bestehenden Verträge kommt, braucht es auch keine neuen Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten.

### ZIVILISIEREN WIR DIE MÄRKTE.



men der Ausbeutung wie Kinder- und Sklavinnenarbeit bei. Diese Prozesse sind komplex und für KonsumentInnen kaum zu durchschauen. Die Verantwortung kann und darf nicht an individuelle Kaufentscheidungen delegiert werden. Die Europäische Union muss hier auch ihrer Verantwortung für die Welt gerecht werden und eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Konzerne und ihre Zulieferfirmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette einführen. Durch verbindliche Regeln und zur Überbrückung auch in Form von Bußgeldern muss diese Art des unmenschlichen Wirtschaftens unrentabel gemacht werden. Das ist nicht zuletzt ein Gebot der Solidarität mit den ArbeiterInnen entlang dieser grenzüberschreitenden Güterketten. ::

# So zeigt Portugal der EU, wie man ohne Sparen aus der Krise kommt

Portugal war neben Spanien und Griechenland Jahre lang das Sorgenkind der EU. Doch seit das Land unter der neuen Linksregierung das Spar-Diktat über Bord geworfen hat, wächst die Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit sinkt. Das Budgetdefizit ist so niedrig wie seit 40 Jahren nicht – und das, obwohl Portugal seine Schulden beim IWF vorzeitig zurückzahlt.

**D**ie Wirtschaftskrise hatte Portugal schwer getroffen: Die Arbeitslosigkeit stieg auf weit über 15 Prozent, die Wirtschaft schrumpfte und das Defizit explodierte. Portugal steckte noch tiefer in der Krise als Spanien – die EU, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank mussten schließlich einen Milliarden-Kredit gewähren.

## SPARPOLITIK VERSCHÄRFT DIE KRISE

In Folge setzte die konservative Regierung ein von EU und IWF vorgeschlagenes Kürzungsprogramm um: Der Mindestlohn wurde gesenkt, Pensionen eingefroren, der Beamtenapparat verkleinert und Sozialausgaben gekürzt. Daraufhin brach der Binnenmarkt ein: Die Menschen hatten kein Geld mehr,

kaufen weniger und die Wirtschaft wurde schwächer. Schlussendlich musste selbst der IWF zugeben, dass die von ihm empfohlenen Programme das Land in eine „Negativspirale“ getrieben haben – die Krise hat sich verschärft.

## LINKSREGIERUNG: SOZIALPROGRAMME HABEN DIE WIRTSCHAFT STABILISIERT

Als Portugal im Herbst 2015 dann links wählte, überschlugen sich europäische PolitikerInnen mit Warnungen. Die Linksregierung von António Costa hat nämlich angekündigt, mit der Sparpolitik Schluss zu machen. Vor allem der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble warnte: „Portugal macht einen schweren Fehler“ und werde bald wieder Hilfe von der EU brauchen.

*Portugal hat einen Bruch mit der Sparpolitik vollzogen und die Wirtschaft wächst nun wie in kaum einem anderen Land in Europa.*

Eingetreten ist nun das Gegenteil: Die Einsparungen wurden gestoppt und Sozialprogramme haben die Wirtschaft stabilisiert. Die Menschen haben wieder mehr Geld und konsumieren auch mehr. Und das kommt der Wirtschaft zugute.

So beschloss man nach dem Regierungsantritt beispielsweise den Mindestlohn auf 557 Euro anzuheben, niedrige Pensionen wieder der Inflation anzupassen, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst schrittweise zurückzunehmen, vier zusätzliche freie Tage für ArbeitnehmerInnen einzuführen und Steuerschulden nicht mehr als Kavaliersdelikt zu betrachten, sondern konsequent einzutreiben.

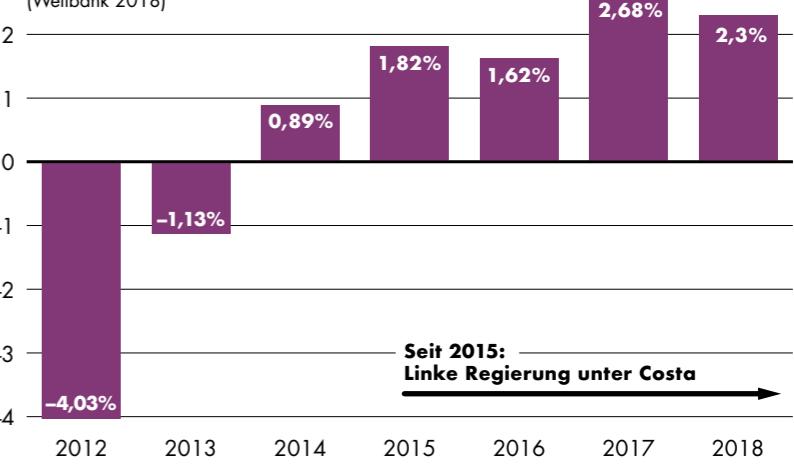
Portugals Budgetdefizit ist auf den niedrigsten Stand seit 40 Jahren gesunken: auf 2,1 Prozent. Und Portugal konnte bereits die Hälfte der 26,3 Milliarden Euro an Krediten aus dem Euro-Rettungsprogramm zurückzahlen. Trotzdem hat Portugal auch das Defizit-Ziel von 3 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung eingehalten. Portugal hat einen Bruch mit der Sparpolitik vollzogen. Nun tritt genau das ein, was WirtschaftswissenschaftlerInnen schon lange erwartet haben.

Mehr spannende Artikel?  
[WWW.KONTRAST.AT](http://WWW.KONTRAST.AT)



## PORTUGALS WIRTSCHAFT BOOMT.

3 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (Weltbank 2018)



# Europäische Agentur für Handelswaren

## DER INTERNATIONALE HANDEL BRAUCHT EUROPÄISCHE WERTE

Internationaler Handel bietet unendliche Möglichkeiten. Aber er erzeugt auch Armut, drängt Menschen in grässliche Arbeitsverhältnisse oder zerstört mit seinem Raubbau die Natur ganzer Regionen. Zu oft nehmen wir Kinderarbeit, unmenschliche Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Natur schulterzuckend hin.

## IM EINKLANG MIT EUROPÄISCHEN WERTEN

Dabei gibt es ganz konkrete und überzeugende Vorschläge, wie ziviler Handel aussehen könnte – ein Handel, der für alle Beteiligten gewinnbringend ist.

So haben die Linzer Ökonomen Jakob Kapeller, Bernhard Schütz und Dennis Tamesberger ein Konzept entwickelt, das Würde, Gerechtigkeit und Fairness ins Zentrum der Diskussion

über globale Handelsbeziehungen rückt. Darin schlagen sie die Einrichtung einer „Europäischen Agentur für Handelswaren“ vor.

Unkontrollierte Märkte untergraben Werte wie Fairness oder Gerechtigkeit. Die „Europäische Agentur für Handelswaren“ würde nun darauf achten, dass der internationale Handel mit diesen zentralen europäischen Werten im Einklang steht. Das Ziel ist, die Macht des gemeinsamen

europäischen Marktes zu nutzen, um unsere europäischen Standards zu exportieren und auf diesem Weg Produktions- und Lebensbedingungen in anderen Weltregionen zu verbessern. Denn warum soll nicht die europäische Bevölkerung darüber bestimmen, welche Qualität die Produkte haben? Warum soll man nicht mitentscheiden, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt werden müssen?

## AN REGELN HALTEN

Mit der Einführung dieser Agentur und der Etablierung dieser neuen Standards müssten Konzerne ethische Regeln einhalten. Die Ausbeutung von Menschen in Ländern des Globalen Südens und der Raubbau an der Umwelt würden nicht mehr ohne Konsequenzen bleiben. Stattdessen würde Europa effizienter und grüner werden und der internationale Handel fairer. Das Konzept stellt eine Vorlage dar,

die für eine breite Diskussion über die Zukunft des internationalen Handels genutzt werden kann. Wir könnten davon ausgehend über die globalen Handelsbedingungen sprechen oder den Ressourcenverbrauch in einer weltweiten Perspektive neu denken. In eine Richtung, in der Werte wie Gerechtigkeit, Fairness und Nachhaltigkeit im Zentrum stehen.

Konzept und Text von GEORG HUBMANN und KLAUS BAUMGARTNER,  
Sozialwissenschaftler am Marie Jahoda - Otto Bauer Institut. [www.jbi.or.at](http://www.jbi.or.at)

# Sozialer Fortschritt ist nur mit der EU möglich

KOMMENTAR VON NIKOLAUS KOWALL

Die Globalisierung hat unsere Welt verändert. Anders als in den 1970er Jahren haben Staaten gegenüber den wirtschaftlichen Prozessen nicht mehr die Oberhand. Heute ist die Wirtschaft international organisiert und vernetzt. Sie hat einen ganz anderen Aktionsradius als die Politik. Die internationalen Wirtschaftsakteure wie die transnationalen Konzerne haben an politischem Gewicht zugelegt. Die Politik hat an Regulierungsstärke verloren, weil sie kleinteiliger organisiert ist: in Nationalstaaten.

## TEIL EINES GRÖSSEREN MARKTES

1970 lag die Importquote bei etwa 25 Prozent, die Exportquote knapp unter 20 Prozent. Heute liegen beide Quoten bei etwa 40 Prozent. Das bedeutet, dass die österreichische Wirtschaft nicht mehr primär für die österreichische Bevölkerung produziert, sondern viel exportiert und importiert. Nahezu alle Länder der EU haben eine ähnliche Entwicklung durchgemacht. Die Verflechtungen der Volkswirtschaften haben zugenommen. Zudem wurden die Finanzmärkte liberalisiert, die Kapitalverkehrskontrollen wurden abgeschafft. Und mit dem EU-Beitritt Österreichs wurde der österreichische Markt Teil des europäischen Binnenmarktes.

## HANDLUNGSSPIELRAUM EINGESCHRÄNKKT

Der Nationalstaat kann unter diesen Bedingungen nicht mehr regulierend eingreifen, ohne Probleme zu bekommen. Billige Importe, Betriebsschließungen oder Abwanderungen setzen ihn unter Druck. Bei Vermögenssteuern oder Finanztransaktionssteuern kann es zu Kapitalabfluss kommen. Was bedeutet das? Die Demokratie kann ihr Versprechen nicht mehr erfüllen: Sie kann nur mehr eingeschränkt handeln. Angela Merkel spricht nicht zufällig von „marktkonformer Demokratie“ – also von einer Demokratie, die sich dem Markt anpassen muss. Zu Zeiten Kreiskys musste sich der Markt noch der Demokratie anpassen.



Das Kapital hat an Mobilität gewonnen und hat daher genügend Druckmittel. Entweder die ArbeitnehmerInnen akzeptieren die neuen Regeln – oder das Kapital sucht sich ein anderes Land und wandert ab. Das gilt natürlich auch für Umweltauflagen, Sozialstandards oder Steuern.

## PRIMAT DER POLITIK ZURÜCKHOLEN

Wir haben das Prinzip der Politik verloren. Und wir können es aus ökonomischen Gründen auf Ebene der Nationalstaaten nicht voll zurück-

gewinnen. Den Finanzmarkt kann man nicht auf österreichischer Ebene regulieren. Die Energiewende kann man nicht auf österreichischer Ebene umsetzen. Dazu braucht man einen größeren Handlungsräum. Und den haben wir in Form der EU. Die EU ist – nach China – der zweitgrößte Wirtschaftsraum der Welt. Auf dieser Ebene kann man das Prinzip der Politik zurückgewinnen und die Demokratie wieder handlungsfähiger machen.

Natürlich: Die EU und die Euro-Zone haben viele Konstruktionsfehler. Aber

ohne der EU würden unsere sozialen Standards nur noch mehr unter Druck geraten. Nur mit der EU besteht die Möglichkeit auf sozialen Fortschritt. Dafür braucht es aber eine progressive Mehrheit – und dann wäre auch eine andere Politik denkbar. Eine Politik, die ihre Versprechen wieder einhalten kann.

NIKOLAUS KOWALL ist Vertretungsprofessor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und hat im Rahmen der SPÖ-Debattencamps seine Thesen mit uns diskutiert.

# UNSERE ANTWORTEN FÜR EINE NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK.



**DAFÜR HABEN WIR  
ERFOLGREICH IM  
EUROPAPARLAMENT  
GEKÄMPFT:**

Starke Stimme für faire Handelspolitik: Die SPÖ stimmt gegen Handelsabkommen, die keinen Fokus auf Schutz von Beschäftigten und Umwelt legen, z.B. EU-Kanada CETA, EU-Japan JEFTA

## 1 Wirtschaftspolitik die allen verpflichtet ist

- Ein „nachhaltiger Entwicklungspakt“ mit verbindlichen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen und mit einem Rat zur Überprüfung des Wohlergehens, der nicht nur Fiskal- und Wettbewerbspolitik, sondern die gesamte Entwicklung im Blick hat
- Reform der Eurozone unter sozialen und demokratischen Bedingungen mit dem Ziel einer Neuausrichtung auf Vollbeschäftigung und gerechter Verteilung
- Gesellschaftlichen Fortschritt nicht nur dem Markt überlassen, sondern mit dem Ausbau zukunftsorientierter öffentlicher Investitionen aktiv gestalten (**Goldene Investitionsregel**)
- EU-weite Koordinierung der Lohnpolitik fördern und Stärkung der europäischen Sozialpartnerschaft
- Nein zum einseitigen EU Wettbewerbspakt



## 2 Europäische Industriepolitik gestalten

- Öffentliche Kapitalbeteiligung bei strategisch wichtigen Unternehmen
- Steigerung der öffentlichen Investitionen in europäische Zukunftsindustrien, insbesondere Netzausbau: Schiene, Nahverkehr, Energie, Daten
- Industriepolitik als Instrument der Konjunktur-, Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik einsetzen um Innovation voranzutreiben und strukturschwache Regionen zu unterstützen
- **Green-Jobs-Initiative**, die nachhaltige, abgesicherte und gut bezahlte Jobs schafft.
- Empowerment der Beschäftigten in der Industrie: Schluss mit Arbeiten auf Abruf, sondern Konzentration auf Vollzeitarbeitsplätze und Stärkung der Tarifverhandlungen

## 3 Globalisierung nach unseren Spielregeln gestalten

- Kein Handel mit Produkten aus Kinder- und Zwangarbeit! Alle arbeitsrechtlichen Standards (ILO Kernarbeitsnormen) bei allen Handelspartnern umsetzen – kein Verkauf, wenn die Einhaltung nicht nachgewiesen ist
- Schutzzölle gegen Dumping-Exporte aus Drittstaaten
- Eine **Europäische Aufsichtsagentur** für Handelswaren einführen, die über Produktzulassung entscheidet
- Transparenz und demokratische Kontrolle von allen Handelsverträgen – keine Geheimverhandlungen
- Entwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen für die Sorgfaltspflicht von Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, inklusive strenger Kennzeichnungspflichten
- Keine Handelsabkommen mit Steuersümpfen – faire Besteuerung als Voraussetzung für Handelsverträge sowie mit Ländern, die nicht am Klimaabkommen festhalten
- **Globalisierungspause**: solange in aktuellen Handelsabkommen menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards nicht verbindlich gelten, keine neuen Verhandlungen

# VERSORGUNGSSICHERHEIT STATT PRIVATISIERUNGSDRUCK.

**E**gal ob es ums Trinkwasser, Wohnen, Schulen, Nahverkehr, Müllentsorgung, Energieversorgung, Krankenhäuser oder Kindergärten geht: Qualität, Gesundheit, Leisbarkeit, soziale Durchlässigkeit und Umweltverträglichkeit müssen stimmen. Denn all diese sozialen Dienstleistungen werden öffentlich überwiegend von Städten und Gemeinden erbracht. Europa kann nur dann ein lebenswerter Raum bleiben, wenn die Qualität der sozialen Dienstleistungen hoch bleibt.

## PRIVATISIERUNGSSTOPP

Durch den Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck der Europäischen Union wurde wichtiges öffentliches Eigentum verkauft und vernachlässigt.

Die zahlreichen Versuche der Renationalisierung nach massiven Qualitätsverlusten und Preissteigerungen, wie zum Beispiel die Wasserversorgung in Paris oder die Eisenbahn in Großbritannien, machen deutlich, warum diese Aufgaben in öffentlicher Hand bleiben müssen. Wir müssen den Aus-

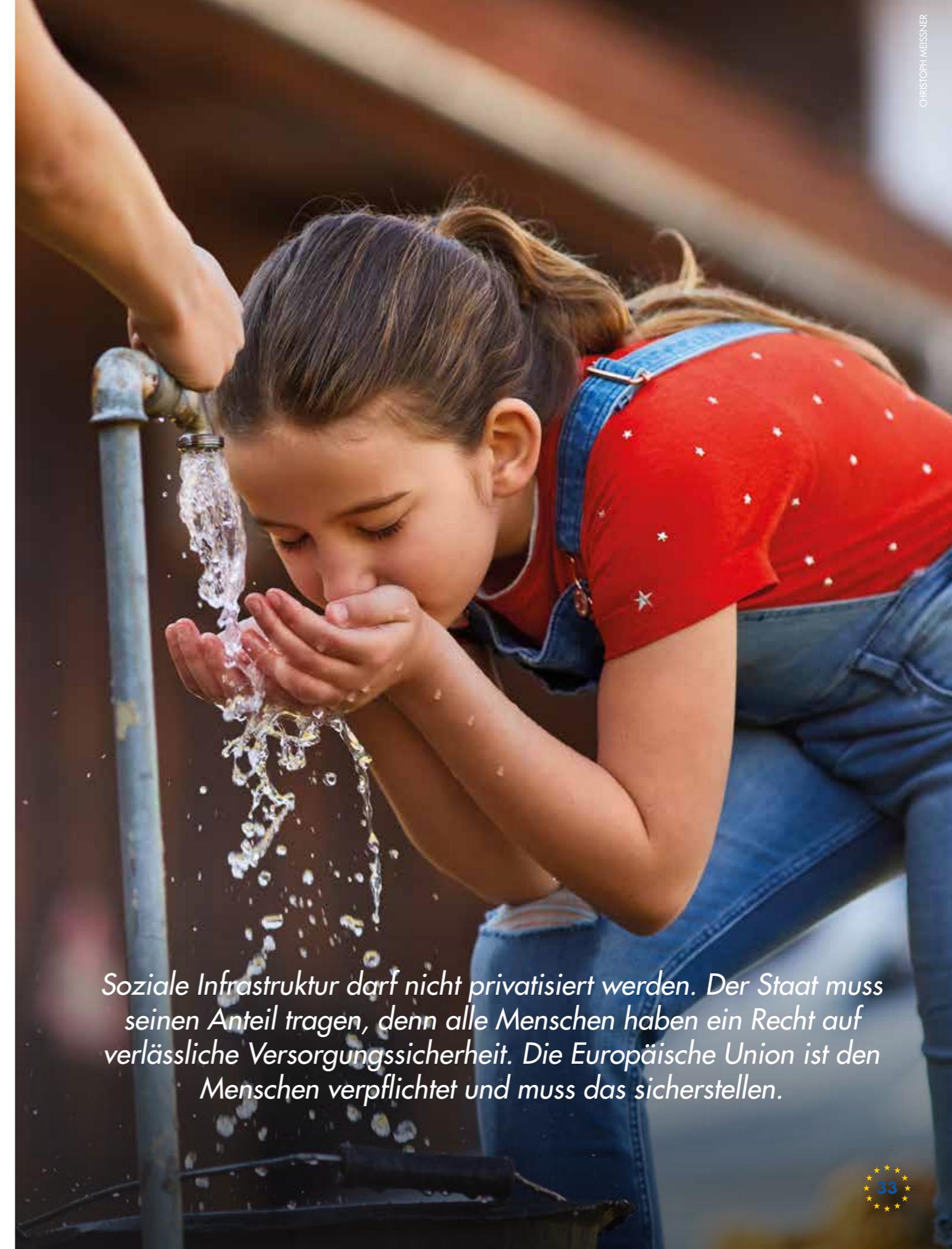
verkauf strategisch wichtiger Infrastruktur und Konzessionen ein klares Bekenntnis zur politischen Verantwortung und öffentlicher Eigentümerschaft entgegensetzen. Nur wenn Daseinsvorsorge den BürgerInnen und nicht dem Profit verpflichtet ist, können wir die Lebensqualität sichern. >>



## DAFÜR HABEN WIR ERFOLGREICH IM EUROPAPARLAMENT GEKÄMPFT:

### Unsere Bahn bleibt Rot-Weiß-Rot:

4. Eisenbahnpaket – Liberalisierungs- und Ausschreibungzwang gestoppt und Zerschlagung der ÖBB verhindert



## WOHNEN IST GRUNDRECHT, NICHT ORT DER SPEKULATION

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, entscheidend für Lebenschancen, Wohlbefinden und Familienleben. Aber seit Jahren steigen die Wohnkosten bei stagnierenden Einkommen: In ganz Europa, vor allem in den wachsenden Städten, stehen wir vor einer Wohnungskrise. Ziel muss daher sein, dass künftig in ganz Europa nicht mehr als 25 Prozent des verfügbaren Einkommens für Wohnen aufgewendet werden müssen. Das soll im Europäischen Semester verankert werden. Auch die Energiearmut nimmt zu: 11 Prozent aller EU-BürgerInnen können die Energiekosten nicht oder nur schwer bezahlen – Frauen sind davon besonders betroffen.

## HÄNDE WEG VON UNSEREM GEMEINDEBAU

Die Europäische Union muss den vorhandenen sozialen, gemeinnützigen und öffentlichen Wohnbau schützen und in ganz Europa die Schaffung bezahlbarer Wohnungen zur Priorität erklären. Bisher hat sich die Europäische Union allerdings eher an der Zerschlagung leistbaren Wohnbaus beteiligt, statt am Ausbau: Änderungen im Beihilfen- und Wettbewerbsrecht sind hier ebenso dringend notwendig, wie ein Umdenken in der Investitionspolitik Europas. Wir brauchen eine neue europäische Gemeinnützigkeit beim Wohnen, die vor

*„Als Bürgermeister von Bad Ischl bekomme ich sofort mit, was den Leuten am Herzen liegt. Ein gutes Netz an öffentlicher Infrastruktur, von der Wasserversorgung über die Abwasser- und Müllentsorgung bis hin zum öffentlichen Verkehr. Dieses Netz gehört uns allen und es darf keinesfalls der Privatisierung zum Opfer fallen.“*

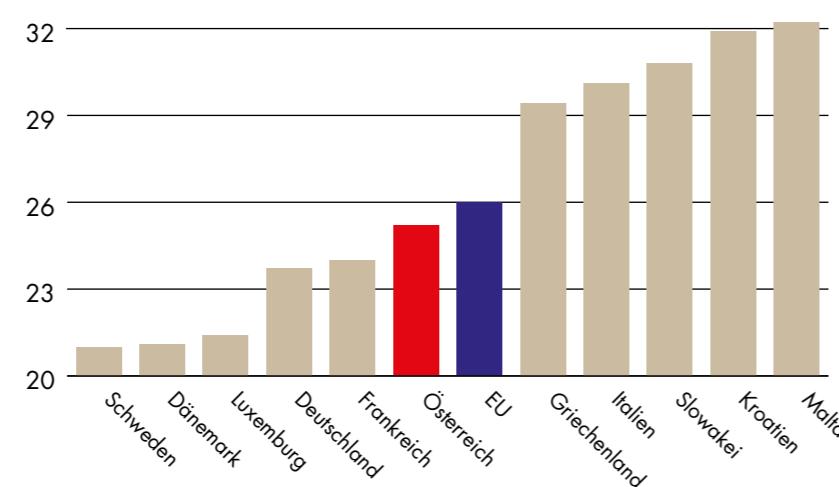
HANNES HEIDE (LISTENPLATZ 5)

allem die soziale Durchmischung und eine breite Wohnversorgung für alle Menschen zum Ziel hat. Öffentliche Investitionen fürs Wohnen sollen nicht mehr an die starren Fiskalregeln gebunden sein. Stabile, langfristige Investitionen in gemeinnützigen Wohnraum – ob in Wien, Graz oder Rom

– dürfen vom EU-Regelwerk nicht mit spekulativen, kurzfristigen Investitionen wie etwa in Londoner Gewerbeimmobilien oder Pariser Luxuswohnungen gleichgesetzt werden. Der Wohnungsmarkt wurde viel zu lange schon den SpekulantInnen überlassen – es ist Zeit, ihn sich zurückzuholen!:::

## ALTER BEIM AUSZUG AUS DEM ELTERNHAUS

Durchschnitt in Jahren (APA, Eurostat 2017)



Gerade für die Jugend wird es immer schwieriger, eine leistbare Wohnung zu finden. Immer später verlassen junge Menschen das Elternhaus und ziehen in ihre eigene Wohnung – das erschwert die Familiengründung.

# WOHNEN IN EUROPA



# Wiener Gemeindewohnungen sind Vorbilder für ganz Europa.

Dass die Mieten in Wien günstiger sind als in fast allen anderen Metropolen der Welt, liegt am geförderten Wohnbau – und an den Gemeindewohnungen. Dort sind die Mieten begrenzt und halten auch Mietpreise am privaten Wohnungsmarkt unten. Geht es nach der ÖVP, soll sich das ändern. Sie will Gemeindewohnungen privatisieren. Statt günstig zu mieten, sollen die BewohnerInnen die Wohnungen kaufen. Das wäre das Ende einer Wohnpolitik, die international als Vorbild gilt.

**W**ien ist in den letzten 10 Jahren um mehr als 200.000 Menschen gewachsen. Österreichs Hauptstadt ist die zweitgrößte Stadt im deutschsprachigen Raum – gleich nach Berlin. Und eines überrascht fast die ganze Welt: Die Mietpreise in Wien steigen weniger als in vielen anderen Großstädten. Während in anderen Metropolen die Wohnkrise niederschlägt, investiert Wien in den Wohnungsbau. Der Berliner Tagesspiegel titelt dazu: „Wien als Vorbild: Ein Paradies für Mieter“. Von New York bis Hongkong wird das Wiener Wohnmodell in einer Ausstellung bestaunt – viele Großstädte wollen von Wien lernen.

Vor zu viel Grundstücks- und Immobilienpekulation schützt sich die Stadt mit einer neuen Bauordnung. Geförderter Wohnbau bekommt Vorrang: Zwei Drittel der Flächen für neue Wohnprojekte sind für den geförderten Wohnbau reserviert. Für MieterInnen heißt das: höchstens fünf Euro Miete pro Quadratmeter, keine Befristungen und keine Provision.

## ÖVP WIEN WILL GEMEINDEWOHNUNGEN PRIVATISIEREN

Doch was für MieterInnen und die Städte dieser Welt ein Erfolgsmodell ist, ist der ÖVP ein Dorn im Auge: Die Wiener ÖVP will die Wiener Gemeindewohnungen privatisieren. „Kaufoptionen im Gemeindebau“ nennt es der nicht amtsführende Stadtrat

## DENN IN WIEN GIBT ES EINE BESONDERHEIT:

*62 Prozent der WienerInnen leben im geförderten Wohnbau. Die Stadt Wien besitzt rund 220.000 Gemeindewohnungen. Hinzu kommen 200.000 gemeinnützige Genossenschaftswohnungen.*



GEORG WOLF

Markus Wölbisch. Konkret heißt das: MieterInnen, die über einer bestimmten Einkommensgrenze liegen, sollen ihre Gemeindewohnung kaufen. Das passt zu einer anderen Forderung der ÖVP: Der Einkommens-Kontrolle im Gemeindebau. Wer mehr verdient, soll mehr zahlen oder sonst die Wohnung verlieren. Das würde dazu führen, dass Mieter im Gemeindebau am Ende steigen – oder Menschen würden ausziehen und nur noch KleinstverdienerInnen und Arme würden in Gemeindewohnungen leben. Der soziale Wohnbau hat laut der Ökonomin Lisa Windsteiger noch eine ganz andere wichtige Funktion. Er verhindert „Ghettoisierung“ in Städten: >>

*„Die Forderung der ÖVP/FPÖ-Regierung, „Gehalts-Checks“ in den Gemeindebauten einzuführen, um zu verhindern, dass „Reiche“ dort wohnen, wäre kontraproduktiv. Das würde soziale Durchmischung verhindern, die so wichtig ist.“*

LISA WINDSTEIGER, MAX-PLANCK-INSTITUT



Genau das war das Ziel des sozialen Wohnbaus: In Wien sollte der Apotheker neben der Verkäuferin und die Ärztin neben dem Postboten leben. Im Gemeindebau sollen nicht Arme wie Arme leben – sondern „Wohnen wie die Reichen“ und neben den Reichen: Mit viel Grünfläche, Balkonen und in schönen Wohnungen.

### PRIVATISIERUNG WÜRDE MIETEN IN DIE HÖHE TREIBEN

Der Verkauf von Gemeindewohnungen an wohlhabende MieterInnen würde vor allem eines bewirken: höhere Mieten. Denn einmal verkauft, unterliegt die Vermietung nicht mehr den strengen Vorgaben: Die Käuferin oder der Käufer kann die Wohnung teurer – und befristet – vermieten. Derzeit werden alle Gemeindewohnungen zum Wiener Richtwert von 5,58 Euro je Quadratmeter vergeben. Auf Zuschläge, die das Richt-

wertgesetz erlauben würde, verzichtet Wien. Zumindest diese Zuschläge würden KäuferInnen wohl verlangen, die ihre Wohnung im Gemeindebau vermieten.

### DEUTSCHLAND HAT PRIVATISIERT – MIT NEGATIVEN FOLGEN

Wohin die Privatisierung des kommunalen Wohnbaus führt, sieht man in Deutschland: In den 1990er Jahren wurden dort viele Wohneinheiten verkauft, die Mietpreis-Steigerung ist enorm. Sie liegt bei über 60 Prozent in den letzten 10 Jahren. Derzeit läuft die Europäische Bürgerinitiative für leistbares Wohnen, die unter anderem die Rücknahme von Wohnungen in städtische und kommunale Hand fordert (siehe Abbildung rechts). In Deutschland sind nur mehr 3,9 Prozent der Mietwohnungen sozialer Wohnbau – in Österreich sind es immerhin noch 26 Prozent. Ein Großteil davon in Wien.

[Mehr interessante Artikel?](#)  
[WWW.KONTRAST.AT](http://WWW.KONTRAST.AT)



## EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE FÜR LEISTBARES WOHNEN

Mit 1 Million Unterschriften verpflichten wir die EU-Kommission zum Handeln. Wir fordern vom Europäischen Gesetzgeber bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für mehr soziales und leistbares Wohnen:

- 1 Bereitstellung von günstigen Finanzmitteln für leistbares Wohnen
- 2 Erleichterter Zugang zu gefördertem Wohnbau
- 3 Gegen Beschränkungen öffentlicher Investitionen von Wohnraum
- 4 Keine Steuervorteile für Kurzzeitvermietung
- 5 Erhebung des Wohnbedarfs und der Wohnkosten in den europäischen Städten und Regionen

[WWW.HOUSINGFORALL.EU](http://WWW.HOUSINGFORALL.EU)  
[OFFICE@HOUSINGFORALL.EU](mailto:OFFICE@HOUSINGFORALL.EU)

KÄMPFE JETZT  
FÜR LEISTBARES  
WOHNEN IN  
EUROPA!

UNTERSCHREIBE DIE BÜRGERINITIATIVE AUF:  
[WWW.HOUSINGFORALL.EU](http://WWW.HOUSINGFORALL.EU)



UNTERSTÜTZE UNS AUF ALLEN KANÄLEN

- |  |   |  |  |
|--|---|--|--|
|  | <a href="https://fb.com/housingforalleu">fb.com/housingforalleu</a> |  | <a href="https://www.instagram.com/housingforall.eu">@housingforall.eu</a> |
|  | <a href="https://twitter.com/housingforalleu">@housingforalleu</a>  |  |  |

### SPRICH DARÜBER!

Sprich darüber! Erzähle deiner Familie, Bekannten, Freundinnen und Freunden, Kolleginnen und Kollegen über die Bürgerinitiative und sammle selbst Unterstützungserklärungen!

### WERDE UNTERSTÜTZERIN!

Unterstütze unseren Verein und damit die Kampagne der Initiative mit einem kleinen Beitrag und werde Mitglied!

→ Europeans for Affordable Housing  
IBAN: AT021200020025927897  
BIC: BKAUATWW  
 [leetchi.com/c/housingforall](https://leetchi.com/c/housingforall)

### WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT UND KEINE WARE!

Wohnen ist die Grundlage für ein gutes Leben und die Basis für den sozialen Zusammenhalt in Europa. Derzeit beschränken EU-Gesetze das Entstehen von gefördertem Wohnraum.



# Wie Berlin die Wasserprivatisierung wieder rückgängig machte

Sauberer Wasser aus der Leitung ist für uns eine Selbstverständlichkeit. In Österreich ist Wasser ein öffentliches Gut. Aber der Druck, die Wasserversorgung innerhalb der EU zu liberalisieren, nimmt zu. Lobbygruppen und Konzerne wie Nestlé setzen sich bereits seit Jahren für eine Liberalisierung der Wasserversorgung in Europa ein.

## BERLIN PRIVATISIERT DIE WASSERVERSORGUNG...

Es waren die 1990er Jahre und Privatisierungen waren en vogue. Der Staat galt als schlechter Wirtschafter, Privatisierungen als generelle Problemlösung. Die Ideologie der Privatisierung machte in Deutschland auch vor der Wasserversorgung keinen Halt.

1999 wurden die Berliner Wasserbetriebe unter dem CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen teilprivatisiert.

49,9 Prozent wurden gemeinsam vom französischen Wasserkonzern Veolia und dem deutschen Energiekonzern RWE gekauft – für etwa 1,7 Milliarden Euro. Damit wollte man das Berliner Haushaltsdefizit ausgleichen und hoffte auf eine effizientere und billigere Wasserversorgung. In Geheimverträgen wurden den Unternehmen satte Gewinne versprochen.

Statt der versprochenen neuen Arbeitsplätze wurden Stellen abgebaut. Gleichzeitig zogen die Wasserprei-

se massiv an. Nach wenigen Jahren mussten die BerlinerInnen etwa ein Drittel mehr für ihr Wasser bezahlen. Die Gewinne der Unternehmen waren enorm. Sie machten Gewinne im dreistelligen Millionenbereich. Aufgrund der Geheimverträge gingen die Gewinne an die Unternehmen, die Stadt Berlin musste sich mit Krümeln zufriedenstellen.



## ... UND DIE BEVÖLKERUNG ERZWINGT DEN RÜCKKAUF

Die steigenden Wasserpreise und die Garantie auf Gewinne erbosten die BerlinerInnen. Man sah nicht ein, wieso private Unternehmen Gewinne machen sollten, während die Preise stiegen – ohne dass sich die Qualität änderte. Bereits im Jahr 2007, also gerade einmal 8 Jahre nach der Privatisierung, startete die Initiative „Berliner Wassertisch“ ein Volksbegehren zur Rücknahme der Privatisierung. Infolge kam es 2011 zu einem

## BERLIN – EIN BEISPIEL VON VIELEN

Berlin ist kein Einzelfall. Auch die Privatisierungen in anderen Ländern ließen die Preise steigen. Eine Studie der Technischen Universität Wien zeigt, wie wenig erfolgreich die Privatisierungen der Wasserversorgung in europäischen Ländern waren. Dabei wurde deutlich, dass öffentliche Wasserversorgung billiger, effizienter und weniger anfällig für Korruption ist. Deswegen wurden und werden Privatisierungen der Wasserversorgung regelmäßig zurückgenommen.

# UNSERE ANTWORTEN FÜR VERSORGUNGSSICHERHEIT UND LEBENSQUALITÄT.

## 1 Privatisierungsstopp in der Daseinsvorsorge

- Wahrung des öffentlichen Interesses an Strukturen der Daseinsvorsorge, insbesondere bei Wasser, Müll, Abwasser, Verkehr, Energie, Bildung, Gesundheit und Wohnen
- Stärkung des öffentlichen Eigentums und öffentlicher Infrastruktur
- Kommunale Betriebe stärken, um die Versorgung auch für die künftigen Generationen zu sichern und auch um den ökologischen Fußabdruck zu verringern
- Hände weg vom Trinkwasser: Wasser ist Menschenrecht! Alle Menschen in der EU müssen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben



## 2 Leistbares Wohnen muss für alle Menschen zur Verfügung stehen

- Wohnen als Grundrecht in allen Bereichen der EU-Politik absichern, Wohnkosten dürfen maximal ein Viertel des Einkommens betragen
- Europäische Wohnbauoffensive zum Ausbau des sozialen, öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbaus
- Wohnbaufördermittel für Wohnbau, der unbefristete Mietverträge und langfristige Miet- und Preisobergrenzen, verbunden mit Verkaufsverboten, einhält
- Hände weg vom Gemeindebau! Sozialer Wohnbau muss für alle zugänglich sein

## 3 Spekulationsstopp auf Wohnen

- Wohnraum ist zum Wohnen da, nicht für Renditen von Hedgefonds oder zur Geldwäsche
- Airbnb & Co. begrenzen: Kurzzeitvermietung für touristische Zwecke darf Wohnraum nicht reduzieren
- Maßnahmen gegen Gentrifizierung wie Quoten für sozialen Wohnbau bei Neubauprojekten und Flächenwidmungen
- Spekulation mit und Ausverkauf von Grund und Boden stoppen: Einschränkungen müssen hier für Mitgliedsstaaten und die lokale Ebene rechtlich möglich sein



## 4 Goldene Investitionsregel

- mehr Spielraum für öffentliche Investitionen in zukunftsträchtige Infrastruktur wie Schiene, Wohnen, Straße, Breitband/5G und Schulbau

## 5 Leistungen der Daseinsvorsorge in öffentliche Hand

- Bildung, Gesundheit, Abfallentsorgung, Verkehrsinfrastruktur, Energie- und Wasserversorgung gehören in die öffentliche Hand
- Daseinsvorsorge muss vollständig von Handels- und Investitionsschutzabkommen ausgenommen werden



**SPÖ**



# ZUSAMMENHALTEN STATT GESELLSCHAFT SPALTEN.



Europa braucht  
Ihre Antwort.

Viel zu oft steht das Gewinnstreben einiger weniger über dem Allgemeinwohl. Während sich die Reichen immer reicher machen und die Armen ärmer gemacht werden, werden den wirtschaftlichen Freiheiten zu oft soziale Rechte und die gesellschaftliche Teilhabe geopfert. Die Europäische Union hat sich auf Budgetdefizite, Wettbewerbsfähigkeit und Inflation konzentriert und Umwelt, Armutsbekämpfung, Gleichberechtigung, sozialen Zusammenhalt – kurz gesagt, all das, was das Leben in Europa so lebenswert macht – vernachlässigt. Diese außer Kontrolle geratenen Marktfreiheiten wollen wir in die Schranken weisen und den Menschen wieder den Vorrang geben.

# GEMEINSAM STATT GEGENEINANDER.

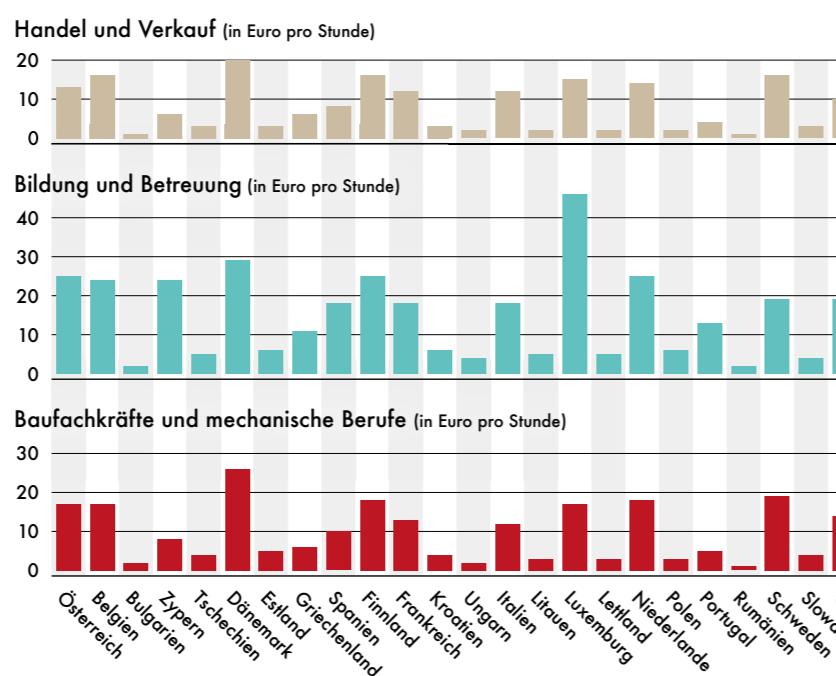
Wir SozialdemokratInnen kämpfen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat, für ein Europa, das Menschen auffängt und ein soziales Sicherheitsnetz bietet. Das heißt, ein Europa, in dem der Bauarbeiter aus Ungarn nicht um fünf Euro pro Stunde in Österreich auf der Baustelle steht, die 24-Stunden-Pflegerin nicht monatelang von zu Hause weg ist, in dem der LKW-Fahrer nicht zum Hungerlohn durch Europa staut. Sondern ein Europa, in dem allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht wird.

## ÖSTERREICH BESONDERS BETROFFEN

Die Lohnniveaus in Europa gleichen sich nicht an, sondern verharren auf dramatisch unterschiedlichen Niveaus. Ein Arbeiter bei unseren östli-

chen Nachbarn verdient nach wie vor weniger als die Hälfte eines Arbeiters in Westeuropa. Ein österreichischer Arbeiter verdient beispielsweise sechsmal so viel wie ein bulgarischer. Der ökonomische Anreiz von einem

## DAS LOHN-NIVEAU IST AUCH IN DER EU SEHR UNTERSCHIEDLICH. (Eurostat 2018)



ärmeren Mitgliedsland in ein reicheres zu migrieren, ist also enorm. Hier von ist vor allem Österreich betroffen.

## WIR LASSEN UNS NICHT GEGENEINANDER AUSSPIELEN

Unterbezahlung, Ausbeutung, Umgehung von Schutzstandards etc. sind momentan möglich, weil Lücken im europäischen Arbeitsrecht ausgenutzt werden und gemeinsame Regelungen für Konzerne fehlen. Einige EU-Staaten unterstützen das Sozialdumping bei der grenzüberschreitenden Entsendung von ArbeitnehmerInnen sogar durch unerlaubte Beihilfen, zum Beispiel durch reduzierte Sozialversicherungsbeiträge. Nur mit sozialen Mindeststan-

dards, Mindesteinkommensschemen und der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping können wir verhindern, dass die Gefälle ausgenutzt werden. Und was machen die Konzerne? Die nutzen die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten aus und hebeln mit dubiosen Tricks die Arbeits- und Sozialstandards aus. Mindestlöhne werden nicht eingehalten, niedrigere Sozialversicherungsbeiträge bezahlt oder diverse Schutzbefreiungen ignoriert.

Heute gibt es über zwei Millionen entsandte Beschäftigte in der EU. Im grenzüberschreitenden Raum ist es schwer, die geltenden Vorschriften zu kontrollieren und bei Verstößen gegebenenfalls Sanktionen zu verhängen. >>



## SOKO BAU

Laut Angaben der „Soko Bau“ zahlten von Jänner bis August 2018 knapp die Hälfte der Baufirmen aus dem Ausland (48,5 Prozent) den entsandten ArbeiterInnen in Österreich zu wenig Lohn.

**Kontrolliert wurden 1.403 ausländische Firmen, davon wurde bei 681 der Verdacht auf Unterentlohnung festgestellt.**

Es braucht eine wirksame europäische Stelle, die die Durchsetzung der Vorschriften sicherstellt.

## RESPEKT FÜR DIE ARBEITNEHMERINNEN

Die Menschen erwarten sich zurecht ein engagiertes Vorgehen der Politik im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Mit knapp acht Prozent Arbeitslosigkeit haben zu wenig Menschen einen Job und immer noch ist jeder sechste junge Mensch in der EU ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Am schlimmsten ist die Lage in Griechenland, wo ein Drittel der jungen Erwachsenen weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung ist.

*„In Österreich kennen wir die Probleme mit Lohn- und Sozialdumping besonders gut weil wir an der Schnittstelle zu den Ländern liegen, wo das Lohngefälle sehr stark ist. Deshalb ist es ein wichtiger Erfolg von uns SozialdemokratInnen, dass eine EU-Arbeitsbehörde kommt!“*

EVELYN REGNER

In Österreich hat die Aktion 20.000 gezeigt, wie wir Arbeitslosigkeit aktiv bekämpfen können. So reduzierte sich etwa in Voitsberg in der Steiermark die Arbeitslosigkeit innerhalb von nur fünf Monaten um 56 Prozent. Solche Projekte müssen europaweit gestartet werden. In Form einer europaweiten Jobgarantie wollen wir allen eine Chance am Arbeitsmarkt eröffnen. Viele Menschen in Europa haben keine Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz und hängen in befristeten Verträgen, Scheinselbständigkeit oder Leiharbeit fest. Trotz Arbeit in Armut zu leben, ist eine Entwicklung, die wir niemals hinnehmen werden. Wir kämpfen in Europa für ein Recht auf gute Arbeit.:::



## DAFÜR HABEN WIR ERFOLGREICH IM EUROPAPARLAMENT GEKÄMPFT:

- Neue Entsende-Richtlinie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“
- Mit der EU-Arbeitsbehörde soll die Einhaltung von Sozialvorschriften und Arbeitsrecht grenzüberschreitend gewährleistet werden
- Mit der Richtlinie für transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen werden neue europaweite Mindeststandards geschaffen für Probezeit, Informationen zu Dienstantritt, Kündigungsschutz und erstmals auch digitale ArbeitnehmerInnen von Schutzmechanismen umfasst



# WIE FUNKTIONIERT DIE GESETZGEBUNG IN DER EU?

Die Gesetzgebung in der Europäischen Union funktioniert anders als in Nationalstaaten. Denn das Europäische Parlament hat kein Recht auf Gesetzesinitiativen – ganz im Unterschied zum österreichischen Parlament. Das bedeutet, dass das Europäische Parlament allein nicht die Möglichkeit hat, Gesetze einzubringen. Dieses Recht hat in der EU nur die Europäische Kommission, die vergleichbar mit einem Ministerrat ist. Das Europäische Parlament und der Rat der EU haben allerdings die Möglichkeit, die Kommission zu einem Vorschlag aufzufordern.

## KOMMISSION, PARLAMENT UND RAT

Die Europäische Kommission schlägt neue Gesetze vor. Aber die Kommissi-

on kann diese nicht beschließen. Dafür braucht es das Europäische Parlament und den Rat der EU. Zuerst erhält das Europäische Parlament den Vorschlag. Dieses kann ihn ablehnen, verändern oder zustimmen. Dann kommt der Rat der EU den Vorschlag und kann dasselbe machen. Kommt es erneut zu Veränderungen, geht der Vorschlag zurück an das Parlament und der Prozess beginnt von Neuem. Gegebenfalls bilden Rat und Parlament einen Vermittlungsausschuss. Ein EU-Gesetz ist dann beschlossen, wenn Rat und Parlament zugestimmt haben.

## RICHTLINIEN UND VERORDNUNGEN

Die wichtigsten EU-Gesetze sind Verordnungen und Richtlinien. Verord-

nungen sind EU-Gesetze, die sofort und in allen Mitgliedsstaaten Gültigkeit haben. Richtlinien hingegen sind Aufforderungen an die Nationen, bestimmte politische Forderungen innerhalb einer bestimmten Zeit in nationales Recht umzusetzen.

## EUROPÄISCHE BÜRGERRINNEN-INITIATIVE

Seit 2012 haben auch die BürgerInnen die Möglichkeit, die EU-Kommission aufzufordern, ein Gesetz vorzuschlagen: mit der Europäischen Bürgerinitiative. Sobald eine Initiative eine Million Unterschriften hat (verteilt auf mindestens sieben Mitgliedsstaaten), muss sich die Kommission damit auseinandersetzen und entscheiden, ob sie aktiv wird.



# Die 4-Tage-Woche

Mehr Zufriedenheit für Beschäftigte – mehr Gewinne für Unternehmen. Neuseeland hat ein Pionier-Modell zur Arbeitszeitverkürzung gestartet.

**W**enn Beschäftigte nur noch 4 Tage in der Woche arbeiten, bricht jedes Unternehmen zusammen, richtig? Falsch. Ein Unternehmen in Neuseeland hat die 4-Tage-Woche getestet und findet: Sie bringt nur Vorteile. Die MitarbeiterInnen sind produktiver und zufriedener, Arbeitsprozesse haben sich verbessert, das Unternehmen macht mehr Gewinn. 30 Stunden Arbeiten für ein Vollzeit-Gehalt – machbar und erstrebenswert.

*Aktuell leisten  
Beschäftigte in  
Österreich 250  
Millionen Überstunden.  
Fast jede fünfte davon  
bleibt unbezahlt.  
Ohne diese Mehrarbeit  
würden über 143.000  
zusätzliche Jobs  
entstehen.*

## DIE ZEIT IST GEKOMMEN

„Die Zeit für die 4-Tage-Woche ist gekommen. Sie werden über die Verbesserungen in Ihrem Unternehmen und bei ihren MitarbeiterInnen überrascht sein.“ So lautet das Resümee von Andrew Barnes. Er ist Geschäftsführer der Neuseeländer Fonds-Gesellschaft Perpetual Guardian. Die 240 Beschäftigten des Unternehmens brauchen seit November 2018 nur noch 4 Tage pro Woche im Büro sein – und bekommen dennoch ein Vollzeit-Gehalt. Perpetual Guardian ist einer der Pioniere in Sachen Arbeitszeitverkürzung. Einzige Voraussetzung für die MitarbeiterInnen: Sie sollten im Vorfeld für sich erarbeiten, wie sie trotz weniger Stunden ihre Arbeitsziele erreichen.

## MEHR ZUFRIEDENHEIT, WENIGER STRESS, MEHR FAMILIE – MEHR GEWINN

Barnes sieht in der 4-Tage-Woche einen vollen Erfolg. Das bestätigen auch die University of Auckland und die Auckland University of Technology. Sie haben das Modell im Unternehmen untersucht.

„Das Besondere bei dem Testlauf war, dass das Unternehmen nicht einfach gesagt hat: Freitag ist jetzt frei. Die Teams entschieden selbstständig, wie sie ihre Arbeit organisieren und delegieren, sprachen sich ab, wer wann frei hat – und entschieden, wer die Verantwortung übernimmt, wenn der Abteilungsleiter seinen freien Tag hat. In den Interviews haben mir die Angestellten erzählt, dass sie sich zum ersten Mal zusammengesetzt und überlegt haben: Wie können wir effizienter arbeiten? Wie können wir uns gegenseitig helfen?“ (Helen Delenay, University of Auckland)

## NEUSEELÄNDISCHES UNTERNEHMEN IST VORBILD

Perpetual Guardian hat mittlerweile mehr als 350 Anfragen aus 28 Ländern erhalten. Unternehmen und Organisationen wollen wissen, welche Erfahrungen die NeuseeländerInnen gemacht haben und wie sie die neuen Arbeitszeiten in den eigenen Betrieben umsetzen könnten. Die meisten Anfragen stammen aus Großbritannien, gefolgt von Australien, den USA und Deutschland.

## DAS ERGEBNIS:

- Die MitarbeiterInnen sind um 20 Prozent produktiver.
- Die Beschäftigten haben die Gewinne des Unternehmens gesteigert.
- Die Stresswerte der Beschäftigten sind von 45 auf 38 Prozent gesunken.
- Die 4-Tage-Woche hat sich als familienfreundlich erwiesen: Die Beschäftigten können sich mehr als zuvor bei Hausarbeit und Kindererziehung einbringen.

„Langsam wird verstanden, dass die Art, wie wir heutzutage arbeiten, nicht mehr zeitgemäß ist“, erklärt Geschäftsführer Barnes und kritisiert ausufernde Arbeitszeiten.

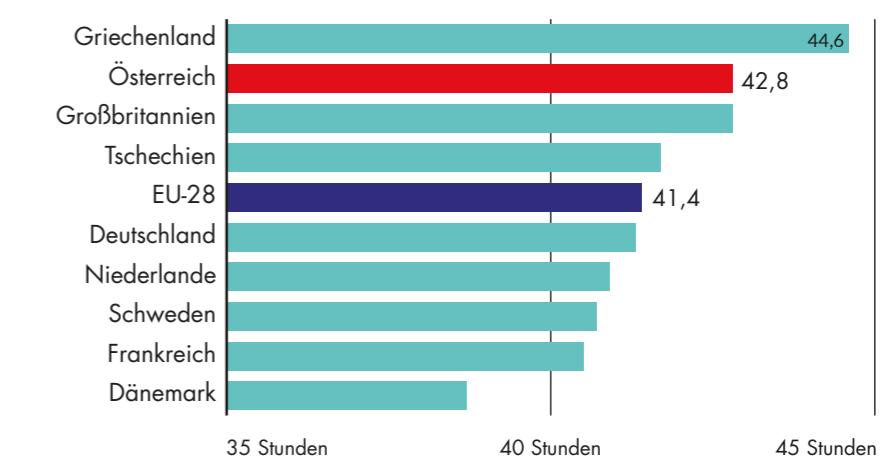
Die sind nicht nur gesundheitsgefährdend, sondern hemmen auch die Produktivität und Zufriedenheit der Beschäftigten.

## IN ÖSTERREICH MÜSSEN ARBEITNEHMERInNEN LÄNGER ARBEITEN STATT KÜRZER

In Österreich besteht wirklich nicht das Problem, dass die Menschen zu wenige Überstunden machen. Die österreichischen Beschäftigten arbeiten am zweitlängsten in der EU. Nur die krisengebeutelten Griechen müssen noch mehr Überstunden machen, während starke Volkswirtschaften wie Dänemark und Schweden mit kürzeren Arbeitszeiten auskommen.

## ÖSTERREICHERInNEN ARBEITEN AM ZWEITLÄNGSTEN IN DER EU

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten (Eurostat 2016)



# UNSERE ANTWORTEN FÜR EIN SOZIALES EUROPA.

## 1 Ende des Lohn- und Sozialdumpings

- Effektive Gesetze, Kontrollen und Strafen
- Rascher Aufbau der EU-Arbeitsbehörde als Kontrollinstitution und Ansiedlung der Behörde in Österreich
- Verstöße gegen Arbeitsrecht müssen gleich hart geahndet werden wie Wettbewerbsverstöße (Vertragsverletzungsverfahren)
- Ausschluss von EU-Forderungen und von öffentlichen Bieterverfahren für Unternehmen und deren wirtschaftlichen EigentümerInnen, die selbst oder deren Töchter beim Lohn- oder Sozialdumping erwischt werden
- Persönliche, strafrechtliche Haftung für Vorstände bzw. GeschäftsführerInnen von Unternehmen, die Lohn- und Sozialdumping betreiben.
- Europäische Sozialversicherungsnummer: EU-weite Implementierung eines sinnvollen Austausches von Informationen zur Sozialversicherung, um Sozialdumping zu bekämpfen

## 2 Europaweite Mindestlöhne und Mindeststandards

- Festlegung von Lohnuntergrenzen: Unter Einhaltung der nationalen Systeme der Lohnfindung ausreichend hohe Mindestlöhne einführen mit dem Ziel einer kontinuierlichen Verbesserung des Lohnniveaus
- Rechtliche Rahmenbedingungen für funktionierende Kollektivvertragssysteme auf Branchenebene in allen Mitgliedsstaaten schaffen
- Starke Sozial- und Arbeitsschutzstandards in den EU-Mitgliedsstaaten: verbindliche Regeln für Arbeitsbedingungen, mit dem Ziel, den Standard in ganz Europa zu heben
- Ein soziales Sicherheitsnetz und verpflichtende Mindeststandards für die Mindestsicherung und die nationalen Arbeitslosenversicherungen, vor allem bei Nettoersatzraten, Bezugszeiträumen und aktiver Arbeitsmarktpolitik
- Eine europäische Kindergarantie für alle Kinder, um Kinderarmut ein Ende zu bereiten

## 3 Sicherung sozialer Grundrechte

- Vorrang sozialer Grundrechte vor wirtschaftlichen Freiheiten und Wettbewerbsregeln im EU-Vertrag festsetzen
- Die soziale Säule in Europa mit Leben erfüllen und in verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften verankern



## 4 Sozialen Dialog in Europa stärken

- EU-weite Regeln für ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung in den Leitungsgremien von EU-Unternehmen, die in mehreren Staaten tätig sind
- Europäische Betriebsräte stärken und verbindlicher gestalten
- Unternehmensmobilität und Umstrukturierung darf nicht Abbau von ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung zur Folge haben: Mitwirkungsrechte insbesondere bei Veränderungsprozessen gewährleisten
- Europaweite Jugendvertrauensräte bei grenzüberschreitend tätigen Unternehmen
- Den Europäischen Sozialen Dialog zwischen europäischen Sozialpartnern stärken, deren Autonomie garantieren und Verbindlichkeit für deren Beschlüsse auf EU-Ebene erwirken

## 5 Gute Arbeit und faire Verträge

- Jobgarantie in Europa: Umschulungsprogramm und Re-Integration nach Vorbild der Aktion 20.000 in Österreich
- Stärkung der Europäischen Jugendgarantie nach österreichischen Vorbild – Möglichkeit auf Ausbildung, Weiterbildung, Beruf oder Praktikum innerhalb von vier Monaten für alle Jugendlichen
- Lohnschere schließen: Lohngefälle zwischen Frauen und Männern EU-weit beseitigen
- Arbeitsmarktprüfung für besonders von Verdrängung betroffene Branchen ermöglichen
- Verbot von „Null-Stunden-Verträgen“ europaweit
- Work-Life Balance: Arbeitszeitverkürzung in den EU-Rahmenrichtlinien festsetzen und Recht auf Nicht-Erreichbarkeit verankern
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auch in Europa vorantreiben mit dem Ziel einer 30-Stunden-Woche

# DIGITALE REVOLUTION FÜR DIE MENSCHEN STATT FÜR DIE INTERNET-RIESEN.

**N**eue Technologien und das Internet verändern unsere Welt unaufhörlich. Die Geschwindigkeit dieses Wandels beeinflusst nahezu alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche. Es ist die Aufgabe eines starken demokratischen Europas, die Fundamente für eine gerechte Digitalgesellschaft zu legen. Damit alle vom digitalen Wandel profitieren.

Digitalisierung verändert insbesondere unsere Arbeitswelt grundlegend. Sie birgt Möglichkeiten und Chancen für eine bessere Arbeitswelt, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet wird, birgt aber auch das Risiko unsicherer und prekärer Arbeitsbedingungen. Wie jeder technologische Wandel folgt auch die Digitalisierung dabei keinem Natur-

gesetz. Arbeitsabläufe können durch den technologischen Fortschritt effizienter organisiert und Menschen können von belastenden Tätigkeiten befreit werden. Wir sehen die Digitalisierung als Chance, Arbeitszeit zu verkürzen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Doch wir sind es, die dafür sorgen müssen, das Wohl der Menschen ins Zentrum zu stellen. Im Grunde sind die Rechte, für die wir im digitalen Zeitalter kämpfen, nicht neu für uns: Das Recht auf einen Arbeitsvertrag, ordentlichen Lohn, Urlaub, geregelte Arbeits- und Ruhezeiten, Gehaltsfortzahlung bei Krankheit und vieles mehr.

## KEINE DIGITALEN TAGELÖHNERINNEN

Wir wollen keine digitalen TagelöhnerInnen, die auf Abruf arbeiten, und keine Scheinselbstständigen, die für Hungerlöhne Pakete austragen. Technologischer Fortschritt darf nicht zu einem Rückschritt für ArbeitnehmerInnen führen. Ständige Erreichbarkeit und keine Abgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit ist für viele zur alltäglichen Belastung geworden. Wir sind der Meinung, dass jeder Mensch das Recht hat, abzuschalten. Arbeitszeit, Arbeitsrechte und der Schutz von ArbeitnehmerInnen dürfen sich nicht durch Cloud und Crowd in Luft auflösen, sondern müssen vielmehr EU-weit abgesichert werden.

**FORTSCHRITT MIT ALLEN FÜR ALLE**  
Für die meisten BürgerInnen Europas sind soziale Medien, Zugang zu Informationen und Onlineshopping fester Bestandteil ihres Alltags. Technologie verändert die Art und Weise, wie wir arbeiten, leben, Kontakte knüpfen und kommunizieren. Wir möchten sicherstellen, dass die Digitalisierung ein Instrument ist, das die Menschen würde achtet insbesondere Freiheit, Gerechtigkeit, Pluralismus, Barrierefreiheit, Gleichheit und Privatsphäre – fördert. Echter Fortschritt stellt sich in den Dienst der Vielen und bringt die Gesellschaft als Gemeinschaft weiter, statt sich auf Rekordgewinne für die Wenigen zu konzentrieren.

**DEMOKRATIE AUCH DIGITAL**  
Dabei ist das Recht auf Privatsphäre wesentlich. In einer Welt, in der Com-

puter allgegenwärtig sind, gibt es immer jemanden, der unsere Gespräche belauschen oder unseren Aufenthaltsort ausspähen kann. >>



## EILMELDUNG

### EU-PARLAMENT BESCHLIESST ZENSUR DURCH UPLOADFILTER



**ÖVP STIMMT DAFÜR**



**FPÖ ENTHÄLT SICH**



**SPÖ STIMMT DAGEGEN**

*„Gerade mit der immer rascher voranschreitenden Digitalisierung ist es unumgänglich, am Ball der Technik zu bleiben – jede und jeder muss die gleichen Chancen auf Bildung haben. Das ist die Basis so zu leben, wie es einem gefällt und dieses Recht haben alle in Europa!“*

STEFANIE MÖSL (LISTENPLATZ 8)



Für Unternehmen ist es im digitalen Zeitalter ein Leichtes geworden, ihre MitarbeiterInnen auf Schritt und Tritt zu überwachen. Europa muss an einem Strang ziehen, um die Digitalisierung so zu gestalten, dass sie unseren europäischen Werten der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gerecht wird. Wir müssen entschlossen gegen Wahlmanipulation auftreten, die große soziale Netzwerke böswilligen AkteurInnen ermöglicht haben und müssen konsequent Datenschutz im Arbeits- und Privatleben europaweit gewähren. Anbieter sollen nicht mehr Daten sammeln als notwendig.

### DEMOKRATIE IM DIGITALEN ZEITALTER

Algorithmen beeinflussen zunehmend das Leben und den Alltag der Menschen. Sie entscheiden z.B. über Kreditvergaben oder ob eine Versicherung neue Versicherungsnehmende akzeptiert oder berechnen den Preis von Produkten unterschiedlich, je nachdem, ob von einem Apple oder Windows Computer im Onlinehandel gekauft wird. Für die KonsumentInnen ist das nicht nachvollziehbar. Auch die Entscheidung, was Milliarden Menschen täglich zum Sehen und zum Lesen bekommen, obliegt ihnen. Die unabhängige und kritische Meinungsbildung ist durch Echokammern und Filterblasen gefährdet. Das Internet wird z.B. durch die Verbreitung von Fake News, die Verwendung von Social Bots (Mei-

nungsrobotern) oder Hassrede auch als digitale Waffe eingesetzt. Durch diese Entwicklung können Demokratien destabilisiert werden. Daher braucht es eine Offenlegung der Algorithmen und mehr Transparenz. Menschen müssen unterscheiden können, ob sie im Internet mit Robotern oder Fake Accounts kommunizieren.

### FREIES INTERNET FÜR ALLE

Um diese grundlegenden Rechte zu garantieren, braucht es einen gleichberechtigten Zugang für alle BürgerInnen. Ohne zuverlässige Internetverbindungen ist sowohl für BürgerInnen als auch Unternehmen die Teilhabe an der Gesellschaft erschwert. Der europaweite Anschluss aller Haushalte an Glasfaser- oder 5G-Netze ist daher ein wesentliches Ziel der nächsten fünf Jahre. Europäische Investitionen in den Netzausbau werden wir insbesondere in ländlichen Regionen Europas vorantreiben. Der Ausbau des Internetzugangs allein reicht aber nicht aus. Wir werden weiterhin federführend für die Aufrechterhaltung der Netzneutralität einstehen, denn wir wollen kein Internet der zwei Geschwindigkeiten.

### EUROPÄISCH DIGITAL IN DIE ZUKUNFT

Das freie Internet ist jedoch bedroht. Gerade im Internet muss Meinungs- und Informationsfreiheit herrschen.

Wenn Europa ein relevanter Player in der digitalen Welt sein will, sollten wir diesen freien Raum nicht zerstören, sondern so gestalten, dass ein fairer Umgang ermöglicht wird. Große Konzerne sollen nicht mittels Uploadfilter entscheiden dürfen, was ins Internet darf und was nicht. Nicht zuletzt tragen derartige Uploadfilter zu einer weiteren Monopolisierung im Internet bei: Während große Internetplattformen über die nötigen Finanzmittel für eine Filterarchitektur und umfangreiche Lizenzierungen verfügen, ist dies bei kleinen Unternehmen und ehrenamtlichen Vereinen nicht der Fall. Wir wollen die Informationsvielfalt im Netz erhalten und gerade kleine Digitalunternehmen unterstützen. Denn wir brauchen ein moder-

nes Urheberrecht für Kreative und KonsumentInnen, nicht für Konzerne. Gleichzeitig muss eine Reform des europäischen Urheberrechts sicherstellen, dass Kreative fair und angemessen entlohnt werden und von ihrer künstlerischen Leistung leben können – dazu brauchen wir ein umfassendes europaweites Urhebervertragsrecht. Eine Einschränkung der sogenannten Panorama- oder Straßenbildfreiheit, die die Bildrechte an Gebäuden im öffentlichen Raum beeinträchtigen würde, lehnen wir ab. Wir wollen Europas digitale Autonomie stärken und nicht länger abhängig von den USA sein. Der europäische digitale Markt mit seinen NutzerInnen ist groß genug, um selbstbewusst Regeln durchzusetzen. ::



**DAFÜR HABEN WIR IM EUROPAPARLAMENT ERFOLGREICH GEKÄMPFT:**

- Europa ist weltweit Vorreiterin in Sachen Datenschutz und Netzneutralität
- Sicherung der Netzneutralität in Europa durch die neue Telekommunikations-Verordnung
- In der Datenschutz-Verordnung konnte die SPÖ eine Verdoppelung der Strafen für Unternehmen bei Datenmissbrauch erreichen
- Roaminggebühren abgeschafft

# EUROPA BRAUCHT #EUREANTWORT



## Digitalisierung und Arbeitswelt

IM GESPRÄCH MIT MARTIN RISAK

### WELCHE AUSWIRKUNGEN HAT DIE DIGITALISIERUNG AUF DIE WIRTSCHAFT?

Das kommt auf die Sparten an. In der Industrie hat die Digitalisierung bereits voll zugeschlagen. Robotisierung und Digitalisierung verändern die Fabriken natürlich immens. Es braucht deutlich weniger Arbeitnehmer für die gleiche Produktion. Gleichzeitig hat sich auch der Büroalltag verändert. Hier verändert sich der Arbeitsalltag enorm.

### WIE VERÄNDERT SICH DER ARBEITSALLTAG MIT UND DURCH DIE DIGITALISIERUNG?

Eine wesentliche Veränderung betrifft das Verhältnis von Raum und Zeit. Wir arbeiten jenseits von Raum und Zeit. Was machen wir, wenn wir in der Früh mit dem Zug in die Arbeit fahren? E-Mails lesen und beantworten, damit die Flut in der Arbeit selbst erträglich bleibt. Bezahlt werden wir dafür natürlich nicht. Oder wir arbeiten gleich im Home-Office. Die Digi-

talisierung entgrenzt die Arbeit. Wir sind immer und überall erreichbar, die Arbeit endet nicht um 17.00 Uhr, wenn wir das Büro verlassen. Die Arbeitszeit und die Freizeit sind nicht mehr sichtbar voneinander getrennt.

### WAS MACHT DIE JETZIGE REGIERUNG, UM DER DIGITALISIERUNG ZU BEGEGNEN?

Nichts. Die Regierung tut so, als würde es die Digitalisierung nicht geben.

### WIE MÜSSTE MAN DEN PROBLEMEN BEGEGNEN, DIE MIT DER DIGITALISIERUNG EINHERGEHEN?

Man braucht eine europäische Strategie. Viele der Veränderungen finden in und über den digitalen Raum statt. Und der digitale Raum macht nicht an der Grenze halt. Wenn ich Buchhalterin bin und in Ungarn lebe, kann ich für ein österreichisches Unternehmen arbeiten. Und ich muss dafür nicht jeden Tag nach Österreich pendeln. Ich kann auf die Daten digital zugreifen. Nur: Welches Arbeitsrecht gilt jetzt. Physisch ist die Frau in Ungarn, aber aktiv ist sie am österreichischen Arbeitsmarkt. Das kann nicht jeder Staat für sich beantworten, dafür braucht es eine europäische Lösung.

### WELCHE KONKREten LÖSUNGEN BRAUCHEN WIR?

Wir brauchen ganz dringend einheitliche europäische Schutzniveaus. In

Österreich ist das Einkommen höher als in anderen Ländern. Wenn jemand von Ungarn aus arbeitet und die dortigen Mindestlöhne gelten, setzt eine Konkurrenz-Spirale nach unten ein. Deswegen brauchen wir ein vernünftiges Schutzniveau.

Auch die Dauererreichbarkeit am Handy muss thematisiert werden. Früher war die Sache klar, die Arbeitszeit war eingegrenzt. Heute wird man ständig angerufen. Auch wenn man vielleicht nur kurz arbeitet, die Freizeit wird ständig unterbrochen und man schaltet immer schwerer ab. Es braucht auch ein Recht auf Nichterreichbarkeit.

### WELCHE ENTWICKLUNGEN ERWARTEN UNS NOCH?

Die Plattformarbeit ist noch ein relativ kleines Segment des Arbeitsmarktes, allerdings wird sie noch massiv wachsen. Wie funktioniert sie? Die bekanntesten Plattformen sind über

oder foodora. Die Plattform stellt Arbeitskräfte zur Verfügung, die natürlich nicht angestellt, sondern selbstständig sind. In diesem Bereich sind die Einkommen sehr niedrig, der Druck enorm hoch. Die EU muss dafür sorgen, dass Menschen, die für diese Plattformen arbeiten, als ArbeitnehmerInnen anerkannt werden. Das ist keine komplizierte Sache, sondern eine Frage des Willens.

# Das neue EU-Urheberrecht

IM GESPRÄCH MIT LEONHARD DOBUSCH.

## KANNST DU KURZ BE-SCHREIBEN, WAS DAS ZIEL DER URHEBERRECHTSREFORM IST?

Das europäische Urheberrecht stammt aus 2001. Wenn man sich vor Augen führt, dass Plattformen wie Facebook 2004 und YouTube 2005 überhaupt erst gegründet wurden, sieht man, wie veraltet das Urheberrecht inzwischen ist. Denn viele weitverbreitete Nutzungspraktiken – vom Upload eines Handy-Videos mit Musik im Hintergrund bis zu den allgegenwärtigen Foto- und Video-Memes – sind urheberrechtlich eigentlich illegal. Hinzu kommt, dass wichtige Ausnahmen von Land zu Land verschieden sind, während digitale Plattformen länderübergreifend funktionieren. Es gibt also durchaus Bedarf für ein Update des EU-Urheberrechts.

## AM HÄUFIGSTEN WIRD DER SO GENANnte UPLOAD-FILTER KRITISIERT. WAS IST DAS UND WAS STÖRT DIE KRITIKER-INNEN DARAN?

Eine Idee ist es, große Plattformen wie YouTube oder Facebook dazu zu bringen, mehr Geld für Inhalte zu bezahlen, die auf ihren Plattformen geteilt werden. Denn derzeit fließt nur wenig Geld von den Profiten in die Kreativbranche. Die Kritik setzt deshalb auch weniger am Ziel als vielmehr am konkreten Vorschlag an. Artikel 13 des Entwurfs sieht nämlich vor, dass Anbieter von Plattformen mit Uploadmöglichkeit für ihre NutzerInnen für alle hochgeladenen Inhalte Lizenzvereinbarungen abschließen oder alternativ diese Inhalte filtern müssen. Viele Inhalte, deren Beurteil-

lung schwierig ist – zum Beispiel Satire und Zitate – oder deren Lizenzierung praktisch unmöglich ist, die aber heute toleriert werden, würden in so einer Situation nicht veröffentlicht werden können. Und weil Plattformen auch ohne Kenntnis haften sollen, haben sie keine andere Wahl, als solche Inhalte auch im Zweifel zu filtern.

Manche argumentieren jetzt, dass solche Upload-Filter eben der Preis dafür sind, um mehr Geld von Google & Co. für die Kreativen zu bekommen. Allerdings dürften Upload-Filter die Marktposition von den großen Plattformen stärken, weil nur diese in der Lage sind, diese technisch und rechtlich umzusetzen. Die Verhandlungsposition der Kreativen würde dadurch weiter geschwächt. Denn mit

dieser Regelung haben die Plattformen immer die Wahl zu sagen, entweder zu unseren Konditionen oder wir filtern die Inhalte eben raus.

## VIELE MEINEN, DIE URHEBERRECHTSREFORM WÄRE DAS ENDE DES FREIEN INTERNETS. IST DIESE KRITIK LEGITIM?

Wenn die Urheberrechtsreform so wie vorgeschlagen beschlossen wird, werden tatsächlich digitale Freiheiten eingeschränkt. Heute werden viele Inhalte, die ohne kommerzielle Motive erstellt werden, auf Plattformen wie YouTube geduldet. Von Upload-Filters werden genau solche nicht-kommerziellen Nutzerinnen und Nutzer betroffen sein.

## WIE KÖNNTE EINE REFORM DES URHEBERRECHTS AUSSEHEN, DIE DIESE PROBLEME NICHT MIT SICH BRINGT?

Statt einer weiteren Verschärfung eines ohnehin übermäßig starken Urheberrechts sollte es eine vergütete Ausnahmebestimmung nach Vorbild der Regelung für Privatkopien geben:



Teilen von Inhalten wie Remixes oder Memes wäre dann über soziale Netzwerke oder private Blogs erlaubt. Plattformbetreiber, die mit Werbung Geld verdienen, müssten dafür pauschal entschädigen. Bei Privatkopien hat man es in den 1980er Jahren genauso gemacht: Statt das Kopieren auf Kassetten und CDs zu verbieten,

wurden Privatkopien erlaubt und über eine Pauschalabgabe auf Lehrmedien vergütet.

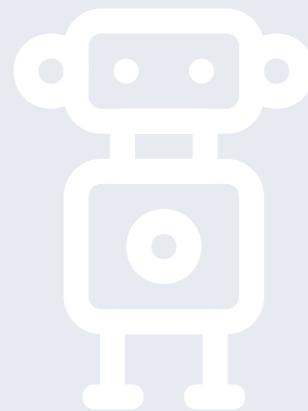
**LEONHARD DOBUSCH** ist Universitätsprofessor am Institut für Organisation und Lernen an der Universität Innsbruck

# UNSERE ANTWORTEN FÜR DIGITALISIERUNG IM SINNE DER MENSCHEN.



## 1 Europas digitale Autonomie stärken

- Ausbau einer eigenen europäischen digitalen Infrastruktur durch Investitionen und Förderung von Innovation mit dem Ziel, ein **europäisches Silicon Valley** zu erschaffen
- Investitionen in flächendeckenden Breitband-Internetausbau und 5G-Offensive
- Open Source und öffentlich-rechtliche Angebote fördern
- Europaweit öffentlich-rechtliche Online-Medienkultur fördern



## 2 Digitalisierung für die ArbeitnehmerInnen nutzen

- Einheitliche europäische Schutzniveaus online und offline und Schaffung eines modernen ArbeitnehmerInnenbegriffes, der sicherstellt, dass all jene Personen vom Arbeitsrecht geschützt werden, die das brauchen
- Recht auf einen Vertrag mit transparenten und fairen Arbeitsbedingungen sicherstellen
- **Recht auf Freizeit:** Abschalten und Nicht-Erreichbarkeit müssen möglich sein und ArbeitgeberInnen haben dies auch sicherzustellen
- Keine Arbeit auf Abruf, sondern planbare Arbeitszeiten und damit auch eine vorhersehbare Entgelthöhe
- Arbeitsrechte insbesondere für plattformbasierte Arbeit sicherstellen, eine EU-Richtlinie muss hier grenzüberschreitend Rechte ebenso wie ihre effektive Durchsetzung gewährleisten
- Beschäftigtendatenschutz europaweit modernisieren
- Kollektive Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene auch auf die digitale Welt ausweiten
- Weiter- und Ausbildungsprogramme auch auf europäischer Ebene forcieren

## 3 Offenes Internet für alle

- Netzneutralität behalten – kein Vorrang für Inhalte der Großkonzerne
- Europaweites modernes Urheberrecht, das auf Kreative und KonsumentInnen ausgerichtet ist, nicht auf Konzerninteressen
- **Klares Nein zu Uploadfiltern**
- Rechtsanspruch für KünstlerInnen auf faire Entlohnung europaweit durchsetzen
- Recht auf Remix in Europa schaffen und Panoramafreiheit sichern

## 4 Google zerschlagen – sicheres Internet für alle

- Monopolisierung des digitalen Markts einschränken: Google, Amazon & Co. verwerten nicht nur Daten, sondern bedrängen auch lokale Märkte – insbesondere Klein- und Mittelbetriebe können mit der Konkurrenz nicht mehr mithalten
- Klare europäische Regelungen mit Sanktionen, um uns und unsere Kinder vor Fake News, Hassreden und anderem zu schützen
- Verbot des Handels mit Gesundheitsdaten; Sammeln und Verwenden von Gesundheitsdaten darf nur im öffentlichen Interesse erfolgen
- Verantwortlichkeit der Plattformen für deren Inhalt – Hass, Sexismus und Rassismus müssen sofort gelöscht werden
- UserInnen sollen die Kontrolle über ihre Daten haben und alle ihre gesammelten Daten z.B. bei einem Plattformwechsel mitnehmen können
- Verpflichtung zur **Offenlegung des Algorithmus** und Verbot von undurchschaubaren Algorithmen im Online-Handel



**EIN BUNTES EUROPA  
MIT GLEICHEN RECHTEN STATT  
RÜCKSCHRITT INS  
LETZTE JAHRHUNDERT.**

Europa, ein Ort der Gleichberechtigung, der Vielfalt, der Zukunft und Hoffnung? Das Blatt hat sich gewendet. An vielen Orten Europas wird das Rad der Zeit zurückgedreht. Frauenrechte werden beschnitten, Jugendlichen werden die Perspektiven genommen, rechte wie konservative PolitikerInnen heizen Hass, Rassismus und Diskriminierung an und schränken demokratische Mitbestimmung ein. Wir wollen Europa wieder auf den Weg der Zukunft bringen, hin zu einem sozial gerechten Europa. In dem ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit herrscht, in dem wir für gleiche Rechte und gleiche Chancen sorgen – zwischen allen Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und Identität, Bekenntnis, Bildungshintergrund und Herkunft. Ein Europa der Zukunft ist ein Europa, das zusammenhält.

# DIE HÄLFTE DER BÄCKEREI STATT EIN GRÖSSERES STÜCK VOM KUCHEN.

Frauen und Mädchen bestimmen selbst über ihr Leben, frei von Diskriminierung, Gewalt und Sexismus. Gleichstellungspolitik muss wieder oberste Priorität in Europa erlangen. Die ausgelaufene Gleichstellungsstrategie soll wiederaufgenommen werden und die nächste EU-Kommission muss mit aller Kraft gegen Lohnunterschiede kämpfen und sicherstellen, dass Europa ein sicherer Ort für alle Frauen ist.

## LANGE GENUG GEWARTET

Bereits seit 1957 ist in den Verträgen der EU das Bekenntnis für gleichen Lohn von Frauen und Männern für die gleiche Arbeit zu finden. Dieses Ziel haben wir aber noch lange

nicht erreicht. Frauen verdienen im EU-Durchschnitt immer noch um 16 Prozent weniger als Männer. Österreich ist mit knapp 22 Prozent eines der Schlusslichter. Island hat mit einer gesetzlichen Verpflichtung zur gleichen Bezahlung bei gleichwertiger

Arbeit gezeigt, dass wir nicht auf den Goodwill der Unternehmen vertrauen sollen, sondern klare Gesetze schaffen müssen. Das wollen wir uns zum Vorbild in ganz Europa nehmen. Mit zunehmendem Alter werden die Unterschiede noch massiver – Stich-

*„Der Kampf für ein soziales und gerechtes Europa ist vor allem auch ein Kampf für die Gleichberechtigung und die Rechte der Frauen. Ein Kampf für eine Zukunft, in der Selbstbestimmung von Frauen in allen Lebensbereichen eine Selbstverständlichkeit ist und Sexismus nicht mehr toleriert wird.“*

— THERESA MUIGG (LISTENPLATZ 10)



wort Altersarmut: In Europa bekommen Frauen fast 40 Prozent weniger Pension als Männer.

## GLÄSERNE DECKE DURCHSTOSSEN

Österreich gehört seit 1. Jänner 2018 zu jenen Ländern in Europa, die eine verbindliche Quote in Aufsichtsratsgremien vorsehen. Der Frauenanteil in denquotenpflichtigen, börsennotierten Unternehmen hat sich in einem Jahr von 22 Prozent auf 27,5 Prozent gesteigert. Bei den nichtquotenpflichtigen, börsennotierten Unternehmen liegt er dagegen bei nicht einmal 14 Prozent. In Europa ist die Richtlinie für transparente Bestellun-

gen im Aufsichtsrat längst ausverhandelt, wird aber von den Mitgliedsstaaten blockiert. Auch Österreich blieb trotz Ratspräsidentschaft untätig. Aber nicht nur in Spitzenpositionen, sondern auch in der Politik müssen mehr Frauen vertreten sein. Momentan sind

*„Ich will ein Europa, in dem Frauen endlich das bekommen, was ihnen schon die längste Zeit zusteht: echte Chancengleichheit, gezielte Frauenförderung und das Recht auf ein gewaltfreies Leben.“*

EVELYN REGNER

von 751 Abgeordneten nur 271 Frauen. Für unsere eigene Listenerstellung ist es selbstverständlich, dass 50 Prozent Männer und 50 Prozent Frauen kandidieren. Der Frauenanteil in den EU-Institutionen muss auf mindestens 40 Prozent erhöht werden. >>

## STARK FÜR DEN GEWALTSCHUTZ

Es ist unsere Aufgabe, die Frauenrechte angesichts des konservativen Backlash in Europa tagtäglich zu verteidigen. Es geht uns alle etwas an, wenn Abtreibungsrechte in Polen eingeschränkt, Frauen in Ungarn in die finanzielle Abhängigkeit gedrängt oder Frauenorganisationen wie in Österreich von der türkis-blauen Regierung die finanziellen Mittel gestrichen werden. Eine von drei Frauen in der EU hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Gerade für Frauen sind die eigenen vier Wände der gefährlichste Ort der Welt. Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Staaten zu Maßnahmen für den Schutz von Frauen vor Gewalt und sieht einen Frauenhausplatz pro 10.000 EinwohnerInnen vor. Österreich hat die Konvention ratifiziert, bleibt aber bei der Umsetzung ebenso wie andere Staaten säumig. Wir wollen die Umsetzung dieser Ziele verpflichtend durchsetzen und eine Nichtumsetzung sanktionieren. Nicht zuletzt müssen Frauen wirtschaftlich unabhängig sein, um aus der häuslichen Gewaltspirale zu entkommen.:::

## BACKLASH IN EUROPA DURCH KONSERVATIVE UND RECHTE

- **#metoo:** Prüfung der Situation im Europäischen Parlament und der Beschwerdekommissionen – Die ÖVP stimmt dagegen.
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** durch die EU-Gleichstellungsstrategie – ÖVP und FPÖ stimmen dagegen.
- **Absicherung im Mutterschaftsurlaub europaweit** – die ÖVP stimmt dagegen.
- Zugang zu **Familienplanung und sicherem und legalem Schwangerschaftsabbruch** und Aufstockung der Mittel dafür – ÖVP und FPÖ stimmen nicht mit.
- Recht auf **Rückkehr zu Vollzeit** bei Teilzeit – die ÖVP stimmt dagegen.



## DAFÜR HABEN WIR IM EUROPAPARLAMENT ERFOLGREICH GEKÄMPFT:

- Istanbul-Konvention ratifiziert – Maßnahmen gegen häusliche Gewalt und Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung
- Mit der Work-Life-Balance-Richtlinie soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Eltern und pflegenden Angehörigen verbessert werden.
- Europaweite Kindergarantie mit 6 Mrd. Euro beschlossen – hier werden wir dran bleiben!



# CHANCEN ODER HÜRDEN?

*„Wir sind wahrhaftig die ‚Generation Krise‘. Früher hatten viele Menschen einen gesicherten Job und die Aussicht, sich mit ihrem Ersparnissen etwas aufzubauen. Nachdem beim Klimaschutz Jahrzehntelang nichts getan worden ist, steuern wir jetzt auf die Klimakatastrophe zu. Hier muss man jungen Menschen positive Visionen von einem anderen Europa aufzeigen. Wenn wir endlich alle aufwachen, können wir gemeinsam vieles verändern.“*

JULIA HERR, VORSITZENDE DER SOZIALISTISCHEN JUGEND ÖSTERREICH (LISTENPLATZ 6)

# JUGEND STÄRKEN STATT ZUKUNFT VERBAUEN.

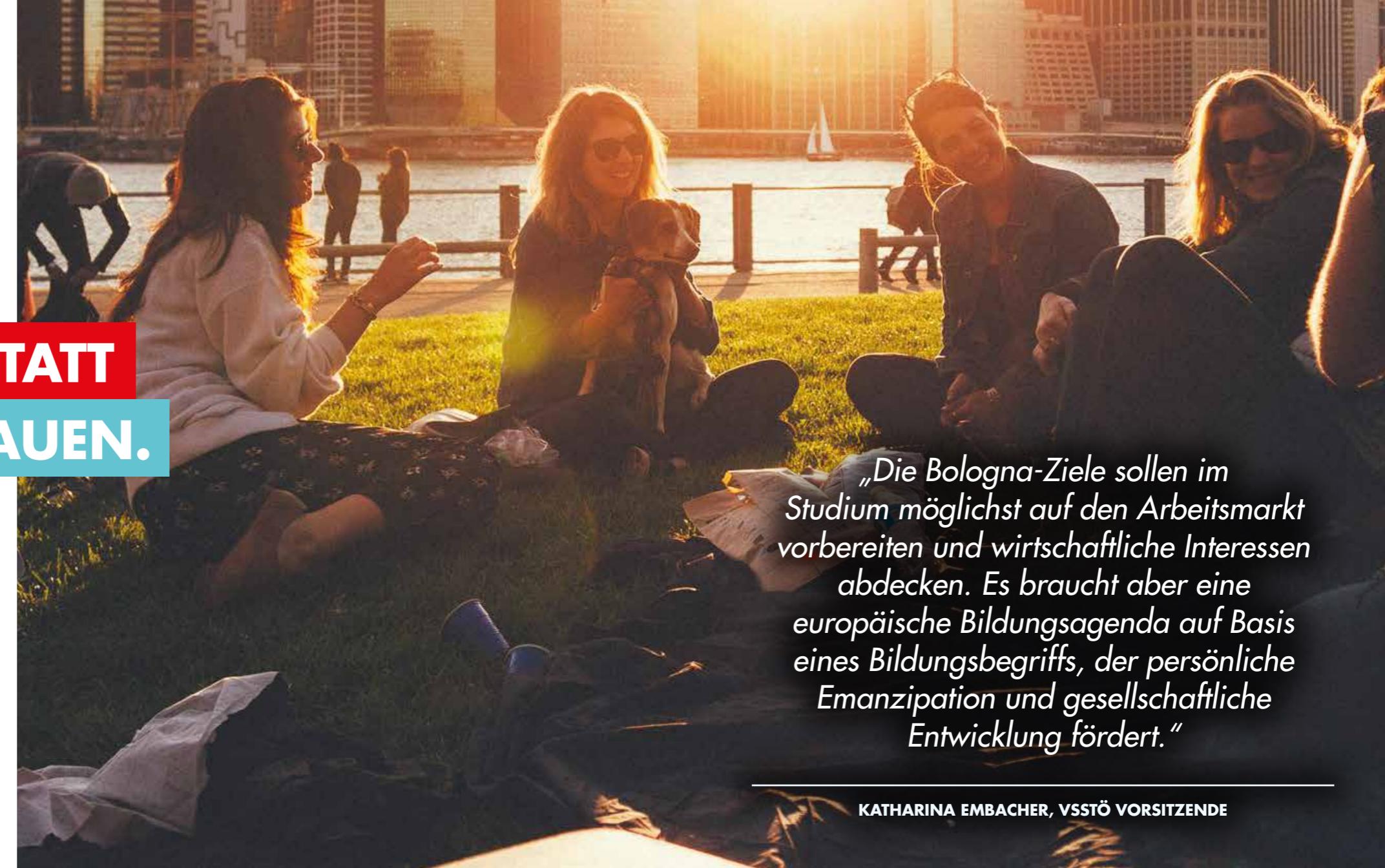
Für junge Menschen ist Europa eine Tatsache: Offene Grenzen, freies Reisen, Freundschaften in anderen Ländern, gemeinsame Währung. Es sind die Jungen, die jeden Freitag für ein Umdenken in der Klimapolitik protestieren. Es sind die Jungen, die für ein starkes und demokratisches Europa einstehen. Auch die jungen Menschen der nächsten Generation sollen in einem Europa der Freiheit und Demokratie aufwachsen. Dafür lohnt es sich, zu kämpfen.

Es ist die Pflicht eines wohlhabenden Europas, die Zukunft der nächsten Generation nicht zu verspielen. Wir verschließen nicht die Augen, wenn es ganze Gegenden in Europa gibt, von denen die jungen Menschen wegziehen. Anstatt die Perspektivenlosigkeit zu ignorieren, müssen wir eine klare Antwort geben. Wir

müssen Investitionen in Europa so gestalten, dass sie langfristig für die nächsten Generationen Nutzen bringen – in Form von Jobs, Infrastruktur, intakter Umwelt und Wohlstand. Die europäische Jugend verdient Respekt und Wertschätzung und wir müssen sie ermutigen und sie dabei unterstützen, ihre Träume zu verwirklichen. Dabei ist ihre eigene Stimme von entscheidender Bedeutung.

## JUGENDPLAN IN EUROPA

Mit der Jugendgarantie hat die EU in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass junge Menschen unter 25 Jahren einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz binnen vier Monaten erhalten. Das Erfreuliche daran: Es hat Wirkung gezeigt. Ganzen neun Millionen Menschen konnte die Europäische



Union damit helfen. Wir wollen dieses Projekt grundsätzlich verankern und ausbauen und mit einer Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild erweitern. Wir brauchen eine europäische Bildungsagenda, die persönliche Emanzipation und gesellschaftliche Entwicklung fördert und auf öffentliche Bildung und auf einen breiten Zugang

zu Kulturangeboten setzt. Das Recht auf faire Bezahlung ist vor allem für BerufseinsteigerInnen entscheidend. Unbezahlte Praktika, schlecht abgesicherte Nebenjobs sind Alltag für viele. Ein Praktikum soll aber einen Lerneffekt haben und angemessen bezahlt werden. Das alles wollen wir gemeinsam mit anderen im Europäischen Parlament durch einen Europäischen Jugendplan garantiert wissen.

**GRENZEN ÜBERWINDEN**  
Für den Fortbestand der Europäischen Union ist es unerlässlich, dass die Jugend an Europa teilnimmt. Allen jungen Menschen soll es möglich sein, Europas Vielfalt zu erfahren – sei das in Form eines Auslandssemesters an der Uni, als SchülerIn oder Lehrling im Rahmen der Ausbildung.

Wir wollen den Zusammenhalt stärken und die Grenzüberschreitung noch einfacher machen und jeder und jedem Jugendlichen zum 18. Geburtstag ein Interrailticket schenken. Auch die Anrechnung der Abschlüsse muss in einem Europa der offenen Grenzen leichter und schneller gelingen.::

„Die Bologna-Ziele sollen im Studium möglichst auf den Arbeitsmarkt vorbereiten und wirtschaftliche Interessen abdecken. Es braucht aber eine europäische Bildungsagenda auf Basis eines Bildungsbegriffs, der persönliche Emanzipation und gesellschaftliche Entwicklung fördert.“

KATHARINA EMBACHER, VSSTÖ VORSITZENDE



## ZEIT FÜR DAS LEBEN STATT ARBEITEN BIS ZUM UMFALEN.

**W**ir glauben an eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer dieselbe Work-Life-Balance und dieselbe politische Teilhabe genießen können: Jede Frau hat das Recht auf eine Karriere, genau wie jeder Mann das Recht hat, die notwendige Zeit zu bekommen, um seine Kinder beim Großwerden zu begleiten und sich um seine Familie zu kümmern. In ganz Europa kämpfen wir für eine Arbeitszeitverkürzung und ein Leben, in dem Arbeit und Familie gleichermaßen Platz finden. Kinder haben das Recht, sich frei zu entwickeln und zu entfalten. Kein Kind in Europa soll in Armut leben.

### RECHT AUF KOSTEN- LOSEN KINDERGARTEN- PLATZ

Kindergärten können Kindern Angebote liefern, die zu Hause nicht geboten werden können. Sie legen den Grundstein für die weitere Bildung der Kinder, ermöglichen Austausch und Spiel mit Gleichaltrigen. Ein flächendeckendes Angebot in der Elementarbildung ist ein wichtiges Mittel gegen die soziale Selektion im Bildungssystem. Für Eltern sind Kindergärten eine Voraussetzung, um ganztagig berufstätig sein zu können. Flächendeckende Kinderbetreuung von klein an ist ein wichtiges Ziel der Europäischen Union. Die Förder-

gelder der Europäischen Union sollen hier noch mehr als bisher ansetzen und gerade die Mittel für den ländlichen Raum sollten für den Ausbau qualitätsvoller Kinderbetreuungsangebote verwendet werden.

### 30 STUNDEN SIND GENUG

Wir wollen die Work-Life-Balance-Richtlinie rasch umsetzen und weiter entwickeln. Elternkarenz für beide Elternteile ist wesentliche Voraussetzung für einen gleichberechtigten Einsatz in der Familie. Für den Rechtsanspruch auf einen bezahlten Papamontag kämpfen wir auf nationa-

ler wie auch auf europäischer Ebene, ebenso wie für das Recht auf flexible Arbeitszeiten bis zum achten Lebensjahr des Kindes. Wir werden Verbündete suchen bei einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel, schrittweise 30 Wochenstunden in der Arbeitszeitrichtlinie zu verankern, um genug Zeit für Familie und Freizeit zu haben.

### KINDER HABEN RECHTE

Unvorstellbare 28 Millionen Kinder leben in der EU in armen Familien, die täglich zu wenig Einkommen haben, um alle Grundbedürfnisse abzudecken. Das bedeutet, dass ein Viertel aller Kinder in der EU dem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt ist. Das wollen und können wir nicht hinnehmen. Es ist das moralische Gebot eines solidarischen Europas, hier einzugreifen und Kindern ein gutes Leben in ganz Europa zu ermöglichen. Eine europaweite Kindergarantie, die die Rechte von Kindern in ganz Europa absichert, soll kostenlose Gesundheitsversorgung, schulische Ausbildung und qualitativ hochwertige Kindergärten sowie Wohnraum und Essen sicherstellen.::



# Gleichberechtigung in Island - Ein Vorbild für die Staaten der EU

**S**ein gut einem Jahrzehnt liegt Island auf dem ersten Platz in Sachen Gleichberechtigung. Der jährliche Gender Pay Gap Report des Weltwirtschaftsforums stellt Jahr für Jahr fest: Island ist Vorbild, wenn es um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen geht. Verantwortlich dafür sind nicht zuletzt moderne Gesetze, die die Ungleichbezahlung verbieten. Aber auch bei anderen Indikatoren – etwa dem gerechten Zugang zu Bildung, Gesundheit oder Lebenserwartung – steht Island auffallend gut da.

## GESETZE, DIE WIRKEN

In Island gibt es eine Reihe fortschrittlicher Gesetze, die sich darum kümmern, dass die Gleichbehandlung in der Arbeitswelt sichergestellt ist.

Seit 1. Jänner 2018 schreibt ein Gesetz fest, dass Ungleichbezahlung illegal ist. Sobald ein Unternehmen mehr als 25 MitarbeiterInnen hat, muss es nachweisen, dass Frauen und Männer gleich viel verdienen. Bereits seit dem Jahr 2012 konnten sich Unternehmen freiwillig zertifizieren lassen, aber nun ist die Überprüfung verpflichtend. Verglichen werden dabei die Dauer der Ausbildung und die Qualifikation. Auf diesem Weg wird sichergestellt, dass gleichwertige Qualifikation auch gleiche Bezahlung bedeutet.

Unternehmen mit mehr als 25 MitarbeiterInnen sind verpflichtet, Programme zur Gleichberechtigung einzuführen. Und Führungspositionen müssen zu 40 Prozent von Frauen besetzt werden.

## GLEICHBERECHTIGUNG, VON GEBURT AN

In Island ist es selbstverständlich, dass auch Männer nach der Geburt ihres Kindes Vaterurlaub in Anspruch nehmen. Ganze 96 Prozent der Väter bleiben zumindest 3 Monate zuhause, viele auch länger. Möglich ist das aufgrund eines Gesetzes, das im Jahr 2000 in Kraft trat. Eltern können 9 Monate lang bezahlt zuhause bleiben – und erhalten 80% ihres Einkommens weiter. Drei Monate davon bekommt die Frau, drei der Mann und drei können sich die beiden teilen.

Auch in den Bildungsinstitutionen wird Gleichberechtigung groß geschrieben. In den Kindergartenen wird die Aufmerksamkeit auf Geschlechterunterschiede gerichtet und darauf geachtet, dass sich Buben wie Mädchen entfalten können – ohne dass die einen über den anderen stehen. In den meisten Schulen ist Gleichberechtigung ein Schulfach. Dort wird die Ungleichbehandlung von Menschen thematisiert und analysiert. Und daneben ist Island auch das Land mit den meisten studierten Frauen.

## IN ISLAND HAT DIE FRAUENBEWEGUNG EINE LANGE UND ER- FOLGREICHE TRADITION

Auch in Island müssen Frauen hart für die Gleichberechtigung kämpfen. Die Frauenbewegung hat dort eine lange Tradition und verfügt über breite Zustimmung in der Bevölkerung. 1975 streikten die isländischen Frauen für Gleichberechtigung, angemessene Bezahlung und bessere Kinderbetreuung. Mehr als 90 Prozent der berufstätigen Frauen folgten dem Aufruf.





## VOLLE PENSION STATT ALTERSARMUT.

Fast ein Fünftel der EU-Bevölkerung ist über 65 Jahre alt. Die Gruppe jener Menschen, die 80 Jahre oder älter sind, wächst schneller als jeder andere Teil der Bevölkerung und wird sich in den nächsten 50 Jahren auf rund 12 Prozent verdoppeln. Ältere Menschen tragen einen wichtigen Teil zu unserer Gesellschaft bei, sowohl im beruflichen als auch im privaten Leben. Altersdiskriminierung darf in unserem Europa aber keinen Platz haben. Denn Respekt, Würde und Selbstständigkeit stehen jedem Menschen zu. Wir stehen für ein Europa, in dem Freiheit und soziale Sicherheit unabhängig

von Alter garantiert sind. Für ein Europa, in dem ältere Menschen ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft in sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Belangen ungehemmt wahrnehmen können. Für ein Europa, in dem kein Mensch am Ende seiner Erwerbstätigkeit in Armut fallen darf, sondern ein gutes Leben führen kann. Diese Vorstellung war auch Teil des Versprechens der Europäischen Union: den Wohlstand für alle zu heben. Dieses Versprechen einzuhalten, hat die Generation 60+ allein schon deshalb verdient, weil sie es war, die das Europa wie wir es heute kennen, zusammengeführt hat.

### HÄNDE WEG VON UNSEREN PENSIONEN

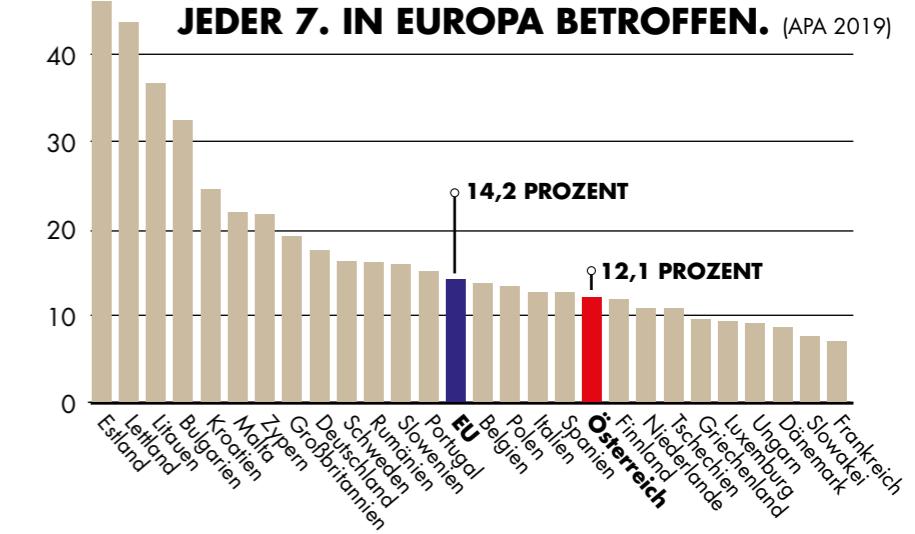
Die Armutgefährdung für PensionistInnen ist in der EU in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Momentan sind fast 15 Prozent all jener, die im Ruhestand sind, armutgefährdet – Frauen mehr als Männer. Ausreichende Pensionen und das Schließen der Pensionslücke zwischen Männern und Frauen müssen auch in Europa erkämpft werden. Kindererziehungszeiten sollen in ganz Europa eine finanzielle Anerkennung erfahren. Das österreichische umlagefinanzierte Pensionssystem ist dabei Vorbild für viele andere Länder. Dem Druck

der Neoliberalen und Konservativen in Europa, die unser Pensionssystem zerschlagen wollen, werden wir gemeinsam entgegentreten und für den Vorrang gesetzlicher Pensionssysteme gegenüber privater Pensions-Polizzen einstehen.

### SELBSTBESTIMMT ARBEITEN UND LEBEN

Wir stehen für einen Arbeitsmarkt, in dem eine lebenslange Perspektive auf Arbeit gewährt wird. Wir wollen die in Österreich erfolgreiche „Aktion 20.000“, die älteren Arbeitssuchenden wieder Perspektiven und Einkommen ermöglicht hat und bereits bisher als Vorbild für einige andere europäische Länder dient, in ganz Europa verwirklichen. Wir sagen der Altersdiskriminierung in Europa den Kampf an – sowohl im Berufsleben, als auch beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen und vor allem im Bereich der Gesundheitsversorgung und bei der Pflege. Auch in der digitalisierten Gesellschaft müssen wir darauf achten, die Beteiligung aller Menschen sicherzustellen. Die Europäische Strategie für die „Silver Economy“, die den Ausbau von Produkten und Dienstleistungen fördert, die für ältere Menschen zugänglich sind, wollen wir weiterentwickeln und Mindeststandards für Ältere bei öffentlichen Dienstleistungen, Wohnungsmarkt und Nahverkehr definieren. Barrierefreier Wohnraum ist für ältere Menschen sehr wichtig – Stichwort Vermeidung von Stürzen.

### ALTER UND ARMUT. JEDER 7. IN EUROPA BETROFFEN. (APA 2019)



Dazu bedarf es finanzieller Förderprogramme für die Adaptierungen für ein altersgerechtes Wohnen. Gleichzeitig gilt es, altersgerechte Arbeitsbedingungen und mehr Flexibilität für das Ende der beruflichen Laufbahn in ganz Europa zu ermöglichen.

### IN WÜRDE LEBEN UND ALTERN

Wir wollen das Recht schützen, in Würde zu leben und zu altern. Eine qualitätsvolle Gesundheitsversorgung, die allen Menschen zugänglich ist, ist dabei wesentlich.

*„Unsere Seniorinnen und Senioren haben sich ein Leben in Würde und Respekt verdient.“*

PETER KOSTELKA (PRÄSIDENT DES PENSIONISTENVERBANDS ÖSTERREICHS)



## VIELFALT UND SOLIDARITÄT STATT DISKRIMINIERUNG UND HASS.

Die Europäische Union hat in Österreich, wie in vielen anderen Ländern, sehr viel zur Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Trans\*-, intergeschlechtlichen und queeren Personen (LGBTIQ) beigetragen. Zentrale Errungenschaften, wie das Verbot von Diskriminierungen am Arbeitsplatz, wurden erst durch europäische Regelungen möglich – andere Schritte sind indirekt, zum Beispiel durch die EU-Grundrechtecharta, von europäischen Regelungen auf den Weg gebracht worden. Gerade mit Blick auf den konservativen und autoritären Backlash in vielen Ländern müssen wir die Aufgabe der Europäischen Union als Garantin für Rechtsstaatlichkeit, Frei-

heit und Menschenrechte heute mehr denn je stärken.

### AKTIV FÜR GLEICHBERECHTIGUNG

Wir stehen für ein Europa, das aktiv für Gleichberechtigung und Schutz eintritt. Um das sicherzustellen, braucht es klare europäische Regelungen, eine europaweite Initiative im Kampf gegen „Hate Crimes“ und Hassrede sowie für die Sicherstellung der Rechte von LGBTIQ-Paaren und Regenbogenfamilien in jedem Land der Union. Diskriminierungsschutz muss nicht nur am Arbeitsplatz, sondern in jedem Lebensaspekt sichergestellt werden. Mit einer europäi-

schen Garantie für einen schnellen, barrierefreien Zugang zur Änderung des Geschlechtseintrags und einer bindenden EU-Strategie zum Schutz der Rechte intergeschlechtlicher Personen, insbesondere von Kindern, wollen wir für Rechtssicherheit von Trans\*-Personen sorgen.

### NICHT WEGSCHAUEN

Europa hat eine klare Verantwortung, demokratische Prinzipien sicherzustellen – im Ausland aber auch in den eigenen Mitgliedsstaaten. Eine Europäische Union, die Menschenrechte zum Kompass ihrer Außenpolitik macht – das wollen wir umsetzen. Tragische Entwicklungen,

wie beispielsweise in Russland und insbesondere Tschetschenien, zeigen täglich, wie wichtig die Rolle der EU im Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung ist. Wir stehen für den Schutz von Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität verfolgt werden. Die Europäische Union hat die menschenwürdige Behandlung von LGBTIQ-Schutzsuchenden in allen Mitgliedsländern sowie die entsprechende Ausbildung von Asyl-Beamten zu garantieren!::

**„Ein Europa der Solidarität, Vielfalt und Menschenrechte!“  
IM GESPRÄCH MIT CAMILA GARFIAS**

### WELCHE ROLLE SPIELT DIE EUROPÄISCHE UNION FÜR DIE LGBTIQ-COMMUNITY?

Die EU ist gerade für LGBTIQ-Personen von besonderer Bedeutung. Viele der wichtigsten Schritte gegen Diskriminierung sind direkt oder indirekt nur durch die EU möglich geworden! Denken wir hier bloß an Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs was die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen in ganz Europa angeht.

### WARUM BRAUCHT ES IM KAMPF FÜR GLEICHBERECHTIGUNG GERADE DIE EU?

Die Antwort sehen wir leider Tag für Tag. Wir erleben derzeit einen Angriff auf unsere gesellschaftlichen Errungenschaften – egal ob in Polen, in Ungarn oder leider auch in Österreich. LGBTIQs werden als leichte Opfer von rechter Hetze ent-

würdigt und ihre Rechte werden regelmäßig in Frage gestellt. Deshalb braucht es eine EU, die aktiv die Grund- und Freiheitsrechte ALLER BürgerInnen verteidigt, insbesondere jene von Minderheiten!

### WORUM GEHT ES ALSO FÜR DICH BEI DER WAHL AM 26. MAI?

Für mich geht es um eine Richtungsentscheidung. Welches Europa wollen wir? Ein Europa der Konzerninteressen und Eliten so wie bisher? Oder ein anderes Europa, das Solidarität, Vielfalt und Menschenrechte verteidigt! Ich bin überzeugt, dass dieses Europa möglich ist. Aber dafür braucht es den Einsatz von UNS ALLEN!

CAMILA GARFIAS ist Präsidentin des europäischen LGBTIQ-Netzwerks „Rainbow Rose“



# UNSERE ANTWORTEN FÜR EIN GLEICHBERECHTIGTES EUROPA.

## 1 Beharrlich in Richtung eines feministischen Europas

- Wir schließen die Lohnschere: Europäische Lohngerechtigkeitsrichtlinie mit Sanktionen
- Anhebung der Vollzeitbeschäftigtequote auf 75 Prozent
- Geschlechter Parität in ganz Europa: gesetzliche 40-Prozent-Quote für Frauen in Führungsebenen und Aufsichtsräten sowie im Europäischen Parlament und paritätische Besetzung in der Kommission

## 2 Kinder haben Rechte in Europa

- Karez für beide Elternteile und Rechtsanspruch auf bezahlten Papamona
- Recht auf flexible Arbeitszeiten für beide Elternteile
- Rechtsanspruch auf kostenlosen Kindergartenplatz
- Europaweite Kindergarantie: sicherstellen, dass jedes Kind universellen Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsvorsorge, Kinderbetreuung, Bildung, einer angemessenen Unterkunft und Ernährung hat

## 3 Inklusion in Europa leben

- Europäische Mindeststandards für die Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderung, um die europäischen Freiheiten für alle Menschen zu ermöglichen

## 4 Perspektiven und Sicherheit für die Jugend: Europäischer Jugendplan

- Jugendgarantie langfristig verankern und finanziell absichern
- Ausbildungsgarantie für alle unter 25 nach österreichischem Vorbild umsetzen
- Verbot unbezahlter Praktika
- Wahlalter europaweit auf 16 Jahre senken: bei EU-Wahlen und bei der Mitbestimmung zu Europäischen BürgerInneninitiativen
- Interrailticket zum 18. Geburtstag

## 5 Öffentliche Bildung garantieren

- EU-Förderungen nur für öffentlich zugängliche Bildungseinrichtungen
- Innovation durch die öffentliche Hand an den Unis fördern
- Erasmus+ weiter ausbauen
- Anerkennung von Bildungsabschlüssen erleichtern und unbürokratischer gestalten

## 6 Ein selbstbestimmtes Leben für alle Frauen und Mädchen

- Istanbulkonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in allen Ländern ratifizieren und umsetzen
- Jedes Mitgliedsland muss für einen Frauenhausplatz pro 10.000 EinwohnerInnen sorgen – die Einhaltung dieses Ziels muss im Europäischen Semester berichtet werden
- Aufstockung der Mittel für das EU-Programm „Rechte und Unionsbürgerschaft“ zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
- Keinen Millimeter zurück: Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung (Schwangerschaftsabbruch, Verhütungsmittel und Gesundheitsvorsorge sicher und zugänglich gestalten)

## 7 Ein Europa der Vielfalt und Gleichberechtigung:

- EU-Strategie zur Sicherung und zum Ausbau der Rechte von LGBTIQ-Personen: europaweite Initiative im Kampf gegen „Hate Crimes“, die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung im Privatleben
- Vollen Schutz für intergeschlechtliche und Trans\*-Personen in Europa: schneller, barrierefreier Zugang zur Änderung des Geschlechtseintrags und Erarbeitung einer bindenden EU-Strategie zum Schutz der Rechte intergeschlechtlicher Personen, sowie die Verankerung der Möglichkeit auf ein drittes Geschlecht
- Umfassender Schutz und menschenwürdige Behandlung von LGBTIQ-Schutzsuchenden in allen Mitgliedsländern sowie entsprechende Ausbildung von Asyl-Beamten
- Sicherheit für alle Paare und Regenbogenfamilien: gegenseitige Anerkennung aller Personenstandsurkunden muss für LGBTIQ-Personen genauso gelten – von der Geburtsurkunde bis zur Heiratsurkunde

## 8 Gleiche Rechte und Würde für ältere Menschen

- Kampf gegen Alters-Diskriminierung
- Pensionen von denen man leben kann in ganz Europa und gemeinsame Maßnahmen gegen Altersarmut
- Beschäftigungsprogramme nach dem Vorbild Aktion 20.000 für ältere Menschen in ganz Europa verankern
- Uneingeschränkte Gesundheitsversorgung mit qualitativ hochwertiger, würdevoller und leistbarer Pflege und sozialer Absicherung von Pflegenden
- Weiterentwicklung der Strategie „Silver Economy“, um die volle Teilhabe Älterer am wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Leben zu fördern
- Spezielle Förderprogramme für altersgerechtes, barrierefreies Wohnen



## NACHHALTIG STATT KURZSICHTIG.

**U**nser Planet hat Fieber. Die Temperatur steigt und die Auswirkungen sind spürbar. Wir haben nun zwei Möglichkeiten: Entweder wir suchen nationale Antworten und schließen die Augen vor den Überschwemmungen, der Überhitzung und den schmelzenden Gletschern. Oder wir schauen der Klimazerstörung nicht länger zu und nehmen die Herausforderung gemeinsam an. Indem wir mit einem New Green Deal an mehreren Schrauben drehen, um gemeinsam unseren Planeten zu retten: Investitionen in Innovationen und zukunftsfähige Produktion, Energie-

wende starten, CO<sub>2</sub> drastisch reduzieren, unser Wasser schützen und vieles mehr. Wir werden Umwelt- und Klimapolitik im Sinne der Menschen gestalten. Die ökologische und die soziale Frage stehen sich nicht entgegen, sondern gehören immer schon zusammen. Denn alle haben ein Recht auf eine intakte Umwelt. Wir können das Wohlergehen der Menschen nicht von der Qualität unserer Umwelt trennen. Denn noch haben wir die Chance, die Wende in der Umwelt- und Klimapolitik herzuführen und den Weckruf der Jugend ernstzunehmen. Aber wir müssen jetzt damit beginnen.

*„Egal ob Boden, Luft oder Wasser: Unsere Lebensqualität darf nicht am Altar der Profitlogik geopfert werden.“*

GÜNTHER SIDL (LISTENPLATZ 3)

### KLIMAWENDE STARTEN STATT WARTEN

Wir wollen nicht zusehen, wie die Ärmsten und Schwächsten die Hauptlast der Verschlechterung der Umweltbedingungen tragen. Für uns ist der Kampf gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel daher auch immer ein Kampf für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Die Europäische Union trägt hier eine besondere Verantwortung: Die Industrialisierung hat unserem Kontinent Fortschritt gebracht, aber auch maßgeblich die Klimaerhitzung verursacht. Die Verantwortung können wir nicht abschieben: Wir müssen sowohl den Verpflichtungen zur Finanzierung des Klimaschutzes für Entwicklungsländer nachkommen, als auch mit bestem Beispiel vorangehen.

Der Klimavertrag von Paris und die jüngsten Erkenntnisse der internationalen KlimaexpertInnen machen deutlich: Wenn wir massive klimatische Verschlechterungen verhindern wollen, müssen wir unseren Einsatz für den Klimaschutz dramatisch erhöhen. Die kürzlich erfolgten Eingriffe für Ziele im Bereich CO<sub>2</sub>-Reduktion, erneuerbarer Energie und Energieeffizienz sind kein Grund, sich zurückzulehnen. Als wesentliches Steuerungsinstrument wollen wir daher eine EU-weite, sozial ausgewogene

### EU-MILLIARDEN FÜR AGRAR-KONZERNE.

2% der Betriebe bekommen 30% der Förderungen.



50% der Bauern bekommen nur 30% der Förderungen.



giesystem muss fair erfolgen. Ein Fonds für eine faire Energiewende soll den tiefgreifenden Strukturwandel begleiten und somit Klimaschutz auch in jenen Ländern zu breiter Akzeptanz verhelfen, die derzeit besonders stark auf fossile und atomare Energie setzen.

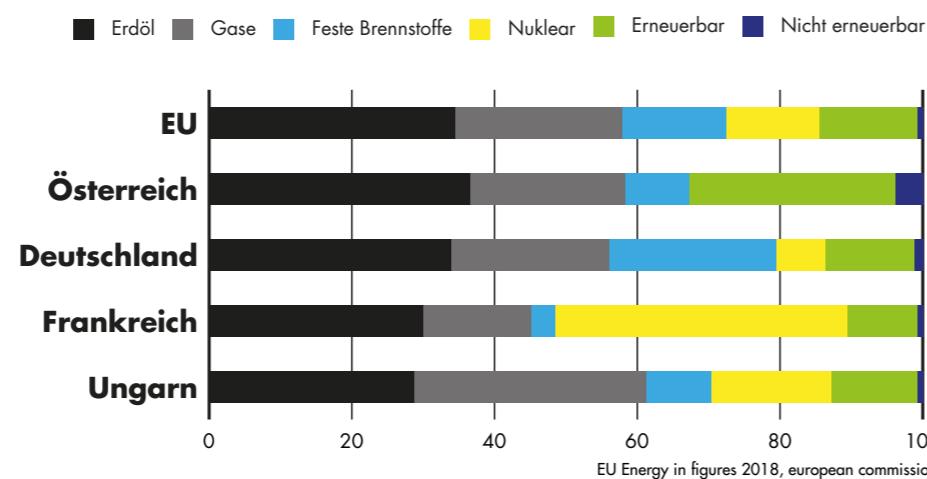
### KLARES NEIN ZU ATOMENERGIE

Nach wie vor wird Atomenergie- und Atomenergieforschung über den EURATOM-Vertrag mit Milliarden Euro gefördert. Das muss ein Ende haben: Der EURATOM-Vertrag soll in einen Atomenergie-Austrittsvertrag umgewandelt werden und die Forschungsaktivitäten sind auf den Bereich des Strahlenschutzes und der Endlagerung zu fokussieren. Wir fordern ein Ende staatlicher Förderungen für neue Atomkraftwerke. >>

## KLIMAFREUNDLICHE INFRASTRUKTUR

Öffentliche Infrastruktur spart Energie und schont Ressourcen. Neben allen technologischen und wirtschaftlichen Fragestellungen geht klimafreundliches Handeln auch mit einem guten Netz öffentlicher Infrastruktur einher, um den individuellen Ressourcenverbrauch zu verringern. Wir wollen einen Fokus auf den Ausbau kommunaler Dienstleistungen, auf öffentlich zugängliche Naherholungsräume, auf einen starken gemeinnützigen, nachhaltigen und öffentlichen Wohnbausektor und auf thermische Sanierung bestehender Gebäude legen. Die Bereitstellung klimafreundlicher Infrastruktur soll in der nächsten Periode Priorität haben. Durch den gemeinsamen Ausbau transeuropäischer Hochgeschwindigkeitszüge wollen wir den Flugverkehr innerhalb Europas verringern und die Randgebiete Europas besser anbinden.

## WOHER DIE ENERGIE KOMMT.



zehn Jahren mehr Plastik als Fische im Meer schwimmen. Wir wollen nicht länger akzeptieren, dass Geräte immer kürzer halten, wir ein neues Handy brauchen, wenn der Akku nicht mehr funktioniert und wir kaum mehr Ersatzteile für Reparaturen bekommen. Wir wollen die Gewährleistungspflicht ausbauen und die

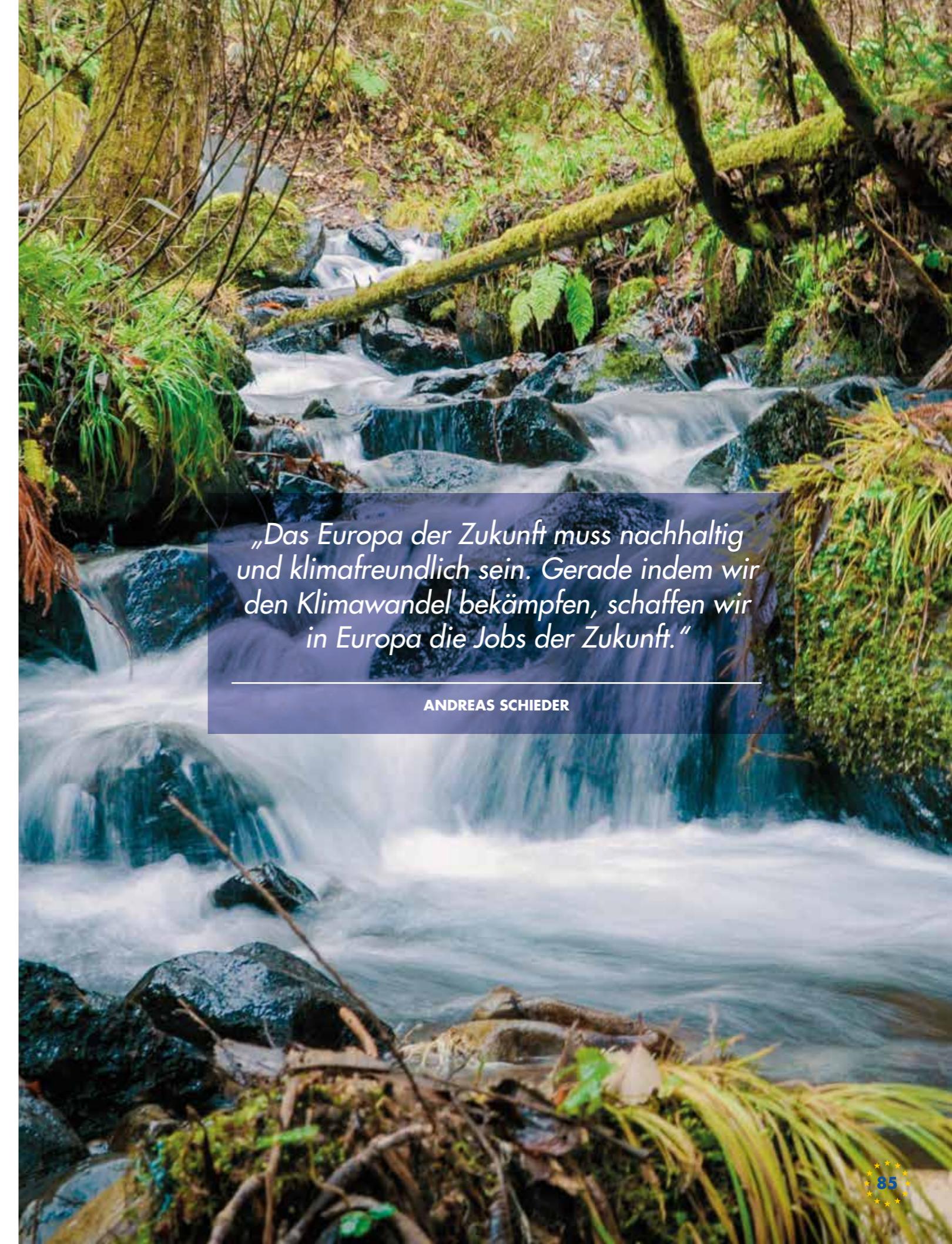
Hersteller in die Verantwortung nehmen. Die Mengen an Lebensmitteln, die täglich am Müll landen, wollen wir nicht länger hinnehmen und werden uns für ein Wegwerfverbot von Lebensmitteln im Großhandel nach französischem Vorbild unter Einbindung karitativer Organisationen, die hier bereits tätig sind, einsetzen. ::

## WIEDERVERWENDEN STATT VERSCHWENDEN

Plastik, insbesondere Mikroplastik, hat keinen Platz in einer zukünftigen Produktion in Europa. Jede Minute fluten ca. 15.000 Kilogramm Plastikmüll den Ozean. Es wäre möglich, diesen Müllberg innerhalb der nächsten zehn Jahre zu bezwingen – wenn wir das gemeinsam angehen. Wenn uns das nicht gelingt, wird in

### DAFÜR HABEN WIR IM EUROPAPARLAMENT ERFOLGREICH GEKÄMPFT:

- Plastikstrategie und Kreislaufwirtschaft - Verbot gewisser Plastik-Wegwerfprodukte und besseres Recycling
- Sichere Lebensmittel: Verbesserung der amtlichen Kontrollen entlang der gesamten Nahrungsmittelkette
- Verpflichtender Einbau von LKW-Abbiegeassistenten und Vereinheitlichung von Sicherheitsmerkmalen bei der Verkehrsinfrastruktur



# Die Jugend kämpft gegen den Klimawandel

## FRIDAYS FOR FUTURE

Der Klimawandel ist eine existentielle Bedrohung für unser Leben. Wird er nicht eingedämmt, wird sich die Erde grundlegend verändern: Dürrekatastrophen, Ausfall von Ernten, Extremwetter, steigende Meeresspiegel, Hurrikans, saure Meere, Ausbreitung von Wüsten...

Noch immer ist in der breiten Öffentlichkeit nicht angekommen, wie stark sich der Klimawandel auf unser Leben auswirken wird. Zwar gibt es – anders als in den USA – in Europa deutlich weniger Menschen, die bezweifeln, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht wird. Und auch die Bereitschaft, sinnvolle Maßnahmen zu setzen, ist in Europa größer. Und doch scheinen viele Menschen noch nicht verstanden zu haben, wie groß die Gefahr ist, die vom Klimawandel ausgeht.

Junge Menschen sind hier bereits einen Schritt weiter: Sie begreifen in einem überdurchschnittlichen Ausmaß, dass wir handeln müssen: Seit Wo-

chen streiken die SchülerInnen jeden Freitag – und fordern eine Kehrtwendung in der Klima- und Energiepolitik. Unter dem Motto „Fridays for Future“ versammeln sie sich und tragen den Klimawandel in die öffentliche Diskussion.

### GRETA THUNBERG – DAS SYMBOL FÜR „FRIDAYS FOR FUTURE“

Sie ist erst 16 Jahre alt und bereits zu einem weltweiten Idol avanciert: Greta Thunberg, das Symbol für den jugendlichen Kampf gegen den Klimawandel. Nach dem Hitzesommer 2018 entschied sie sich, für einen Schulstreik zu werben. Sie platzierte sich mit einem Schild vor dem schwe-

dischen Reichstag in Stockholm. Und zwar alleine. Bald schlossen sich ihr andere SchülerInnen an, zunächst in Schweden, dann auch in anderen europäischen Ländern. Schlussendlich streikten im März 2019 in über hundert Ländern die SchülerInnen.

Der Antrieb für diese Aktion: Der Klimawandel droht unser Leben und das der Natur zu zerstören – und beherrscht dennoch weder Politik noch Schlagzeilen. Wie kann es sein, dass ein derart riesiges Problem von PolitikerInnen schlicht ignoriert wird? Immerhin geht es um die Zukunft der Menschheit, so die SchülerInnen.



### KLIMAWANDEL – VOM MENSCHEN GEMACHT

Der Klimawandel wird vom Menschen gemacht. Daran besteht in der Wissenschaft schon lange kein Zweifel mehr. Wie sich das bisherige Klima verändert hat, lässt sich messen: Mittels Analysen von Gesteinsschichten, Eisbohrungen, im Meeresgrund, in den Korallenriffen oder an Baumkreisen. Noch nie in den letzten drei Milliarden Jahren hat sich das Klima so schnell verändert wie heute. Durchschnittliche Temperaturanstiege von 4-5 Grad dauerten in der Regel 10.000 Jahre. Heute rechnen wir mit 100 Jahren.

Die Konzentration von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre nimmt in den letzten 150 Jahren immer schneller zu. Und wo

das CO<sub>2</sub> herkommt, wissen wir: Weil wir Kohle und Erdöl verbrennen. Zu viel CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre führt zum Treibhauseffekt.

### KLIMATEUGNERINNEN: FINANZIERT VON DER ÖL-INDUSTRIE

In den USA entstanden in den 1980er Jahren große Netzwerke, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Klima-Forschung attackierten. Auffallend ist, dass die Kritik an der Klima-Forschung immer aus der gleichen Ecke kam: von neoliberalen Think-Tanks, finanziert durch das milliardenschwere American Petroleum Institute – dem Interessensverband der Öl- und Gasindustrie.

An der FPÖ sieht man, wie sehr die LeugnerInnen des Klimawandels mit Geld aus diesen Netzwerken in Verbindung stehen dürfen. Schlagen FPÖ-PolitikerInnen vor einigen Jahren noch vor, man solle in der Schule auf die Gefahren des Klimawandels hinweisen, sieht es heute ganz anders aus. Die amerikanischen Netzwerke strecken seit einigen Jahren ihre Fühler in Richtung der europäischen RechtspopulistInnen aus – und prompt werden auch diese zu Klimawandel-SkeptikerInnen.



# GESUNDHEIT STATT GLYPHOSAT.

In einem gemeinsamen Markt machen Giftstoffe an unseren Grenzen nicht halt. Hier muss die Europäische Union Druck ausüben und mit bestem Vorbild vorangehen. Der massive Einsatz von Pestiziden in der europäischen Landwirtschaft hat Auswirkungen auf unsere Gesundheit. Pestizide wirken sich negativ auf unser Hormonsystem aus, stören die Entwicklung ungeborener Kinder oder führen zu Unfruchtbarkeit und Krebs. Glyphosat steht unter Verdacht, eine krebsverregende Substanz zu sein. Trotzdem hat die EU gegen die Stimme Österreichs die Zulassung um fünf Jahre verlängert. Die SPÖ fordert ein nationales und EU-weites Verbot von Glyphosat, was von den Regierungsparteien aber bisher abgelehnt wurde. Zudem verdichten sich die Hinweise, dass Pestizide der Grund für das massenhafte Insekten-

*„Wir haben nur einen Planeten und eine Gesundheit. Deswegen setze ich mich – nach Kärntner Vorbild - für einen europaweiten Kampf gegen Glyphosat ein.“*

LUCA KAISER (LISTENPLATZ 9)

und Vogelsterben der letzten Jahrzehnte sind. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Nahrungskette in der Natur, sondern auch auf die Lebensmittelversorgung des Menschen. Insekten sind wesentliche Bestäuber und spielen damit in der Lebensmittelversorgung eine besondere Rolle. Auch Österreichs Trinkwasser basiert auf der Sauberkeit der eigenen Grundwasservorkommen. Der zunehmende Einsatz von Pestiziden ist auch für die Qualität des Trinkwassers eine Gefahr.

## BIENENSTERBEN STOPPEN

Zulassungen von Pestiziden oder Pflanzenvernichtungsmitteln wie Glyphosat spielen sich meist auf europäischer Ebene hinter verschlossenen Türen ab. Während Millionen Menschen gegen das Bienensterben unterschreiben, geht die Pharmalobby von Monsanto & Co. bei der Kommission ein und aus. Trotz höheren Anteils der Biofläche an der gesamten bewirtschafteten Fläche, ist die Ausbringung von Pestiziden in Österreich pro

Hektar sogar gestiegen. Hier braucht es eine radikale Umkehr.

## HÄNDE WEG VON UNSEREM WASSER

Wir wissen: Nur mehr 40 Prozent der Flüsse, Seen, Bäche und Feuchtgebiete Europas sind in gutem ökologischen Zustand. Ursachen sind Verbauung, Überdüngung und Verschmutzung. Das hat Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen, sowie auf unser Trinkwasser. Zur langfristigen Absicherung unseres Wassers und unserer Lebensmittel dürfen krebsverregende Stoffe erst gar nicht zugelassen werden.

Im Zweifelsfall sollte gelten: Gesundheit geht vor Profitinteresse. Sauberes Trinkwasser ist für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung entscheidend. Dennoch gibt es Entwicklungen, die die hochqualitative Versorgung der Bevölkerung gefährden. Seien es die spürbaren Folgen der Klimaerhitzung, die zu Versorgungsengpässen führen, sei es die Gefährdung der Wasserqualität durch Überdüngung in der Landwirtschaft oder seien es die Privatisierungsbestrebungen einzelner Interessensgruppen. Daher soll die Versorgung mit Wasser durch die öffentliche Hand erfolgen. Die Wasserversorgung soll als Grundrecht verankert werden und darf daher nicht der Marktverwertung unterworfen werden.

## OHNE BESTÄUBUNG KEINE NAHRUNG.



1/3 UNSERER NAHRUNG GÄBE ES NICHT OHNE BIENEN.



7 VON 10 DER WICHTIGSTEN NUTZPFLANZEN WERDEN VON BIENEN BESTÄUBT.



250 MRD. EURO ERWIRTSCHAFTEN BIENEN WELTWEIT.

## UNSERE NATUR SCHÜTZEN

Unsere Natur braucht Luft zum Atmen. Die letzten alpinen Freiräume müssen vor großtechnischer Erschließung geschützt werden. Europa braucht die Einrichtung von Ruhegebieten, so wie in der Alpenkonvention vorgeschrieben, damit auch zukünftige Generationen sich an der Schönheit unversehrter Alpenlandschaften erfreuen können. Die Natur und der Wald müssen allen, die gerne wandern, in Europa frei zugänglich sein.

## BIOWENDE SCHAFFEN

Die Landwirtschaft der Zukunft verzichtet auf chemisch-synthetische Pestizide und deckt das Bedürfnis nach regionalen, hochwertigen, gesunden und leistungsfähigen Lebensmitteln ab. Ziel kann nicht sein, Exporte in andere Länder zu stützen, um die dortigen

Lebensmittelmärkte zu unterbieten. Vielmehr setzen wir auf regionalen Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte. Damit wollen wir nicht nur die Qualität steigern, sondern die regionale Wirtschaft stärken und die heimische Landwirtschaft auch im österreichischen Bergland sichern. Durch Europa werden derzeit ca. eineinhalb Milliarden lebende Tiere transportiert – oft über weite Strecken ohne Einhaltung von Ruhezeiten.

Die EU-Agrarpolitik muss das Tierwohl fördern und einen Umdenksprozess starten. Auch dafür ist eine Konzentration auf die regionale Vermarktung entscheidend. Die europäischen Agrarförderungen sollen künftig so gestaltet sein, dass sie diese Ziele unterstützen. Nicht die land- und forstwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche, sondern die Anzahl der Beschäftigten und Qualitätskriterien sollen ausschlaggebend sein. ::



# UNSERE ANTWORTEN FÜR KLIMASCHUTZ UND EIN GIFTFREIES EUROPA.

## 1 Green New Deal – mit Europa die Welt retten

- Europa bis 2030 CO<sub>2</sub>-neutral und klimafreundlich machen
- Investitionsprogramm in Innovation und Green Jobs
- Europäische Verkehrspolitik für Mensch und Umwelt: Ausbau der europäischen Schienennetze und gemeinsame Innovation bei E-Mobilität
- Klimaschutzziele verbindlich umsetzen und keine Handelsabkommen mit Ländern, die sich nicht ans Pariser Klimaabkommen halten

## 2 Umdenken in Produktion und Konsum:

- Europaweites Rahmenwerk zur Gewährleistungspflicht gegenüber KonsumentInnen ausbauen mit festgelegter **Mindesthaltbarkeit für Produktgruppen**
- Raus aus dem Plastikwahn: Verbot von Mikroplastik, Reduzierung des Plastikmülls um 50 Prozent bis 2025
- Kreislaufwirtschaft als Chance für nachhaltige Produktions- und Wiederverwertungssysteme nutzen
- Wegwerfverbot von Lebensmitteln für den Handel nach französischem Vorbild



## 3 Energiewende schaffen

- EU-weiter Aussieg aus Atomkraft: bestehenden EURATOM-Vertrag in einen Atomenergie-Aussiegsvertrag umwandeln, Forschungsaktivitäten auf Strahlenschutz und Endlagerung fokussieren
- EU-weiter Aussieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe
- Thermische Sanierung europäisch vorantreiben
- **EU-weite CO<sub>2</sub> - Steuer**, zusätzlich CO<sub>2</sub> Emissionen von importierten Produkten bei der Einfuhr in die EU besteuern
- Investitionen in CO<sub>2</sub>- arme Technologien und in klimafreundliche Infrastruktur fördern
- Fonds für faire Energiewende einführen, um den Strukturwandel zu begleiten

## 4 Unserer Natur Luft zum Atmen geben

- Schutz der Alpen vor großtechnischer Erschließung
- Einrichtung von **Ruhegebieten**
- Freies Wegerecht

## 5 Wasser ist Menschenrecht

- **Hände weg von unserem Wasser**: Recht auf sauberes Trinkwasser für alle Menschen
- Herausnahme von Wasserprivatisierungen aus jeglichem Handelsabkommen
- Grundwasser schützen durch pestizidfreie Regionen, kontrollierten verringerten Düngemittelleinsatz und durch eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft
- Unsere Gewässer auch weiterhin schützen und Rahmenrichtlinie nicht aufweichen

## 6 Kein Gift in unserem Essen – Bio-Wende in Europa schaffen

- Europaweite Förderobergrenzen: Keine Förderung großer Agrarkonzerne und stärkere Förderung der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- Agrarpolitik auf Nachhaltigkeit ausrichten: Nachhaltigkeitskriterien und Verpflichtung zur Pestizidreduktion als Voraussetzung für EU Fördermittel
- Stopp dem Bienensterben: Förderung bienenschonender Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen, sofortiges Verbot bienengefährlicher Mittel und keine EU-Förderungen für Monokulturen
- **Verbot von Glyphosat** und anderen Pflanzenvernichtungsmitteln, deren negative Auswirkungen auf die Gesundheit nicht ausgeschlossen werden können
- Tierleid europaweit vermeiden – Tiertransporte minimieren und kontrollieren, Verbot von Qualzuchten und Pelztierfarmen



# DEMOKRATIE FÜR ALLE STATT MACHT DES GELDES.



Europa braucht  
Ihre Antwort.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass die derzeitige europäische Demokratie nicht dazu beiträgt, die Herausforderungen des Kontinents sozial und effizient zu bewältigen und gleichzeitig zur Selbstbestimmung der BürgerInnen beizutragen. Rechtsextreme, rechtspopulistische und vermeintlich konservative Kräfte nutzen diese Zweifel an der Demokratie aus, um einen Rückbau europäischer Integration und ein Zurück zu nationalen Alleingängen zu fordern. Eine Reduzierung europäischer Demokratie führt uns nur zurück in die nationalen Konkurrenzkämpfe, welche Europa im 20. Jahrhundert in zwei Katastrophen geführt haben. Eine offene und sozial lebendige, demokratische Kultur hingegen ist Garantin für Frieden und Wohlstand.



# IN FRIEDEN VEREINT STATT DURCH NATIONALISMUS GESPALTEN.

Das europäische Friedens- und Einigungsprojekt ist in Gefahr. Rechtsextreme, rechtspopulistische und rechtskonservative Kräfte, von Schweden bis Italien, von Ungarn bis Spanien, wollen das Rad der Zeit zurückdrehen. In mehreren Staaten, allen voran in Ungarn und Polen, treiben autoritäre PolitikerInnen ihr Unwesen. Sie attackieren demokratische Grundrechte und die unabhängige Justiz. Sie gefährden all das, was lange als selbstverständlich galt. Staatliche Willkür, wie wir sie bisher nur aus längst vergangenen Jahrzehnten oder gar

Jahrhunderten kannten, hält nicht nur das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit aus, sondern bedroht auch die Freiheit der Menschen in Europa und das friedliche Miteinander.

## FREIHEITEN RETTEN

Auch die Medienfreiheit ist in Gefahr: Das Erfolgsmodell der europäischen Demokratien ist eng mit freien und vielfältigen Medien verbunden. Wo immer an demokratischen Grundprinzipien gerüttelt wird, gerät auch die Medienfreiheit unter Druck und umgekehrt. Autoritäre und nationalisti-

sche PolitikerInnen setzen JournalistInnen unter Druck – wer nicht auf Linie schreibt, wird öffentlich beschimpft. Kritische Fragen sind unerwünscht. Auch in Europa wurden in den vergangenen Jahren JournalistInnen aufgrund ihrer Recherchetätigkeiten ermordet. KünstlerInnen werden öffentlich attackiert, beschimpft, verunglimpft und diffamiert – in Ungarn, Polen, Italien – aber auch in Österreich. Damit wird eine wesentliche Säule der liberalen Demokratie gefährdet. Die EU muss mehr Geld in die Stärkung von Kultur, Demokratie, Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft investieren.

Zum Teil unverblümte Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind wieder salonfähig geworden. Zugleich wird einem Nationalismus gefrönt, der in der Vergangenheit nur allzu oft für verheerende Kriege, Not und Elend auf unserem Kontinent gesorgt hat. Kurzum, die Rechten in Europa tun alles, um die europäische Solidarität zu untergraben – Applaus bekommen sie von Putin bis Trump. Damit gefährden sie letztlich unser friedliches Zusammenleben in Europa.

## KEIN PLATZ FÜR AUTORITARISMUS UND WILLKÜR

Die europäische Sozialdemokratie hält hier dagegen. Wir kämpfen für den Erhalt einer demokratischen, solidarischen und weltoffenen Gesellschaft und für ein Europa, das den Grund- und Menschenrechten verpflichtet bleibt. Staatliche Willkür und politischer Autoritarismus haben im Europa des 21. Jahrhunderts keinen Platz.

Die Europäische Union ist aus der Überzeugung erwachsen, dass wir in Europa universelle Werte und das Bekenntnis zur Demokratie als unteilbar ansehen. Rechtsstaatlichkeit – der Schutz vor Willkür durch die Herrschenden – gehört zu den gemeinsamen Werten, auf die sich die Europäische Union gründet.

*„Frieden ist ein Zustand, der mehr verlangt als ‚nur‘ die Beendigung von Kriegen. Er ist Ausdruck eines gerechten, solidarischen und konfliktfreien Zusammenlebens von Menschen und verlangt dauernden Dialog und Kompromissbereitschaft.“*

BETTINA VOLLATH (LISTENPLATZ 4)

der für viele Menschen in anderen Erdteilen als Vorbild dient. Denn die Missachtung der Demokratie und der europäischen Grundwerte gefährdet ein friedliches Miteinander in Europa und der Welt.

## WIRKSAME SANKTIONEN

Die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte ist derzeit schon überprüfbar, allerdings können nur mit einstimmigen Beschlüssen Sanktionen verhängt werden. Staaten, die die Grundwerte verletzen, dürfen aber nicht vom Schutz einzelner, womöglich gleichgesinnter Staaten profitieren. Ähnlich wie die Überprüfung von Haushaltsregelungen, die laufend stattfindet, muss die EU auch bei der Verletzung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit durchgreifen und wirksame Sanktionen verhängen.::

# Wir brauchen eine europäische Identität

Auszug aus der Rede von Ágnes Heller auf dem Kongress „Defending Democracy and the Rule of Law“ am 11. Oktober 2018 in Wien

**W**ir stehen an einer Weggabelung. Die Demokratie in Europa ist bedroht. Wenn wir wollen, dass die Menschen den richtigen Weg gehen, müssen wir sie für die europäische Idee mobilisieren.

Die Europäische Union ist bestimmt nicht perfekt. Wenn es nach mir ginge, würde die EU ganz anders aussehen. Aber wir haben nur die EU. Und deswegen müssen wir an ihr arbeiten, sie verbessern. Wir können ihre Institutionen verbessern. Aber das alleine ist nicht genug. Wir müssen auch auf einer ganz anderen Ebene ansetzen.

Es gibt etwa kein europäisches Bewusstsein. Es gibt nur nationales Bewusstsein. Wenn Sie ein Kind fragen, was es bedeutet, Franzose zu sein – dann werden Sie eine Antwort bekommen. Das ist in jedem Land so. Aber wenn Sie fragen, was es heißt Europäer zu sein, dann wird das Kind wahrscheinlich nicht einmal die Frage verstehen.

Wenn die EU eine Zukunft haben soll, dann brauchen wir ein europäisches Bewusstsein. Dabei geht es nicht nur um offene Grenzen, sondern vor allem um unsere Identität.

*„Wenn die EU eine Zukunft haben soll, dann brauchen wir ein europäisches Bewusstsein.“*

Identitätspolitik ist heute ethnische und nationalistische Politik. Und dieser Nationalismus ist eine Bedrohung für Europa. Der Nationalismus ist eine negative Ideologie. Denken wir an Ungarn. Die ungarische Regierung behauptet, es würden aus allen Richtungen Bedrohungen auf Ungarn zielen – und die müsse man abwehren. Die ethnische und nationalistische Identität



wehrt nur ab. Sie hat kein Zukunftsbild. Unglücklicherweise gibt es heute keine positive Ideologie, die positiven Ideologien sind alle verschwunden. Niemand glaubt mehr an Fortschritt, an die Zukunft. Welche Ideologie, welche Identität brauchen wir? Nationale Identitäten sprechen direkt die Gefühle an, sie feuern die Imagination an. Menschen können sich identifizieren, sie fühlen sich gebunden. Das ist nichts Schlechtes. Und so eine Ideologie braucht Europa auch. Ohne sie kann man nichts erreichen.

Man kann sich politisch nicht darauf reduzieren, nur die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten.

Das ist zu kalt. Bei Identitätspolitik geht es um uns – um uns selbst. Wenn wir über Identität sprechen, sprechen wir über uns.

*„Es muss eine Ideologie geben, die die Imagination, die Phantasie der Menschen anfacht.“*

Es muss eine Ideologie geben, die die Imagination, die Phantasie der Menschen anfacht. Eine Ideologie,

die etwas verspricht. Nichts Falsches und auch nichts Vages, Unklares und keinesfalls darf sie Propaganda sein. Aber wir brauchen ein Zukunftsbild, das die Menschen mobilisiert. Die Menschen müssen an die Zukunft glauben und sich für diese mobilisieren. Nur so können wir die europäische Demokratie verteidigen und eine bessere EU erstreiten.

ÁGNES HELLER ist Philosophin und lebt in Budapest und New York.



**DAFÜR HABEN WIR  
ERFOLGREICH IM  
EUROPAPARLAMENT  
GEKÄMPFT:**

- Einleitung eines Rechtsstaatsverfahrens gegen Ungarn und Polen
- Einrichtung eines permanenten Rechtsstaatsmechanismus und neues Justizprogramm: Werden Grundrechte in einem Mitgliedsstaat systematisch verletzt, wie es zurzeit in Polen und Ungarn der Fall ist, dann ist die Union gefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auch zu nutzen.
- Demokratische Kontrolle der europäischen Polizeiagentur Europol
- Möglichkeiten zur Überprüfung europäischer Menschenrechtsarbeit durch systematischen Ansatz verbessert
- Sacharow-Preis für die jesidischen MenschenrechtskämpferInnen Lameya Taha und Nadia Murad – Grundlage für spätere Verleihung des Friedensnobelpreises
- Jesidische Freundschaftsgruppe im EU-Parlament gegründet



# UNSERE ANTWORTEN FÜR EIN EUROPA DER GRUND- UND MENSCHENRECHTE.



## 1 Frühwarnsystem für Rechtsstaatlichkeit

- Regelmäßige Überprüfung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte
- rasche Sanktionsmöglichkeiten gegen jene Mitgliedsstaaten, die die Grundwerte der Europäischen Union verletzen (Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit)

## 4 EU-weites Bildungsprogramm zur Sicherung der Demokratie

- EU-weit geförderte Bildungsprogramme zur Demokratieerziehung
- Einrichtung eines EU-Fonds für Erinnerungsarbeit, nach Vorbild des Österreichischen Zukunftsfonds, um die Erinnerungskultur auch für die kommenden Generationen zu sichern
- Stärkung von Kulturprogrammen und Medienvielfalt



## 2 EU Förderstopp bei Grundrechtsmissachtung

- keine Förderungen für Mitgliedsstaaten, die grundlegende menschen- und frauenrechtliche, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien missachten

## 5 Europaweite Ombudsstelle gegen Rechtsextremismus

- Beratung und Hilfestellung unabhängig von der jeweiligen staatlichen Regierung
- Anlaufstelle für Angehörige, FreundInnen und PädagogInnen
- Ausstiegberatung für Rechtsextreme und aktive Ausstiegshilfen
- Etablierung eines europaweiten Rechtsextremismusreports



## 3 Europäisches Verbotsgesetz

- rechtsradikale Kräfte in Europa in die Schranken weisen



## DEMOKRATIE STATT LOBBYISMUS.

Die Demokratie in Europa lebt von der Vielfalt unserer Regionen, von den unterschiedlichen Interessen der Menschen, die hier leben. Sie ist immer mehr dadurch gefährdet, dass es nicht die Menschen sind, sondern die Interessen von Konzernen und der Finanzwirtschaft, die im Mittelpunkt stehen. 50.000 LobbyistInnen sind im Transparenzregister als InteressenvertreterInnen registriert. Mit mehr als 1 Mrd. Euro Budget jährlich sind sie jedes Jahr sowohl in den europäischen Institutionen als auch im informellen Rahmen für ihre Anliegen unterwegs. Nicht einmal zwei Prozent davon vertreten die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Dadurch erlangen Konzerne übermäßigen Einfluss auf die Gesetzgebung in der EU, sodass der Profit einiger weniger über die Bedürfnisse der großen Mehrheit gestellt wird. Im Gegenzug kommen die

Interessen der ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und sozial Benachteiligten sowie Umwelt- und Tier- schutz vielfach zu kurz. Wirtschaftliches Kapital und ökonomische Macht werden für politische Einflussnahme eingesetzt – das ist eine ernste Gefahr für die Demokratie.

Zurzeit gibt es ein Register in Brüssel, in dem sich LobbyistInnen freiwillig registrieren lassen können, um Zugang ins Europäische Parlament zu erhalten. Lobbyarbeit findet aber

auch im Kaffeehaus neben dem Parlament, rund um die Kommission und den Rat sowohl auf politischer als auch auf Verwaltungsebene statt, weshalb es künftig ein verpflichtendes Lobbyregister für alle EU-Institutionen braucht. Der „legislative Fußabdruck“, den das Europäische Parlament nach langjährigem Druck heuer eingeführt hat, ist ein gelungenes Vorbild für alle Institutionen: Europaabgeordnete müssen ihre Treffen mit LobbyistInnen veröffentlichen, wenn sie an einer EU-Regelung mitwirken.

*„In Brüssel gibt es über 50.000 Lobbyisten, davon sind zwei Prozent ArbeitnehmerInnenvertreterInnen. Diese Zahl unterstreicht die Schieflage der EU und erklärt warum sich immer mehr Menschen von der EU abwenden.“*

NATHANIEL HEINRITZ (LISTENPATZ 11)

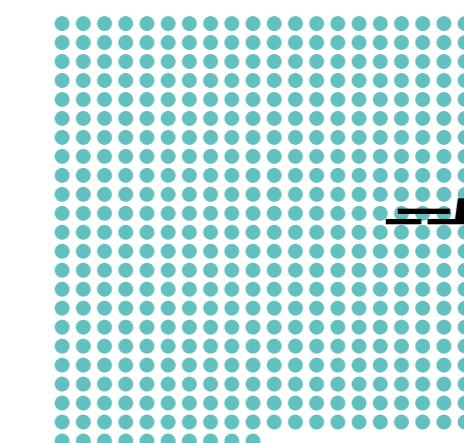
### DEMOKRATIE KANN MAN NICHT KAUFEN

Die Macht der Konzerne geht jedoch über Lobbying hinaus. Die Kanäle, über die internationale Konzerne ihre Macht durchsetzen können, sind vielfältig. Die führenden globalen Unternehmen operieren mit immensen Budgets, nicht zuletzt auch für Forschung und Entwicklung, die die finanziellen Möglichkeiten einzelner Staaten bereits in den Schatten stellen. Dadurch haben einzelne Großkonzerne Einfluss auf die Ausgestaltung unserer Gesellschaft, auf unseren Lebensstil, unsere Rechte und Freiheiten. Sie können gezielt die politische Diskussion steuern. Sie drängen gleichzeitig die Gestaltungsmacht gewählter politischer EntscheidungsträgerInnen zurück – denn zu oft beugen sich politische Entscheidungen den sogenannten Gesetzen des Marktes.

Ein entsprechendes Gegengewicht kann hier die Europäische Union sein, denn im Schulterschluss mit anderen Ländern können wir mehr Gewicht auf die Waage bringen, um Menschen statt Profite ins Zentrum der Politik zu stellen. Damit dabei die Menschen (BürgerInnen, ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen) wieder vermehrt eingebunden werden und Einfluss erlangen, braucht es auf allen Ebenen eine lebendige Demokratie. Dafür braucht es nicht



### WEN EU-KOMMISSARInNEN TREFFEN.



490-mal  
LobbyistInnen  
der Erdgas-  
industrie



49-mal  
VertreterInnen  
der Zivil-  
gesellschaft

Quelle: www.lobbyfacts.eu

zuletzt eine Ausweitung der direkten und partizipativen Demokratie auch in den Betrieben, aktive SozialpartnerInnen und starke Gewerkschaften sowie eine starke europäische Zivilgesellschaft.

### DEMOKRATIE LEBEN

Das Demokratiedefizit betrifft jedoch auch die Institutionen der EU. Das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte Einrichtung besitzt noch immer nicht das Initiativrecht in der Gesetzgebung, sondern muss immer noch auf Vorlagen der Kommission warten. Die Abgeordneten können Handels- und Partnerschaftsabkommen mit Drittstaaten nur annehmen oder verwerfen, aber auf die Verhandlungen keinen direkten Einfluss nehmen. Das sorgt für sehr unbefriedigende Ergebnisse. Auch

# Schlimmste SteuertrickserInnen erhalten Millionen BeraterInnen-Honorare

Sie beraten die EU-Kommission bei Instrumenten gegen Steuervermeidung. Und gleichzeitig helfen sie Unternehmen bei der Steuervermeidung – diesen Interessenskonflikt enthüllt eine Studie.

## BERATUNG FÜR STEUER-VERMEIDUNG, BERATUNG GEGEN STEUERVERMEIDUNG

Die „Big Four“, das sind die vier großen europäischen Steuerberatungs-Unternehmen KPMG, Ernst & Young (EY), PricewaterhouseCoopers (PwC) und Deloitte. Bekannt sind die „Big Four“, weil sie Konzernen dabei helfen, bei der Steuer zu tricken. Sie machen ein Geschäft daraus, das Geld multinationaler Konzerne vor den Steuerbehörden zu verstecken. Dabei agieren sie schamlos und versprechen wie PwC, dass nur jeder vierte Steuertrick als ungesetzlich eingestuft wird.

Eine Studie der Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) zeigt nun, dass ausgerechnet diese „Big Four“ von der EU als Berater in Steuerfragen bezahlt werden. Und zwar mit Millionenbeträgen. Sie werden von den EU-Institutionen als seriöse Partner in Sachen Steuerrecht betrachtet. So bezahlt die EU-Kommission sie für Analysen und Studien zu Steuerfragen. Während die „Big Four“ gute Geschäfte damit machen, den Konzernen beim Steuertricksen zu helfen, sollen sie der EU-Kommission helfen, genau das zu verhindern.

## AUFRÄGE IN MILLIONENHÖHE

Jahr für Jahr erhalten die „Big Four“ von der EU-Kommission Aufträge in Millionenhöhe. Zuletzt erhielten KPMG, PwC und Deloitte Anfang 2018 einen Auftrag in der Höhe von mehr als 10 Millionen Euro. Sie sollten eine Studie zum Thema „Steuern und Zölle“ erstellen. Worum es in dieser Studie genau geht, sagt die EU-Kommission nicht. Dabei hatten EY, PwC und Deloitte erst 2014 zum selben Thema einen Auftrag über sieben Millionen Euro erhalten. Insgesamt soll die Europäische Kommission mehr als 100 Millionen Euro für die Expertise der „Big Four“ bezahlt

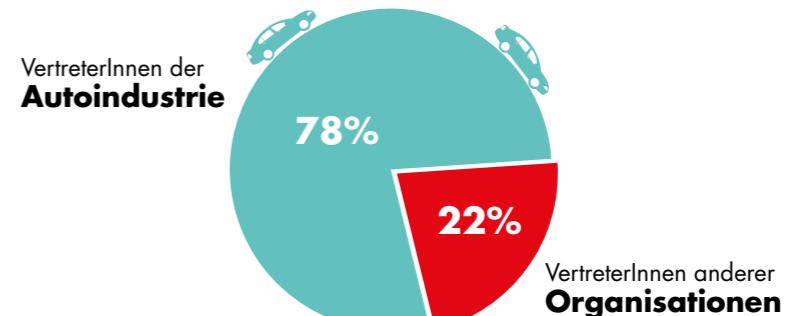
haben – allein im Jahr 2016. Daneben haben die „Big Four“ Netzwerke und Organisationen etabliert, über die sie auf die Politik der EU Einfluss nehmen können. Auf diesem Weg beeinflussen sie die Institutionen der EU zusätzlich ideologisch.

## LOBBYS UND NETZWERKE

Ganze 57 LobbyistInnen beschäftigen die „Big Four“ in Brüssel zusammen. Organisiert in und unterstützt von Gruppen wie der European Business Initiative on Taxation oder der European Contact Group. Daneben sind sie in sogenannten Advisory Groups aktiv – Gruppen, die von der EU-Kommission geschaffen wurden, um gegen Steuerflucht und Steuerbetrug vorzugehen.

Angesichts der enormen Vernetzung wundert es nicht, wenn ehemalige BeamteInnen und FunktionärInnen der EU später Jobs bei den „Big Four“

## WER IN DER EXPERTINNENGRUPPE DER EU-KOMMISSION SITZT



## STEUERFLUCHT IN EUROPA

Groß angelegte Steuervermeidung richtet enormen Schaden an. Multinationale Konzerne schleusen in Europa jährlich viele Milliarden an den Staaten vorbei. Dafür bauen die großen Unternehmen mithilfe ihrer BeraterInnen aufwendige Konstruktionen und verschieben ihre Gewinne in Länder, wo die geringsten Steuern zu zahlen sind. So gelingt es ihnen, bis zu einem Drittel weniger Steuern zu zahlen als kleine und mittlere Betriebe. Das wiederum übt im europäischen Wettbewerb Druck auf andere aus, diese Steuerlücken ebenfalls zu nutzen. Der französische Ökonom Gabriel Zucman spricht von einer „mächtigen Industrie“ aus Vermögen, Anwaltsfirmen, Steuerberatern und großen Wirtschaftstreuhändern, die sich seit den 1980er Jahren entwickelt hat.

Weitere spannende Artikel?  
[WWW.KONTRAST.AT](http://WWW.KONTRAST.AT)



# Demokratie und die EU

IM GESPRÄCH MIT LAURA WIESBÖCK

## WAS ERWARTEN SICH MENSCHEN VON DER DEMOKRATIE?

Die Demokratie verspricht im Grunde zwei Sachen: Jede und jeder soll sich an den politischen Entscheidungen gleichermaßen beteiligen können. Alle haben die gleichen Rechte, um sich am politischen Prozess zu beteiligen. Diese Idee geht aber mit einer zweiten einher. Nämlich dem Versprechen, dass sich die sozialen Lebensverhältnisse verbessern. Demokratie soll zu einer größeren Gleichheit führen. Die Erwartung, auf demokratischen Weg eine größere

soziale Gleichheit einzuführen – diese Idee wurde von der europäischen ArbeiterInnenbewegung etabliert.

## WIE STEHT ES UM DIE DEMOKRATIE HEUTE? HÄLT SIE DIESE VERSPRECHEN EIN?

Wir können heute beobachten, dass bei politischen Prozessen nicht das Gemeinwohl im Vordergrund steht. Sondern wirtschaftliche, unternehmerische Interessen. Viele PolitikerInnen richten ihre Programme verstärkt nach den Interessen wirtschaftlicher

Eliten aus. Sie lassen sich in vielen Fällen ihre Wahlkämpfe von Unternehmen sponsoren und im Gegenzug kommen sie ihnen programmatisch entgegen – etwa indem sie ArbeitnehmerInnenrechte beschneiden.

Die Konsequenz davon ist wachsende soziale Ungleichheit und Vertrauensverlust in die repräsentative Demokratie.

## WIE ÄUSSERT SICH DIESER VERTRAUENS-VERLUST?

Auf verschiedenen Ebenen. Etwa im Rückgang der Wahlbeteiligung, im Gefühl der politischen Ohnmacht oder im Schrumpfen der Parteimitgliedschaften. Vor allem in prekarisierten Schichten ist die Resignation sehr groß. Je kleiner das Einkommen und je niedriger der Bildungsstand, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Es sind also vor allem jene BürgerInnen, die sich von der politischen Elite nicht verstanden, nicht respektiert und nicht repräsentiert fühlen, die sich dann von der Demokratie abwenden.

## WOHER KOMMT DAS GEFÜHL, POLITISCH NICHTS BEWIRKEN ZU KÖNNEN?

Ein wesentlicher Punkt liegt in der Individualisierung.

## WAS BEDEUTET DAS?

Seit den 1960er Jahren sind Werte wie Selbstbestimmung oder Selbstverwirklichung immer zentraler geworden. Weil unser Lebensstandard höher geworden ist, haben wir mehr

private Freiheiten. Gleichzeitig haben wir mehr Eigenverantwortung, wir müssen zu unseren Entscheidungen stehen.

Das hat natürlich viele Vorteile, aber auch eine Schattenseite. Denn dieser Prozess geht einher mit der Abwendung von kollektiven, von gemeinsamen Interessen. Das erschwert politisches Handeln natürlich ungemein. Nehmen wir den Arbeitsmarkt: Wer keinen Job findet, ist selbst schuld. Es wird nur noch die individuelle Seite gesehen, nie die strukturelle. Im öffentlichen Diskurs spricht man nur noch über die Fehler der Arbeitslosen, nicht mehr über politische Maßnahmen, die Arbeitsplätze schaffen. Unter diesen Bedingungen ist politisches Handeln natürlich sehr erschwert.

## WELCHE ROLLE SPIELEN MEDIEN FÜR DIE DEMOKRATIE?

Medien sind für die Stabilität der Demokratie essentiell. Massenmedien haben die Aufgabe, die Menschen zu informieren. Aber das Internet verändert die Medien, durch neue soziale Netze dringen Informationen ungefiltert in die Öffentlichkeit. Die Informa-

tionen werden nicht aufbereitet und kontextualisiert. PolitikerInnen können sich so präsentieren wie sie wollen, ohne sich von kritischen JournalistInnen befragen zu lassen.

Gleichzeitig wird der politische Diskurs emotionalisiert. Twitter und Facebook arbeiten mit PsychologInnen zusammen, und bauen ihre Plattformen so auf, dass die impulsiven Teile des Gehirns angesprochen werden. Kein Wunder also, dass die Debatten dort besonders hitzig und wenig sachlich sind.

## WAS MÜSSTE MAN TUN, UM DIE DEMOKRATIE IN EUROPA ZU STÄRKEN?

Natürlich brauchen wir einen kritischen Umgang mit Medien oder müssen die BürgerInnen dazu animieren, sich kritisch einzubringen. Aber vor allem müssen sich die demokratischen Versprechen erfüllen. Die soziale Ungleichheit muss sich reduzieren und das Interesse des Gemeinwohls muss über den wirtschaftlichen Interessen stehen.

LAURA WIESBÖCK ist Soziologin an der Universität Wien und hat im Rahmen der SPÖ-Debattencamps ihre Thesen mit uns diskutiert.

# UNSERE ANTWORTEN FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE.

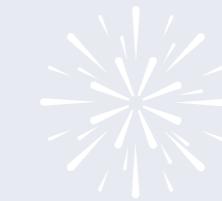
## 1 Die Menschen anhören, nicht die Konzerne

- Verbindliche und einsehbare Lobbyregister für alle drei EU-Institutionen, insbesondere Einbeziehung des Rates und Verbot der Finanzierung der Ratspräsidentschaften durch Großkonzerne
- Transparenz und Offenlegungspflicht der Ausgaben für Lobbying für europaweit tätige Konzerne
- Gleichberechtigte Mitsprache für Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in Brüssel, statt Dominanz der Konzerninteressen. SozialpartnerInnen müssen aktiv in die Politikgestaltung eingebunden werden
- Mehr Demokratie in europäischen Unternehmen: Stärkung der europäischen BetriebsräteInnen und Unternehmensmitbestimmung von ArbeitnehmerInnen in allen EU-weit tätigen Unternehmen



## 2 Stärkung des Europäischen Parlaments

- Mehr Mitsprache für das Europäische Parlament durch echtes Initiativrecht
- Einfluss auf Verhandlungen über Abkommen mit Drittstaaten sowie auf die Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- Gesamteuropäische Listen mit europäischen SpitzenkandidatInnen zusätzlich zu den nationalen Listen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
- Ein Sitz ist genug: Tagungen nur noch in Brüssel statt in Brüssel und Straßburg



## 4 Europa gemeinsam feiern

- Europatag am 9. Mai zum gemeinsamen europaweiten Feiertag erklären



## 3 Handlungsfähigkeit der EU erhöhen

- Schluss mit dem Vorrang nationaler Interessen, in der Europapolitik mit einer europäischen Stimme sprechen
- Langfristig den Europäischen Rat zu einer zweiten Kammer neben dem EU-Parlament umgestalten
- Mehr Transparenz in den Ministerräten, Veröffentlichung der Abstimmungen
- Mehrheitsprinzip im Ministerrat verstärken, um Blockaden durch einstimmige Beschlüsse zu verhindern
- Verkleinerung und Umgestaltung der Kommission:
- Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ländern forcieren, wenn eine europaweite Einigung nicht möglich ist, um gemeinsam mit anderen vorangehen zu können





# MIT HERZ UND HIRN STATT HASSEN UND HETZE.

Für die Herausforderungen rund um Flucht und unfreiwillige Migration braucht es nachhaltige und realistische Antworten – nicht Hetze und falsche Versprechungen. Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Schutzsuchenden. Europa muss seine Verantwortung wahrnehmen und Perspektiven in den Herkunftsländern eröffnen.

## FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Weltweit müssen viele Menschen unfreiwillig ihre Heimat verlassen. Erzwungene Migration hat viele Ursachen: Flucht vor Krieg, Gewalt

und Hunger oder – gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention – vor individueller persönlicher Verfolgung.

Viele Menschen verlassen ihre Heimat aber auch, weil sie keine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sowie soziale, wirtschaftliche und politische Sicherheit haben.

Für sie wird Migration oft zur einzigen Strategie, ihre Lebensgrundlage zu sichern und sich und ihren Kindern eine Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaerhitzung wird die Zahl jener, die in ihrem Land keine Existenzgrundlage mehr vorfinden, noch weiter erhöhen.

Genau hier müssen wir ansetzen: Europa muss mit aller Kraft die Ursachen von erzwungener Migration bekämpfen und aktiv dazu beitragen, dass Lebensgrundlagen vor Ort geschaffen werden. Nur dann machen sich weniger Menschen auf den oft gefährlichen Weg nach Europa.

## SOLIDARITÄT NACH AUSSEN ...

Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Genfer Flüchtlingskonvention und der humanitären Verpflichtung, Geflüchteten Schutz vor Terror, Gewalt und Krieg zu bieten. Wir sind darüber hinaus der Überzeugung, dass Schutz-

suchenden am besten in der Nähe ihrer Heimatländer geholfen werden kann. Hilfe vor Ort heißt Förderung internationaler Flüchtlingseinrichtungen in den Nachbarregionen und -ländern sowie die Unterstützung von Hilfs- und Integrationsmaßnahmen in den Transitländern und den Aufnahmeländern des Globalen Südens.

## ... UND INNEN: FÜR EINE GEMEINSAME ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

Schutzsuchende müssen in der Europäischen Union nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Bevölkerungszahl der Mitgliedsstaaten fair verteilt werden. Seit Jahren zeigt sich, dass wenige Länder einen Großteil der Asylsuchenden aufnehmen. Das ist ungerecht und widerspricht dem europäischen Gedanken der Solidarität.

Österreich hat in der Vergangenheit viel geleistet, darauf können wir stolz sein. Wir können es nicht akzeptieren, dass sich manche Länder einer fairen Verteilung von AsylwerberInnen in Europa entziehen und in

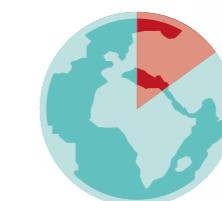
einer unsolidarischen Trittbrettfahrerhaltung verharren. Unser Ziel ist ein europäisches Asylsystem mit einheitlichen Verfahren und standardisierten Leistungen, die Schaffung und der Ausbau legaler und sicherer Wege für Flüchtlinge nach Europa sowie eine gerechte Verteilung.

## EUROPAS VERANTWORTUNG

Europa muss in allen Politikbereichen – sei es Fischfang vor der Westküste Afrikas, bei Handelsabkommen

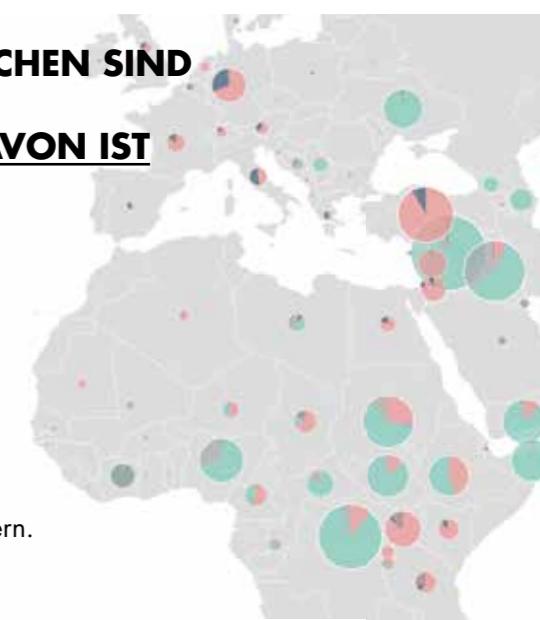
oder im Bereich der Waffenexporte – darauf achten, dass die Lebensgrundlagen in den Ländern des Globalen Südens verbessert werden. Wer Waffen in Konfliktgebiete oder Diktaturen exportiert, trägt auch Verantwortung für die Folgen. Wer Gewässer leer fischt, entzieht lokalen FischerInnen die Existenz. Europa darf nicht akzeptieren, dass sich einige wenige zulasten der Ärmsten bereichern. Europa muss seine Verantwortung wahrnehmen. Europa muss Perspektiven eröffnen, statt sie zu schließen.:::

## 71,4 MIO. MENSCHEN SIND AUF DER FLUCHT. JEDER ZWEITE DAVON IST EIN KIND.



85 Prozent der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern.

(UNO 2016)



# Die Klimakatastrophe zwingt bald 140 Millionen Menschen zur Flucht.

Der Klimawandel vertreibt pro Jahr mehr als 20 Millionen Menschen. Wenn wir ihn nicht bremsen, könnten 2050 bereits 140 Millionen Menschen betroffen sein. Ein Überblick über Ursachen und Folgen der Erderwärmung.

**S**chätzungen zufolge waren Ende des Jahres 2017 rund 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Betroffen sind sie von Krieg, Folter und Verfolgung. Weitere 20 bis 25 Millionen flüchteten vor Klimakatastrophen und Umweltschäden. Der steigende Meeresspiegel, Dürreperioden und starke Naturkatastrophen zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Zudem erhöht der Klimawandel das Risiko für gewaltsame Konflikte. Beim Kampf gegen den Klimawandel gibt es Aufholbedarf. Jene, die davon am stärksten betroffen sind, bekommen kaum mediale Öffentlichkeit.

Forschung herrscht großteils Konsens darüber, dass die sogenannte anthropogene – also vom Mensch verursachte – Klimaveränderung Ursache Nummer 1 für die derzeitige Erderwärmung ist. Denn während vor der Industrialisierung beispielsweise Änderungen der Sonneneinstrahlung oder Vulkanausbrüche das Klima beeinflusst haben, ist es heute vor allem die Freisetzung von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>). Das haben wir Menschen zu verantworten.

## ERWÄRMUNG: PLUS 1 GRAD CELSIUS SEIT DER INDUSTRIALISIERUNG

Die Dimension des menschlichen Einflusses auf das Klima wird in einem Bericht des Weltklima-Rates (IPCC) deutlich. Der Weltklima-Rat ist ein weltweiter, zwischenstaatlicher Ausschuss, der Klimaveränderungen beobachtet und dokumentiert. In seinem Bericht kann man lesen:

*„Seit der Industrialisierung ist die durchschnittliche Erdtemperatur um einen Grad höher. In den letzten Jahrzehnten ist sie besonders schnell gestiegen. Man kann davon ausgehen, dass sich die Erde binnen 30 Jahren nochmal um ein Grad erwärmt.“*

## 1 GRAD MEHR HAT WEITREICHENDE FOLGEN

Die Zahlen scheinen abstrakt, die wissenschaftlichen Ursachen dahinter komplex – ob es tatsächlich 20 oder 22 Grad Lufttemperatur hat, merken wohl nur die wenigsten. Dennoch hat dieser Temperaturanstieg massive Folgen für die Umwelt und damit verbunden auch für Tier und Mensch. Der Anstieg der Erdoberflächentemperatur lässt Gletscher schmelzen, erhöht weltweit die Meeresspiegel, verstärkt das Risiko extremer Trockenheit in vielen Regionen und hat zur Folge, dass Naturkatastrophen häufiger auftreten. Klimafolgen sind in verschiedenen Teilen der Welt stark zu spüren



– sie reichen von Ernteausfällen über die Zerstörung von wichtigen Ökosystemen bis hin zum unmittelbaren Verlust des eigenen Lebensraums.

## KLIMAFLUCHT ODER KLIMAMIGRATION?

Damit ist der Klimawandel Hauptauslöser von Migrations- und Fluchtbewegungen. Die Menschen verlieren neben ihrem privaten Besitz auch sämtliche wirtschaftliche Existenz und Zukunftsmöglichkeiten. Menschen haben somit oft keine andere Wahl, als ihr Zuhause zu verlassen und in weiterer Folge zu migrieren. Trotz der augenscheinlichen Folgen des Klimawandels haben diese Menschen rechtlich wenig Chance auf Asyl, da sie nach der Genfer Konvention nicht als Flüchtlinge gelten.

*„Der Klimawandel verursacht Dürreperioden in der Sahara, überflutet Inselgebiete im Südpazifik oder verschärft Naturkatastrophen wie tropische Stürme.“*

Außerdem erschweren die politischen und wirtschaftlichen Zustände die Situation in vielen Gebieten, die besonders vom Klimawandel bedroht sind. Migrations- und Fluchtgründe sind meist nicht eindimensional, sondern bestehen aus mehreren Faktoren und die Folgen des Klimawandels können durchaus auch Konflikte auslösen.

## FLUCHT VOR KLIMAWANDEL WIRD ZUNEHMEN

Solange der Mensch allerdings Ursachen und Folgen des Klimawandels nicht versucht zu bekämpfen, wird klimabedingte Migration in den nächsten Jahren stark zunehmen.

„Manchen Schätzungen zufolge wird es bis 2050 sogar 140 Millionen Menschen betreffen – gegenwärtige Flüchtlings- und Migrationsströme oder von mancher Seite heraufbeschworene Krisen, wirken somit hinsichtlich der Anzahl an betroffenen Menschen fast unbedeutend.“

Politisch und gesellschaftlich gilt es, rechtliche Rahmen zu schaffen, die verstärkt den Begriff „Klimaflüchtling“ berücksichtigen. Zudem muss der Klimawandel auf mehreren Ebenen bekämpft werden – sei es auf persönlicher, politischer aber auch industrieller. Letztlich geht es auch darum, Bewusstsein zu schaffen, dass die Herausforderung real ist.

Weitere spannende Artikel?  
[WWW.KONTRAST.AT](http://WWW.KONTRAST.AT)

# UNSERE ANTWORTEN FÜR EINE MENSCHLICHE UND REALISTISCHE ASYLPOLITIK.

## 1 Eine gemeinsame europäische Asylpolitik

- Einheitliche Asylverfahren, faire Kostenverteilung und standardisierte Leistungen für AsylwerberInnen zwischen den Mitgliedsstaaten, mit besonderem Augenmerk auf die Situation von Frauen und unbegleiteten Minderjährigen
- Mindeststandards in ganz Europa, um Rechtssicherheit und Menschenrechte überall zu garantieren
- Maximal drei Monate Asylverfahren (Erstprüfung)
- Verstärkte Anstrengungen bei der Aushandlung von Rückführungsabkommen. In Verbindung mit einem System von Arbeitsvisa für Länder, die hier kooperieren
- All dies freilich unter Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte: Jene, die bereits gut integriert und qualifiziert sind, sollen die Chance erhalten, ein neues Leben in Europa aufzubauen

## 2 Menschliche und fortschrittliche Asylpolitik

- Anwendung der Dublin III-Verordnung bei an kommenden Schutzsuchenden unter Rücksichtnahme auf Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt der jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten
- Europäischer Solidaritätsfonds zur Unterstützung von Städten und Gemeinden, die AsylwerberInnen aufgenommen haben. Dieser Fonds soll sicherstellen, dass die Kommunen ausreichend Mittel für die Integration von Schutzsuchenden erhalten
- Fluchtursachen nachhaltig beseitigen: Internationale Hilfe verstärken – finanziell und strukturell
- UNHCR ausreichend finanzieren, damit Flüchtlingslager Schutz und Nahrung bieten können
- gemeinsame europäische humanitäre Visa für Schutzsuchende

## 3 Sichere Wege zur Flucht schaffen

- Europäische Seenotrettung schaffen und gemeinsam die Verantwortung übernehmen
- Resettlementprogramme ausweiten
- Verfahrenszentren unter UNHCR-Mandat möglichst nahe den Herkunftsregionen errichten mit dem Ziel, die gefährliche Flucht über das Mittelmeer zu verhindern und dem Schlepperwesen die Geschäftsgrundlage zu entziehen
- Errichtung von europäischen Verfahrenszentren an den EU-Außengrenzen mit dem Ziel, dort Asylverfahren in maximal drei Monaten abzuwickeln, Menschen zu versorgen und nach Abschluss des Asylverfahrens in entsprechend festgelegten Quoten auf die EU-Staaten zu verteilen
- Unterstützung für jene, die keine Chance auf Asyl oder subsidiären Schutz in Europa haben, bei der Rückkehr in ihre Heimat
- Kontrolle der EU-Außengrenzen durch eine gemeinsame europäische Mission

## 4 Mobilität muss auch für Menschen des Globalen Südens möglich sein

- Ausweitung der EU Stipendienprogramme für Studierende des Globalen Südens
- Kooperation zwischen Europäischem Parlament und Ländern des Globalen Südens zur Fort- und Weiterbildung von Beamten, Angestellten und ArbeitnehmerInnen

## 5 Frieden vor Ort schaffen

- Exportverbot von Waffen in Konfliktregionen (europaweites Kriegsmaterialiengesetz nach österreichischem Vorbild)
- wirkungsvolle Maßnahmen zum Klimaschutz
- Europäischer Investitionsplan („Marshallplan“) für Afrika, um die Wirtschaft und Gesellschaft vor Ort zu stärken.

## 6 Handelspolitik, die den Menschen vor Ort eine Lebensgrundlage sichert

- Kohärente Handels- und Entwicklungspolitik im Sinne der nachhaltigen Entwicklung aller
- Keine direkte oder indirekte Förderung von europäischen Lebensmittelexporten in Entwicklungsländer
- Gerechte Handelsabkommen mit Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen Nachhaltigkeits- und ArbeitnehmerInnen-Schutzbestimmungen
- Kein Leerfischen der Meere vor den Küsten Afrikas unter europäischer Flagge



## DIPLOMATIE STATT TRUMP

Kooperation und Solidarität sowie der Wille, für das Gemeinwohl und den Frieden zu arbeiten, müssen wieder zum Primat der Außenpolitik werden. Vermittlung statt Eskalation, Versöhnung statt Aggression müssen Vorrang in internationaler Zusammenarbeit haben. Der Name Trump steht heute stellvertretend für beunruhigende Entwicklungen in der Welt: zunehmende Instabilität und Unsicherheit einerseits; vor allem aber auch Nationalismus und damit einhergehend eine egoistische Außenpolitik andererseits, die

*„Europäische Außenpolitik heißt weltweit zu unseren Werten zu stehen. Europa zur humanitären Weltmacht zu machen, die keine Konflikte eskaliert, sondern sich für Frieden, Zusammenhalt, fairen Handel und Sicherheit in der Welt einsetzt.“*

ANDREAS SCHIEDER

die Interessen anderer Regionen und Staaten ignoriert. Freilich war die Außenpolitik der USA auch in der Vergangenheit nicht immer segensreich für die Welt, ganz im Gegen-

teil. Aber jahrzehntelang waren die USA ein weitgehend verlässlicher Partner für Europa und die freie Welt. Unter Trump ist hier etwas gehörig ins Rutschen geraten.

### EINE UNSICHERE WELT

Trump ist jedoch nicht der einzige Unsicherheitsfaktor in den internationalen Beziehungen: Russland verfolgt in seiner Nachbarschaft eine imperialistische Politik und trägt für den Konflikt im Osten der Ukraine einen gehörigen Anteil der Verantwortung. Zwischen Russland und den USA droht nach der Aufkündigung des INF-Vertrages ein neues atomares Wettrüsten in Europa. Weiters stellen das autoritär regierte China und sein wirtschaftlicher und politischer Expansionsdrang nicht nur für die Nachbarschaft eine Bedrohung dar. Die kriegerischen Konflikte in Syrien und dem Jemen sowie der Zusammenbruch des libyschen Staates ganz in der Nähe Europas haben hunderttausende Tote gefordert und Millionen von Menschen flüchten lassen. Schließlich sehen wir mit großer Besorgnis die rechtspopulistischen Tendenzen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bei uns in Europa und in Brasilien bedrohen.

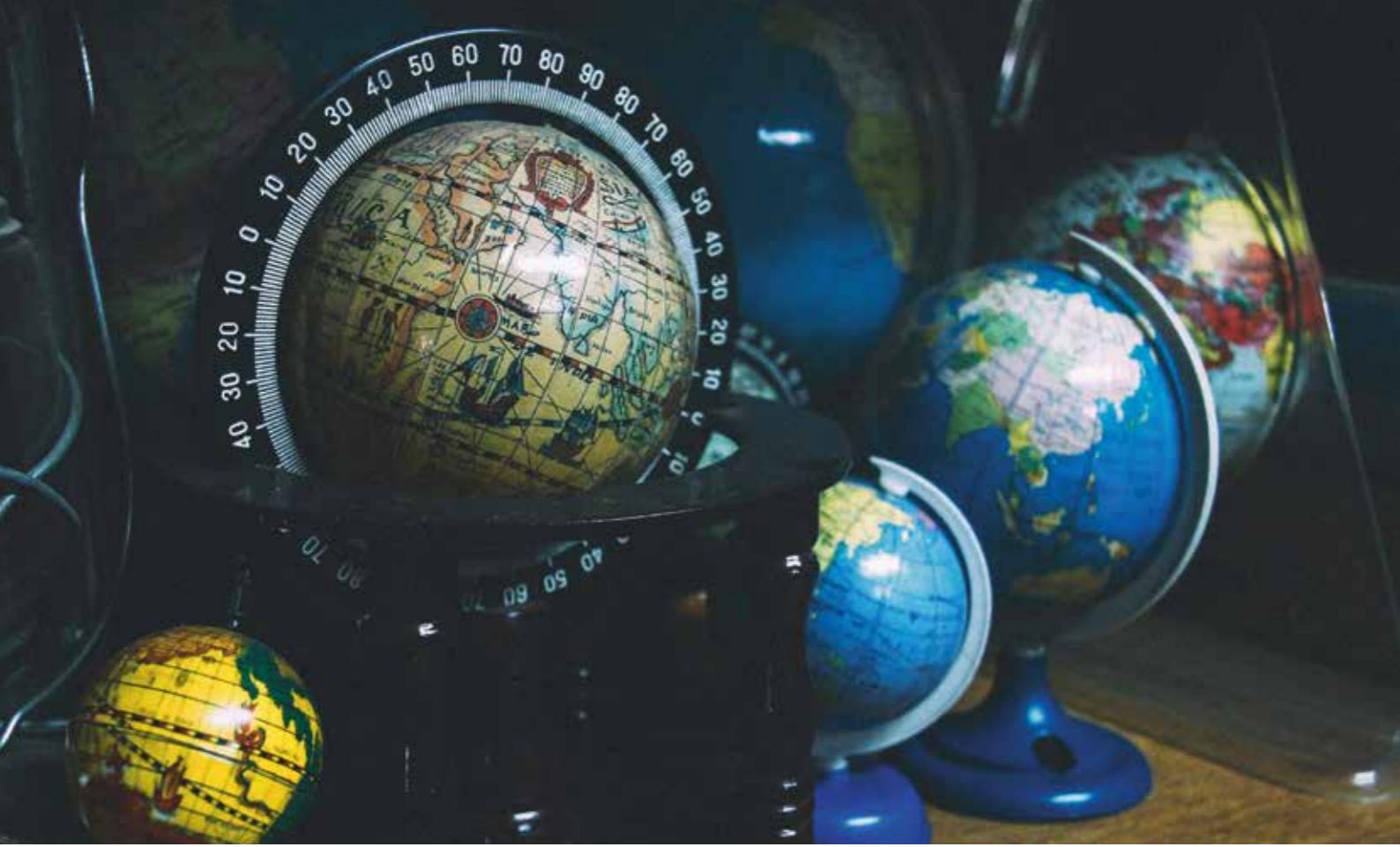
### FÜR EINE STARKE, FRIEDFERTIGE EU

Angesichts all dieser Entwicklungen und Bedrohungen ist die Europäische Union trotz ihrer Krisen (Stichwort Brexit) und des bedenklichen Rechtsrucks in manchen Mitgliedsstaaten ein Hort der Stabilität und der Verlässlichkeit. Freilich, diese Vorbildwirkung muss stets aufs Neue erhalten und erkämpft werden. Dafür müssen wir die europäi-

sche Demokratie ausbauen statt ein-dämmen; wir müssen den Wohlstand im Sinne des europäischen Wohlfahrtsmodells gerecht verteilen und die Macht der Konzerne einschränken; und schließlich muss die EU in ihrem Auftreten nach außen noch besser werden. Denn wir sind überzeugt, dass die Welt eine starke EU braucht, die sich ihren Werten verpflichtet fühlt, friedfertig handelt und für Stabilität sorgt. >>

### MILITÄRAUSGABEN IN DER EU

Weltweit geben Staaten etwa 1,6 Billionen Euro für Rüstung aus – das sind etwas mehr als 2 Prozent des weltweiten Brutto-Inlands-Produktes (BIP). Am meisten stecken die USA, China, Saudi-Arabien und Russland in Rüstung und Militär. Aber auch 4 EU-Mitglieder sind unter den 15 Ländern, die am meisten ins Militär investieren: Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien. Die Mitglieder der Europäischen Union geben zusammen etwa 200 Milliarden Euro für Verteidigung im Jahr aus – wobei etwa 50 Milliarden davon auf Großbritannien entfallen, das gerade aus der Europäischen Union austritt. Die Rüstungsausgaben in Europa sind sehr unterschiedlich. Länder wie Österreich oder Irland geben wenig als 1 Prozent ihres BIPs dafür aus, während Estland oder Griechenland mehr als 2 Prozent investieren.



## EUROPÄISCHE NEUTRALITÄT

Wir EuropäerInnen müssen auf Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Eindämmung von Kleinwaffen setzen, anstatt die Exportzahlen unserer Rüstungskonzerne in die Höhe zu treiben. Wenn wir das Sicherheitsversprechen der Europäischen Union ernst nehmen, dann schaffen wir das am besten mit einer humanitären Außenpolitik, die den Prinzipien der Neutralität folgt. Europa muss mit gutem Beispiel vorangehen und weiterhin auf Diplomatie und Multilateralismus setzen sowie aufkeimende und bestehende Konflikte im Rahmen der internationalen Organisationen wie der UNO und der OSZE lösen. Selbstverständlich heißt militärische Neutralität nicht, neutral zu sein

zwischen Demokratie und Diktatur oder zwischen Recht und Barbarei. Gegenüber Unrecht kann es keine Neutralität geben. Am amerikanischen Modell der Interventionspolitik werden wir uns aber nicht beteiligen. Wer den Frieden will, wird sich trauen müssen, ihn auch zu leben. Europa könnte hier wie so oft Vorreiter sein.

## DIE EU ALS STARKE PARTNERIN

Die EU muss auch ihre Außenhandelspolitik an ein friedvolles Miteinander anpassen. Handelsabkommen müssen das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellen, sowohl in den Drittstaaten als auch bei uns in Europa selbst. Ziel muss ein fairer, gerechter und nachhaltiger Handel sein, dem die Men-

schenrechte und sozialen Grundrechte als Richtschnur dienen. Wir können nicht Frieden einfordern und gleichzeitig Elend durch unsere Handelspolitik verstärken.

Dies gilt insbesondere für die Entwicklungszusammenarbeit: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen hier die finanziellen Mittel ausbauen und die Bedürfnisse der Empfängerstaaten und ihrer BewohnerInnen (noch mehr) in den Mittelpunkt stellen. Die eigenen Interessen und jene der Konzerne, die auch hier nur allzu oft ein Geschäft wittern, müssen zurückstehen. Die Europäische Union muss Zugpferd sein bei der Erfüllung der „Sustainable Development Goals“, also der nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030. ::

# UNSERE ANTWORTEN FÜR EINE WERTEBASIERTE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK.

## 1 Eine aktive Friedenspolitik

- Stärkung der UNO und der OSZE als Foren der internationalen Konfliktbeilegung, Reform der UNO und ein Europäischer Sitz im UNO-Sicherheitsrat
- Kein atomares Wettrüsten – Nachfolgeregelung für den INF-Vertrag und Festhalten am Atomabkommen mit dem Iran
- **Verbot von Waffenexporten** in Staaten, die in kriegerische Konflikte involviert sind, wo sich Konflikte gefährlich zuspitzen oder wo Menschenrechte systematisch verletzt werden
- Ächtung und Verbot aller Massenvernichtungswaffen – egal ob konventionell, chemisch, biologisch oder atomar
- Ausbau des EU-Katastrophenschutzes in eine **echte EU-Kriseneinheit für humanitäre Soforthilfe** in Kriegs-, Konflikt- und Katastrophengebieten
- Aktivere Rolle der EU zur Überwindung kriegerischer Konflikte und bei der Unterstützung zur friedlichen Beilegung
- EU-Spezialeinheit schaffen zur Unterstützung beim Wiederaufbau

## 2 Gerechter Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit

- Eine ausreichend dotierte und menschenorientierte Entwicklungszusammenarbeit
- Auf europäischer Ebene müssen Menschenrechte, Frauenrechte, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und hohe Umweltstandards in allen Handelsverträgen und für alle Unternehmen verbindlich verankert und auf ihre Einhaltung geachtet werden
- **Stopp für Abkommen mit Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten**, internationale Abkommen missachten oder andere Länder besetzen bzw. Kriege führen.
- Künftige Verträge mit Ländern des globalen Südens müssen den Partnerländern Chancen an der globalen Teilhabe gewährleisten
- **Mindestens 0,7 Prozent der Bruttonationaleinkommen für offizielle Entwicklungszusammenarbeit**
- Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) in allen Politikbereichen der EU





# ALLES, WAS DU ÜBER DIE EU-WAHL WISSEN MUSST.

Alle 5 Jahre finden die Europawahlen statt – und am 26. Mai ist es wieder so weit. Aber wie läuft diese EU-Wahl eigentlich ab? Wer steht auf dem Wahlzettel und wie viele Kreuze darf man dort machen? Hier gibt's die wichtigsten Fragen und Antworten.

## WAS WIRD AM 26. MAI GEWÄHLT?

Am 26. Mai wird das Europäische Parlament gewählt. Seit 1979 findet die EU-Wahl alle fünf Jahre statt. Im Europäischen Parlament sitzen dann – sofern Großbritannien austritt – 705 Abgeordnete, um 46 weniger als beim letzten Mal. Denn bei der EU-Wahl 2014 waren es noch 751. Die Anzahl der Abgeordneten

geht aufgrund des Austritts Großbritanniens aus der EU zurück. 19 der Abgeordneten werden aus Österreich kommen. In einigen wenigen Ländern wie etwa Irland oder den Niederlanden findet die Wahl bereits an den Tagen zuvor statt.

## WANN UND WO WIRD IN ÖSTERREICH GEWÄHLT?

Österreich wählt am 26. Mai. Die ÖsterreicherInnen haben verschiedene Möglichkeiten, zu wählen – in ihrem Wahllokal oder auch per Briefwahl. Für die Briefwahl braucht man eine Wahlkarte, die man beantragen muss: bei der Gemeinde, in der man gemeldet ist und zwar online, per E-Mail, per Post oder persönlich.

Schriftlich kann man die Wahlkarte bis 22. Mai beantragen, mündlich hat man bis zum 24. Mai um 12.00 Uhr Zeit.

## WER DARF ALLES WÄHLEN?

Wer in Österreich am Wahltag 16 Jahre alt und EU-BürgerIn ist, ist wahlberechtigt. Ob man als StaatsbürgerIn Österreichs im In- oder Ausland lebt, ist egal. Österreichische StaatsbürgerInnen, die im EU-Ausland leben, haben die Wahl: Sie können entweder die österreichischen Abgeordneten wählen oder die ihres Gastlandes, je nachdem ob sie sich im Gastland zur Wahl gemeldet haben oder nicht. Europaweit sind ca. 340 Millionen Menschen wahlbe-

rechtigt. Das Wahlrecht wird national geregelt. In den meisten Ländern sind alle BürgerInnen ab 18 Jahren wahlberechtigt, Österreich ist übrigens das einzige Land mit Wahlalter 16.

## WAS MACHT DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT?

Das Europäische Parlament ist die einzige direkt gewählte Institution der EU. Das Europäische Parlament ist für die europäische Gesetzgebung zuständig. Die Europäische Kommission, deren Mitglieder von den nationalen Regierungen bestellt werden, schlägt Gesetzesentwürfe vor. Diesen muss das Europäische Parlament – gemeinsam mit dem EU-Rat, der aus den nationalen Regierungen besetzt ist – zustimmen.

Darüber hinaus entscheidet das Europäische Parlament gemeinsam mit dem EU-Rat über das europäische Budget, welches von der EU-Kommission vorgeschlagen wird. Dabei kann das Parlament Änderungen einfordern und beschließen.

Eine weitere wichtige Funktion besteht in der Kontrolle der EU-Kommission und des EU-Rats. Diese müssen dem Parlament regelmäßig berichten. Mittels parlamentarischer Anfragen kann das Parlament Einsicht in die Vorgänge verlangen. Das Europäische Parlament kann die EU-Kommission bestätigen und ihr auch das Misstrauen aussprechen.

## WARUM IST DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT WICHTIG?

In Brüssel sitzen rund 25.000 LobbyistInnen mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro, fast alle von ihnen arbeiten für Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Ihren Einfluss üben sie vor allem über die Europäische Kommission aus – das Europäische Parlament mit seinen gewählten Abgeordneten ist ein wichtiges Gegengewicht. Und so hat das Europäische Parlament einige Erfolge vorzuweisen:

### ■ Disziplinarverfahren gegen Orbán:

Das Europäische Parlament hat ein Disziplinarverfahren gegen Ungarn beschlossen. Grundlage ist ein Bericht des Parlamentsausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Dieser

stellte eine „systemische Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn“ fest. Das Verfahren könnte dazu führen, dass Orbans Regierung seine Stimmrechte in der EU verliert.

### ■ Handelsabkommen ACTA verhindert:

Das Europäische Parlament hat das Handelsabkommen ACTA gestoppt. Nur 39 Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben für das umstrittene Handelsabkommen gestimmt, das die EU-Kommission verhandelt und 22 EU-Länder zuvor in Tokio unterzeichnet haben. Im Vorfeld hatten sich drei von vier Fachausschüssen gegen eine Ratifizierung ausgesprochen. Denn das Abkommen wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt und war einseitig auf Konzerninteressen ausgerichtet. Informations- und Meinungsfreiheit waren durch ausufernde Patentrechte gefährdet.

### ■ Saatgutverordnung:

Die EU-Kommission hat eine Verordnung vorgeschlagen, die auf Betreiben von international agierenden Agrarkonzernen und deren LobbyistInnen erstellt wurde. In der Öffentlichkeit gab es schwere Bedenken und breiten Protest. Denn BäuerInnen hätten nur mehr Industriepflanzen nutzen dürfen, alte und seltene Sorten wären vom Markt verdrängt worden. Das EU-Parlament hat die umstrittene Verordnung mit einer Mehrheit von 511 Stimmen gegen 130 abgelehnt.

# UNSERE KANDIDATiNNEN FÜR EIN GERECHTES EUROPA.



**Andreas Schieder**

Spitzenkandidat

Geboren am 16.4.1969 in Wien. Studium der Volkswirtschaft. Abgeordneter zum Nationalrat und außenpolitischer Sprecher der SPÖ. Davor Staatssekretär im Bundeskanzleramt und im Finanzministerium sowie Klubobmann.



**Günther Sidl**  
Listenplatz 3

Geboren am 19.3.1975 in St. Pölten. Studium der Politikwissenschaften. Seit 2013 Landtagsabgeordneter in Niederösterreich und Direktor der Volkshochschule Wiener Urania.



**Evelyn Regner**  
Listenplatz 2

Geboren am 24.1.1966 in Wien. Studium der Rechtswissenschaften. Seit Juli 2009 Europaabgeordnete und derzeit Leiterin der SPÖ-EU-Delegation. Zuvor leitete sie das EU-Büro des ÖGB in Brüssel.



**Bettina Vollath**  
Listenplatz 4

Geboren am 29.10.1962 in Graz. Juristin. Zwischen 2005 und 2015 steirische Landesrätin u.a. für Bildung, Gesundheit, Frauen und Finanzen. Seit 2015 erste Landtagspräsidentin in der Geschichte der Steiermark.

**Hannes Heide**

Listenplatz 5



Geboren am 17.10.1966 in Bad Ischl. PR-Berater und Kulturmanager. Obmann der Kulturplattform Bad Ischl. Geschäftsführer der Lehar-Theater Ges.m.b.H. Seit 2007 Bürgermeister von Bad Ischl.



**Julia Herr**

Listenplatz 6



**Stefanie Mösl**  
Listenplatz 8

Geboren am 28.11.1992 in Sigleß, Burgenland. Studentin der Soziologie. Seit 2014 SJ-Vorsitzende und somit erste Frau an der Spitze der SJ. Von 2016 bis 2018 Vorsitzende der Bundesjugendvertretung.



**Christian Dax**

Listenplatz 7

Geboren am 13.2.1988 in Güssing. Jurist. Referent im Amt der Burgenländischen Landesregierung. Seit 2017 Landesgeschäftsführer der SPÖ Burgenland.



**Luca Kaiser**  
Listenplatz 9

Geboren im März 1985 in Salzburg. Qualitätsmanagerin mit einem Masterstudium Molekulare Biologie. Seit 2018 Landtagsabgeordnete und Bereichssprecherin für u.a. Bildung, Kunst, Kultur, Innovation und Wissenschaften.



**Theresa Muigg**  
Listenplatz 10

Geboren am 15.6.1984 in Schwaz in Tirol. Masterstudium Gender, Culture Social Change & Bachelor Studium EZW, seit 2005 im AMS Tirol zuständig für den Bereich Jugendliche.



**Nathaniel Heinritz**

Listenplatz 11

Geboren am 21.6.1994 in Klagenfurt. Seit 2013 Student der Politikwissenschaften und Parlamentarischer Mitarbeiter.

# ZEHN PUNKTE FÜR EIN GERECHTES EUROPA



## Mehr Fairness

Große Konzerne müssen Steuern zahlen wie alle anderen auch



## Einkommen zum Auskommen

Europaweite Mindestlöhne, die jährlich steigen



## Wasser ist keine Ware

Privatisierungsverbot für kommunale Dienstleistungen



## Gleichberechtigung schaffen

Lohnschere kontinuierlich schließen



## Klimawandel stoppen

Europa bis 2030 CO<sub>2</sub>-neutral und klimafreundlich machen



## Auf Menschen hören statt auf Konzerne

Verpflichtende Transparenz für Treffen mit LobbyistInnen



## Kein Gift im Essen

Pestizide wie Glyphosat verbieten



## Neutralität erhalten

Keine Beteiligung an einer EU-Armee



## Fairer Handel

Verkaufsverbot für Produkte aus Kinderarbeit in Europa



## Offenes Internet

Netzneutralität erhalten und Kampf gegen digitale Monopole wie Google und Amazon

**SPÖ**



**ANTWORTET**

**MENSCHLICH.**

**Am 26. Mai:  
SPÖ – Die richtige  
Antwort für Europa.**

